

Handwritten note: *12.11.86*

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 25. Februar 1986 - D * * *

Nr. 47 - 9-W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1
Kasselerredaktion Kassel (056 34) 10 15 22 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen öffentlichen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 8,75 Dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 140 Dr.
Großbritannien 63 P., Italien 1300 L., Jugoslawien 575,00 Dnr., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,50 Gfl., Norwegen 14,50 Nkr., Österreich 14,50 S., Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas.

exklusiv in der WELT:



Wer sich mit der Sicherheit des Westens befaßt, der muß – so schreibt Helmut Schmidt in diesem Teil der WELT-Serie aus seinem Buch „Eine Strategie für den Westen“ – sechs militärstrategische Prinzipien beachten. Der ehemalige Bundeskanzler zieht das Fazit: Unsere gegenwärtige Strategie überzeugt weder Politiker, noch Öffentlichkeit oder die Eliten. Seite 8

Corazon Aquino vor dem Ziel. USA: Marcos muß abdanken

Übernimmt die Oppositionsführerin heute die Präsidentschaft der Philippinen?

DW, Manila
Der Herrschaftsbereich des philippinischen Präsidenten Marcos ist gestern offenbar auf den Präsidentschloss Malacanang zusammengeschmolzen. Nachdem der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile sich am Samstag gegen Marcos aufgelehnt hatten, laufen immer mehr ehemalige Anhänger des Präsidenten zur Opposition über. In einem Interview während eines Telefoninterviews mit einer Fernsehgesellschaft versuchte Marcos gestern noch einmal, seine Anhänger zu mobilisieren. Er rief sie auf, ihm bei der Verteidigung des Präsidentenpalastes mit Waffengewalt zur Hilfe zu kommen.
Auerhalb des Gebäudes gab es allerdings mehrere Anzeichen für die vollständige Entmachtung des Präsidenten. Am Morgen hatte der rebellierende Verteidigungsminister Enrique in katholischen Rundfunksendungen „Radio Veritas“ verkündet, er sei eine Übergangsregierung mit der Oppositionsführerin Corazon Aquino an der Spitze gebildet worden. Nach unbekanntem Meldungen soll Frau Aquino heute morgen um 8.00 Uhr Ortszeit zum Präsidenten und ihr Mitstreiter im Wahlkampf, Salvador Laurel, zum Vizepräsidenten gewählt werden. Offenbar hat die Opposition im philippinischen Parlament jetzt die Mehrheit der Wahlmännerstimmen, so daß die Wahl von „Cory“ Aquino gesichert scheint.
Auch die Vereinigten Staaten haben gestern die Bildung einer neuen Regierung in Manila gefordert. In seiner bisher deutlichsten Stellungnahme forderte das Weiße Haus Marcos

DER KOMMENTAR

Pazifische Krise

HERBERT KREMP

Die Amerikaner haben Marcos mit einem imperativen Satz zum Rücktritt aufgefordert. Die Herrschaft seiner Familie über die 7100 Inseln der Philippinen scheint beendet. Die Bischöfe halten mahmend den Krummstab über die Szene. Ob der Autokratie nun die Demokratie folgt, ist fraglich.
Wer das rassengemischte Volk der Philippinen kennt, schätzt seine Lebensart. Kriegerische Tugenden sind selten. Zehn seiner zwanzig Jahre regierte Marcos unumschränkt. Zu seinen Anhängern gehörten auch die Generale, die nun die Seite wechselten. Marcos besaß die Armee, ließ aber die Sicherheitskräfte unter dem Kommando des Revolutionsgenerals Ramos die Kellerei verlichten. Manila ist ein kochender Wasserkopf. Austragungsort asiatischer Schlachtszenen à la Phnom Penh war die Stadt nie.
Nach Marcos haben die USA mit Frau Aquino zu tun. Auch sie stammt, wie ihr ermordeter Mann, aus einer „Familie“. Ihre Bewegung ist nicht kommunistisch, aber niemand weiß, welche Einflüsse den Weg der Philippinen heilen mahnen. Die kommunistische Guerilla und die muslimische Sezession im Süden binden große Teile der Armee. Die mangelhafte Vorbereitung der Opposition und die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Umgehung von Frau Aquino aufbrechen werden, verstärken die Unsicherheit.

POLITIK

Brief Moskau hat das Schreiben erhalten, in dem US-Präsident Ronald Reagan den Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstrecken-Raketen in Europa bis zum Jahr 1989 als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung empfiehlt. (S. 12)

Anreise: Politische Motive werden seltener, persönliche Beweggründe überwiegen, wenn Pfarrer sich dazu entscheiden, aus der „DDR“ in den Westen überzusiedeln. (S. 5)

Peru: 2500 Personen sind in Lima während einer Großkundgebung festgenommen worden – Reaktion der Regierung auf die Attentatswelle vom vergangenen Wochenende, bei der auch die deutsche Botschaft Ziel eines Bombenanschlags gewesen war.

Libanon: Im vorwiegend von Christen bewohnten Ostteil von Beirut hat die Explosion einer Autobombe fünf Menschenleben gefordert. Zwölf Personen wurden verletzt; ein Wohnhaus ging in Flammen auf. Im Westen der Stadt kam es zu Feuertreffen.

SPD-Linke gegen Wiedervereinigung

Vorstoß für Grundgesetz-Änderung / Engelhard warnt vor Angriff auf die Verfassung

PETER PHILIPPS, Bonn
Die jüngste Tagung der im „Frankfurter Kreis“ zusammengeschlossenen SPD-Linken in Oer-Erkenschwick hat einer Gruppe um den Kölner Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges offenbar Auftrieb gegeben: Die Vorstellungen von Gilges, daß es „notwendig“ sei, „auf Dauer von der Existenz zweier getrennter Staaten auszugehen, um „eine europäische Friedensordnung zu schaffen“, traf partiell auf positive Resonanz. Gilges hat jetzt in der „Neuen Presse“ (Hannover) angekündigt, für den SPD-Bundestag im August den Antrag zu stellen: „Die Wiedervereinigung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden“, das Grundgesetz geändert werden.
Aber wie bereits im Oktober, als Gilges erstmals an die Öffentlichkeit trat, zeigte sich auch jetzt Unterstützung erhält der Kölner nur aus dem zweiten und dritten Glied der Partei. Lediglich der Lübecker Bundestagsabgeordnete Hiller hatte im Mai 1985 auch gefordert, das Wiedervereinigungsgebot durch ein „Friedensgebot“ zu ersetzen. Der heutige Präsident der SPD, Jürgen Schmude (SPD), hatte hingegen zur gleichen Zeit zwar mit Blick auf die Grundgesetz-Präambel gefordert, „aus den Erfahrungen der 40 Jahre Konsequenzen zu ziehen“ und als Wegmarke den Grundgesetzesvertrag genannt. Doch bereits am nächsten Tag war von Schmude dies dahingehend ausgelegt worden, daß es ihm nicht um Änderung des Grundgesetzes gehe, sondern um „eine weite Interpretation der Präambel“. Eine Verfassungsänderung wäre „erst die äußerste Konsequenz“. Und auf Gilges' erste Präsentation im Oktober vergangenen Jahres sagte Schmude zur WELT: „Gilges steht sehr oft in einer Einzelposition.“
Jetzt meldete sich nur der Stellvertretende Vorsitzende der zur Zeit ohnehin desolaten Berliner SPD, Norbert Meisner als Unterstützer der Gilges-Position zu Worte. Meisner: „Die Forderung nach der staatlichen Einheit Deutschlands verhindert eine sichere Friedensordnung in Europa.“
In allen West- und Ostverträgen der Bundesrepublik Deutschland wird von den derzeitigen Grenzen in Europa ausgegangen – ohne eine friedliche Änderung auszuschließen. Dies bezieht sich auf ein Zusammenwachsen in der Europäischen Gemeinschaft wie auf die Chance der deutschen Wiedervereinigung. Und nun fordert Gilges zur Untermaurung seiner Forderung, „ohne Wenn und Aber die bestehenden Grenzen anzuerkennen“. Er sieht „zunehmenden Opportunismus in dieser Frage“ und meint, daß es auf „überschaubare Zeit“ keine Chance zur Wiedervereinigung gebe.
Justizminister Engelhard warnte: „Die Präambel erhebt die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zum unantastbaren verfassungsrechtlichen Gebot.“ Sie genieße als „Staatsziel ersten Ranges Dauergarantie“ und könne auch nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit abgeschafft werden.

Hussein wendet sich von Arafat ab

DW, New York
König Hussein von Jordanien hat erstmals Yasser Arafat als Führer der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Frage gestellt. Er schlug vor, „das palästinensische Volk“ solle selbst über seine Vertreter entscheiden. In einem von der „New York Times“ veröffentlichten Interview erklärte Hussein, er werde eine Entscheidung durch das palästinensische Volk „respektieren“, mit der die PLO zum einzigen legitimen Vertreter der Palästinenser erklärt würde.

Sozialisten zum KPdSU-Parteitag

DW, Moskau
In Anwesenheit der gesamten Ostblockführung beginnt heute in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU. Wie der stellvertretende Leiter der Auslandsabteilung des ZK, Sagladin, mitteilte, sind zum ersten Mal auch eine Reihe von sozialistischen, sozialdemokratischen und Labourparteien eingeladen worden. Die sozialistische Partei Frankreichs repräsentiert auf dem Parteitag die Sozialistische Internationale. Die SPD schickt keine Delegation nach Moskau.

Plädoyer für Markt im Arbeitsrecht

Mk, Bonn
Mehr und sichere Arbeitsplätze können nur durch weniger und nicht durch mehr arbeitsrechtliche Schutzvorschriften geschaffen werden. Dies weist der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß namhafter liberaler Wirtschaftswissenschaftler, in seiner jüngsten Schrift „Mehr Markt im Arbeitsrecht“ nach. Er fordert eine tiefgreifende Reform. Die jetzige Arbeitsrechtspolitik sei nicht mehr zu vertreten.
Seite 13: Mehr Markt

Nur jedes vierte Umweltdelikt führte zu einer Anklage

DW, Berlin
Bei fast 80 Prozent der Umweltdelikte ist 1981, dem Zieljahr einer jetzt vom Umweltbundesamt (UBA) vorgelegten Studie, keine Anklage erhoben worden, während die Einstellungskquote bei allen anderen Straftatbeständen etwa 30 Prozent betrug. Der Präsident des UBA in Berlin, Heinrich von Lersner, erläuterte dies als ein Ergebnis der Studie über Umweltkriminalität. Vor Gericht sei, wie die Auswertung von 1036 Umweltstrafverfahren weiter ergab, dann dieser hohe Prozentsatz an Verfahren eingestellt oder durch Freisprüche erledigt worden.
Die Geldstrafen bewegten sich „in durchweg bescheidenem Rahmen“, heißt es weiter. In 85 Prozent der Fälle habe der Schadensersatz weniger als 1000 Mark betragen. Die Strafe dürfe insbesondere für industrielle Umweltsünder kaum abschreckende Wirkung haben“, faßte das UBA zusammen. Die steigende Zahl von politisch registrierten Umweltdelikten führt das Amt auf ein erhöhtes Umweltbewußtsein zurück. Zwei Drittel der Delikte werden von speziell ausgerüsteten Polizeibehörden entdeckt und ein Drittel wird von Verwaltungsbehörden erfaßt. Es wird vorgeschlagen, die „wenig entwickelte Anzeigebereitschaft der Verwaltungen“ zu verbessern.
Werner Rührer vom Kriminologischen Seminar der Universität Bonn, der die Untersuchung für das UBA durchführte, erklärte die „enorme Verfahrenskquote“ bei den Verfahren mit dem hohen Anteil von Bagatelldelikten, die im Grenzbereich zur Ordnungswidrigkeit liegen.
Die Zahl der Umweltdelikte entwickelt sich nach Rührers Angaben rasant nach oben. 1985 lag sie bei über 10 000 Fällen. Wurden 1979 erst 4330 Fälle festgestellt, so stieg die Zahl 1981 auf 5850 und erreichte 1983 7500 Fälle. Die Verteilung über das Bundesgebiet ist sehr unterschiedlich. Während in Nordrhein-Westfalen „die Zahlen im Keller hängen“, werden in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten Hamburg, Bremen sowie in Berlin immer mehr Delikte angezeigt.

Dollinger bedauert Diskussion um Ruhnau

„Im Augenblick keinerlei personelle Frage“ bei der Deutschen Lufthansa / WELT-Gespräch

HANS-J. MAHNE, Bonn
Bei der Deutschen Lufthansa stellt sich Werner Dollinger im Augenblick keinerlei personelle Frage.“ So reagierte der Minister in einem Gespräch mit der WELT auf die Spekulationen, daß der Vertrag mit dem Vorstandsmitglied der Lufthansa, Heinz Ruhnau, der im nächsten Jahr ausläuft, nicht verlängert würde. Anlaß dafür, daß die Lufthansa und Ruhnau ins Geraden gekommen sind, ist eine „Schieflage“ bei der Wechselkursabsicherung. „Ich bedauere, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat“, betonte Dollinger.
Anfang vergangenen Jahres hatte die Lufthansa 13 Flugzeuge, davon drei Jumbos, bei der amerikanischen Fluggesellschaft Boeing bestellt, die in diesem Jahr ausgeliefert werden sollen. Da der Dollarkurs damals stieg, beschaffte sich die Lufthansa bereits vor einem Jahr für die Hälfte des Kaufpreises die amerikanische Währung. Die Rechnung ging nicht auf, nachdem der Dollarkurs in den folgenden Monaten nach unten rutschte. Ohne die Absicherung hätte die Lufthansa nach Angaben von Dollinger die Maschinen zu den heutigen Wechselkursen um 220 bis 230 Millionen Mark billiger beziehen können.
Zu diesen Zahlen, „kann“ Dollinger noch keine Auskunft geben. Denn der Aufsichtsratsvorsitzende, der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Schleswig-Holstein, Gerd Lauen, lasse im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss auf dieses von der Prüfungsgesellschaft Treuarbeit untersuchen. „Wenn diese Zahlen vorliegen, dann kann ich erst näheres darüber sagen.“ Angeschlagen sei das Unternehmen nicht. „Denn der Jahresabschluss für 1985 wird nach allen Auskünften des Vorstandsvorsitzenden ein sehr guter sein.“ In der vergangenen Woche hatte Dollinger Ruhnau und Lauen sowie seinen Staatssekretär Alfred Bayer, der Mitglied des Aufsichtsrats ist, zu sich nach Bad Wörstchen gerufen, wo er bis zum Wochenende kurte.
Auf die Frage, ob nach dem, was er bisher wisse, ein schuldhaftes Handeln vorliege, antwortete Dollinger: „Dafür habe ich noch kein Urteil.“ Und weiter: „Im Augenblick gibt es für mich keinen Schuldanspruch und es gibt für mich auch keine Personalfrage in diesem Zeitpunkt.“ Bei den Prüfungen, die jetzt angestellt werden, handle es sich um ganz nüchtern betriebswirtschaftliche Überlegungen. Und wieder: „Ich bedauere, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat.“ Ein Wechselkursrisiko gebe es bei allen Auslandsgeschäften.
Über die Vertragsverlängerung für Ruhnau sollte auf der nächsten Aufsichtsratsitzung Anfang April entschieden werden. Denn es gibt eine Regelung, so Dollinger, daß ein Jahr vor Ablauf des Vertrages „man wissen läßt, wie man denkt“. Auf die Frage, ob es bei dem Termin bleiben werde, antwortete Dollinger: „Ich nehme an, daß sich an diesem Datum nichts ändern wird.“ Allerdings seien in seinem Haus Personalfragen bisher nicht erörtert worden. „Wir haben ja noch etwas Zeit.“

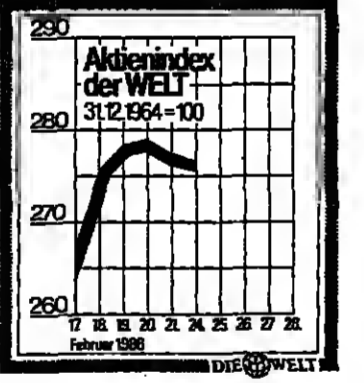
Für die SED ist Rosenthal nicht Spitze

HANS-R. KARUTZ, Berlin
„Dalli-Dalli“ ist den Propagandisten in Ost-Berlin nicht geheimer. Mit einem Rundumschlag wettete jetzt die Sektion Journalistik an der Leipziger Universität gegen westliche Showmaster – Lieblingkinder auch der „DDR“-Zuschauer. In einer Analyse von TV-Unterhaltungssendungen in der Bundesrepublik Deutschland – drüben in der Regel mittlere „Straßenfeger“ – wird heftig der ständige Versuch kritisiert, eine „gesamtdtsche Zuschauergemeinschaft“ zu konstituieren. Keiner der großen Showmaster vergibt, in jeder Sendung auch die Zuschauer in der DDR direkt anzusprechen und zu „grüßen“.
Das „Informationsbüro West“ in Berlin machte jetzt auf eine aufschlußreiche Untersuchung der Leipziger Karl-Marx-Universität aufmerksam. Darin wird mit Rosenthal, Kulenkampf, Theolke und Elstner un-freiwillig eher komisch als gnadenlos abgerechnet.
Der „DDR“-Autor kommt zu dem indirekten Schluß, daß die bisherigen Anstrengungen des eigenen Fernsehens, die 16 Millionen Mitteldeut-

WIRTSCHAFT

Kohlepreis: Die neue Lage am Energiemarkt führt zu Diskussionen darüber, ob und in welchem Umfang der Kohlepreis erhöht werden sollte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „möglichst bald zu entscheiden“. Mit der Talfracht des Dollars wachse der Finanzbedarf für den Preisausgleich. (S. 13)

Börse: Mit einem flauen Geschäft begann die Woche an den Aktienmärkten. In guter Verfassung präsentierte sich weiterhin der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 276,98 (277,56), BHF Rentenindex 106,186 (105,81), BHF Performance Index 101,966 (101,875). Dollar: mittelkurs 2,2880 (2,3155) Mark, Goldpreis pro Feinunze 341,80 (343,35) Dollar.



KULTUR

Ergreifend: Stille, gedankenvoll, ideenhaft – so präsentiert die Berliner Schaubühne Platons Fassung des „Phaidon“, Wolf Reil führt Regie. (S. 23)

Widerstand: Zur Hamburger Uraufführung der Kammeroper „Die Weiße Rose“ – Ein Interview mit dem Dresdener Komponisten Udo Zimmermann. (S. 23)

SPORT

Segeln: Jörg und Eckart Diesch (Kiel/Friedrichshafen) wurden vor Rio de Janeiro Segel-Weltmeister in der olympischen Flying-Dutchman-Klasse.

Tennis: Der Tschechoslowake Ivan Lendl gewann durch einen 3:6, 6:1, 7:6, 6:4-Sieg über den Schweden Mats Wilander das Turnier von Boca West (Florida).

AUS ALLER WELT

Mode: „Neue Feminität“ – Körperbewußtsein – heißt das Motto der Saison. Die Modedesigner haben den weiblichen Körper wiederentdeckt. Kurze knielange Röcke, Korsetts für den Abend, breite Gürtel sind wichtige Accessoires. Neue Effekte kommen über Raffinesse in Stoffen und Farben und deren Kombination. Es ist nicht die Zeit modischer Revolutionen. (S. 24)

Leserbriefe und Personalien Seite 10
Umwelt – Forschung – Technik Seite 20
Fernsehen Seite 22
Wetter: Kalt S. 24

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Honeckers kleine Helfer

Von Enno v. Loewenstern

Es mußte wohl so kommen: Nachdem Siedemann ein paar unverbundene Andeutungen ausgestreut hat, beißt sich die SPD-Linke mit einem besonders unappetitlichen Vorstoßversuch. Der Antrag wird gestellt werden, das Wieder vereinigungsgebot aus der Präambel zu streichen.

Die Tendenz ist nicht neu; Schmutz und andere haben es schon damit versucht. Bisher wurden sie von der Partei zurückgepfiffen, soweit sie sich nicht selbst angesichts der öffentlichen Empörung zurückpiffen. Jetzt aber soll anscheinend nicht mehr steter Tropfen den Stein hohlen, sondern ein Wasserfall. Daß diese Anbiederer auch noch das Festhalten an der Wiedervereinigung als - man glaubt es nicht - Opportunismus bezeichnen (SPD-MdB Gilges: Es müsse Schluß sein „mit dem zunehmenden Opportunismus in dieser Frage“), gehört wohl zur Technik der Fälschung. Ein anderes Beispiel dafür ist: „Das Akzeptieren von Realitäten in der Bevölkerung ist viel weiter fortgeschritten, als viele Politiker heute meinen“ (dito Gilges).

Die Bevölkerung des freien Teils Deutschlands sieht ganz im Gegenteil mit zunehmender Beunruhigung, wie die Opportunisten um die Siedemann scharwenzeln und Freiheitsrechte aufgeben nicht etwa für ein Linsengericht, sondern für Versprechungen eines Linsengerichts. Was Siedemann hier den Politikern vorgegaukelt hat, nämlich, es werde Reiseerleichterungen geben, das hat die SED-Presse sorgfältig aus ihren Hofberichten über seine Reise herausgestrichen.

Denn da wird es sehr wenig geben. Die SED versucht gerade, durch hektische Kontakte mit Bonn die zunehmende Unruhe in Mitteldeutschland abzulenken. Aber, auch wenn die „A-Leute“, die Antragsteller, im Augenblick apwarden: Der Druck ist ungebrochen. Die neuen prominenten Überwieser aus Regimekreisen sind nur der äußere Hinweis darauf. In dieser Lage will der maßgebliche Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (noch immer Deutschlands?) unseren Landsleuten nahelegen, alle Hoffnung auf die freien Deutschen fahren zu lassen. Gewiß, diese Kräfte werden scheitern. Aber die Art, wie sie der Diktatur in die Hände zu spielen suchen, muß unsere Landsleute bitter treffen.

Das Gegenangebot

Von Cay Graf Brockdorff

Es ist zu früh, ein abschließendes Urteil über das Rüstungs-kontrollangebot Ronald Reagans zu fällen. Der Wortlaut seiner Vorschläge ist nicht bekannt. Mit diesem Vorbehalt kann gesagt werden, daß allen Ansichten nach die Einwände der Verbündeten, nicht zuletzt Japans, gegen die „modifizierte Null-Lösung“ ihre Wirkung in Washington hinterlassen haben. Ob aller jetzt entstehender Jubel gerechtfertigt ist, muß sich erst erweisen.

Die Diskussion um das Raketenthema wurde überwiegend emotional geführt. Sie hat den Blick dafür verstellt, daß Rüstungskontrolle kein Wert an sich ist. Sie muß eine Funktion der Sicherheitspolitik sein. Der Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist kein Ersatz für eine auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik.

Beruhigend wirkt die Mitteilung, daß Washington den Abau von Mittelstreckenwaffen nur proportional zu sowjetischen Reduzierungen vornehmen will. Beruhigend hingegen wirkt die Information, daß es am Ende der Sowjetunion gestattet sein soll, eine bestimmte Anzahl von SS-20-Raketen in Zentralasien zu behalten. Sie sind mobil und auf Kommando verlegbar. Die Rückführung von US-Systemen nach Europa würde einen unständlichen politischen Konsultationsprozeß voraussetzen.

Die Einbeziehung der Kurzstreckensysteme in Reagans Offerte ist für die Europäer von fundamentaler Bedeutung: Mit ihnen könnte, blieben sie unbeeinflusst von Abrüstungsmaßnahmen stehen, die Sowjetunion Westeuropa, die Bundesrepublik besonders, bedrohen, ohne einen Gegenschlag auf ihr Territorium befürchten zu müssen. Darin liegt außerdem die Gefahr, falls Moskau, wo auch immer, eine begrenzte Zahl SS 20 behalten dürfte: Der Kreml hat schon immer danach getrachtet, Westeuropa zu einem strategisch zweitklassigen Gebiet zu degradieren, sich selbst aber zum schutzbedürftigen Staat erster Klasse zu deklarieren. Man wird noch sehen, ob die laute Zustimmung nicht vielleicht etwas gedämpft werden muß, wenn alle strategischen Implikationen voll verstanden worden sind.

Lehrer und Recht

Von Peter Philipps

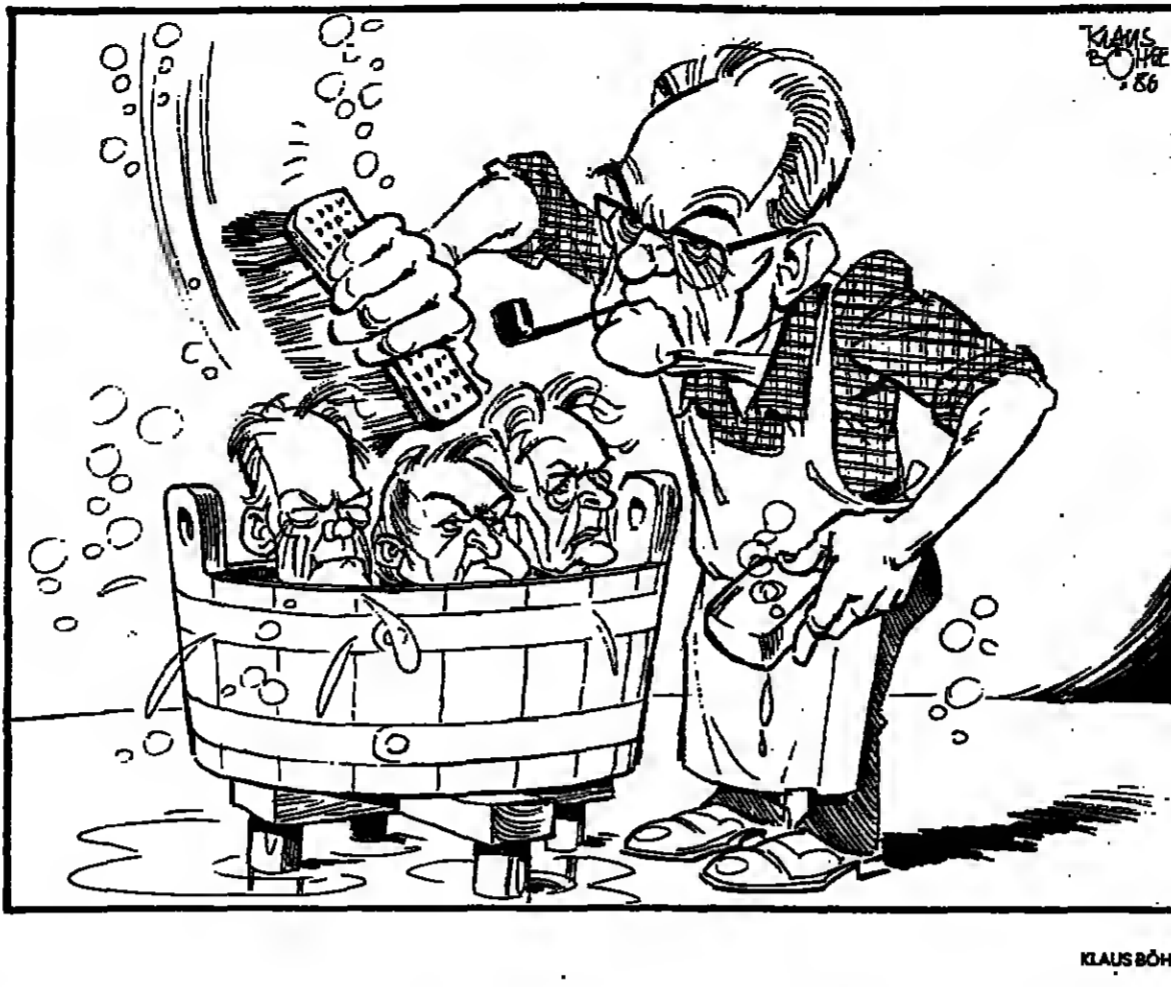
Die Lehrgewerkschaft leidet seit ihrer Gründung daran, daß sie von den gestandenen Industriegewerkschaften im DGB nicht so recht für voll genommen wird. Sie hat dies regelmäßig schmerzlich gespürt, wenn sie Unterstützung für ihre Ziele einfordert und gar nicht oder nur halbherzig erhielt. Die Folge ist Streben nach Zuneigung um fast jeden Preis.

Der schlimme Band an Unterrichtsmaterialien, mit dem die Schüler für den gewerkschaftlichen Einheitskampf gegen die Novelle des Neutralitäts-Paragrafen 116 im Unterricht indoktrinieren sollen, gehört ebenso hierher wie der Aufruf des GEW-Vorsitzenden Wunder, den Unterricht ausfallen zu lassen, um sich an DGB-Demonstrationen zu beteiligen. Dies ist eindeutig Aufruf zum Rechtsbruch. Im vergleichbaren Agitations-Beispiel gegen die NATO-Nachrüstung ist das manchem allzu eifrigen GEW-Anhänger in Lehrerkollegien bereits gerichtlich schmerzhaft klargemacht worden. Die GEW hindert dies nicht, zu Wiederholungstaten aufzufordern.

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder hat nun in der ihm eigenen klaren Sprache gegenüber dieser Zeitung dafür gesorgt, daß sich niemand auf einen Verbotsirrtum berufen können. Wer Schulstunden streicht, um streiken zu können, wird jedenfalls in diesem Bundesland disziplinarrechtlich belangt werden.

Da hilft auch Wunders nonchalanter Formulierung nicht, daß nirgendwo geschrieben stehe, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr gelte. Denn es steht sehr wohl geschrieben, wie die Rechte und Pflichten von Beamten aussehen, von Lehrern insbesondere im sensiblen Schulbereich allzumal. Und es gibt auch einen Dienstzeit, an den Mayer-Vorfelder noch einmal erinnert hat.

Im übrigen sei der GEW ins Gedächtnis gerufen: So sehr sie sich auch jedes Mal auf - disziplinarrechtliche - Kosten von Mitgliedern für die DGB-Kollegen in die Bresche geworfen hat, die Unbeliebtheit unter gestandenen Gewerkschaftlern ist damit für die Lehrer nicht geringer geworden.



Abrechnung - und dann?

Von Carl Gustaf Ströhm

Der XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau fällt auf den Tag genau mit dem dreißigsten Jahrestag des historischen XX. Kongresses der sowjetischen Kommunisten zusammen, auf dem Nikita Chruschtschow 1956 die „Entstalinisierung“ mit ihren inneren und äußeren Erschütterungen (ungarischer Volksaufstand, polnischer Oktober) einleitete. Auch diesmal weht ein Wind der Veränderung durch den Krenel.

Denn noch wird sich in der beginnenden Ära Gorbatschow die Geschichte nicht wiederholen. Im Gegensatz zu damals, als Chruschtschow die Parteitage delegierten so eindringlich in den monotonen Verbrennen Stalins konfrontierte, daß einige von ihnen in Ohnmacht fielen und aus dem Saal getragen werden mußten, wird es diesmal wohl schwerlich solche dramatischen Zwischenfälle geben. Die Abrechnung mit der Breschnew-Ära wird sich gedämpfter und „angepaßter“ vollziehen. Allerdings, daß seit Stalins Tod übliche Ritual, wonach jeder neue sowjetische Parteichef seine Macht damit festigt, daß er zunächst seine Vorgänger in Grund und Boden verdammt, wird auch diesmal zelebriert werden.

Der energische Gorbatschow hat das Polithüro bereits jetzt so weit gesäubert, daß nur noch drei alte Kämpfer aus der früheren Ära - der außenpolitisch entmachte Gromyko und die beiden trotz Kritik und Selbstkritik wiedergewählten Parteichefs von Kasachstan und der Ukraine, Kunaev und Schtscherbikow - ihm dort gegenüberstehen. Der neue Parteichef hat die Bürokratie beunruhigt und den Einfluß der Armee zurückgedrängt, was ihm in beiden Gruppierungen wenig Zuneigung eingetragen haben dürfte. Schon bei der Beurteilung der Ergebnisse des Genfer Treffens mit Reagan sind zwischen den Politikern und den militärischen Spitzen erhebliche Differenzen sichtbar geworden. Allein die unterschiedlichen Akzente in den Gorbatschow unterstützten Partei- und Regierungszeitungen „Prawda“ und „Iswestija“ gegenüber der Armeezeitung „Roter Stern“ sprechen hier für sich.

Was kann Gorbatschow ändern, ohne das System in seinen Grundfesten zu erschüttern oder einen solchen Widerstand zu provozieren, daß am Ende er selber auf der

Strecke bleibt? Es ist richtig, daß Alkoholismus, Korruption und Schendrian ein Krebsbubel der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft darstellen. Wenn aber Gorbatschow jetzt im Fernsehen Bilder aus den sowjetischen Zuchthäusern zeigen läßt, in denen kahlschorene Kalbfaktoren den zum Tode verurteilten Schwarzhändlern eine Suppe in die Zelle reichen, dann schmeckt das eher nach politizstaatlichem Psychoterror als nach Aufklärung und Liberalität.

Auch der Reformzart Peter der Große, mit dem eifrige westliche Kommentatoren Gorbatschow manchnmal vergleichen, wollte Reformen durch Gewalt und Schrecken in die russischen Köpfe einblenden. Das Ergebnis war letzten Endes negativ. Rußland kam aus seiner Misere nicht heraus, weil es nie eine freie, fürchtlose Gesellschaft kennenlernte.

Gorbatschow mag die Wirtschaft strömnenförmig gestalten, Bürokratie abbauen und altgewordene Funktionäre durch ehrgeizige jüngere Leute ersetzen. Aber auch Stalins neue Männer, die damals die in der Lubjanka hingerichteten oder im Gulag verschwandenen alten Bolschewiken ersetzten, waren einmal jung und energisch. Gromyko etwa, der heute als Inbegriff der Greisenherrschaft gilt, war in den dreißiger und vierziger Jahren ein begabter Jüngling in Stalins Laufstall. Wie werden die Männer in Gorbatschows Umgebung, die heute so energisch ihrem Mei-

ster nachzueifern, in den kommenden Jahren auf die westliche und die eigene Öffentlichkeit wirken?

Bisher jedenfalls hat Gorbatschow der sowjetischen Gesellschaft außer einem Schnapsverbot, das an die fatale US-Prohibition erinnert, und Personalnachschaden nichts geboten. Die Versorgung ist unter ihm nicht besser geworden - und wie lange sich das Volk durch immer neue Aufdeckung von Korruption von den wirklichen Problemen ablenken läßt, bleibt abzuwarten. Disziplin und Ordnung sind gewiß notwendige Elemente einer Gesellschaft, aber sie können nicht allein durch den Polizeiknüppel durchgesetzt werden. Daß die „Prawda“ ausgerechnet am Vorabend des KPdSU-Kongresses Stalins Kultur-Einpeitscher Andrej Schdanow feiert, ist jedenfalls ein ominöser Auftakt.

Wie will Gorbatschow die Technologie gegenüber dem Westen verringern, die von Jahr zu Jahr größer wird und die Sowjetunion in eine immer hoffnungslosere Position treibt? Wie will er mit den nicht-russischen Nationen innerhalb und den Bundesgenossen außerhalb der Grenzen verfahren, die nicht länger Satelliten sein wollen? Wie will er mit den USA zu einer irgendwie tragbaren Rüstungskontrolle und Rüstungseindämmung kommen - ohne diese hätte er gar nicht die Mittel, um seine Wirtschaft zu modernisieren - wenn ihm die Militärs immer wieder in den Arm fallen?

Eine oberflächliche westliche Öffentlichkeit mag sich vom neuen Mann, seiner verhältnismäßig gepflegten Aufmachung und seiner in Zeiten gehüllten Ehefrau Raissa zeitweise ablenken und beschwichtigen lassen. In der sowjetischen Innen- und Wirtschaftspolitik gelten andere Kriterien. Hier wird sich bald zeigen, ob Gorbatschow überhaupt die Trinksitten seiner Landsleute, geschweige denn die Struktur des Regimes zu ändern vermag. Nicht die Korruptionen sind am Elend des Systems schuld (auch nicht der den Deutschen wohlbekannte Botschafter Abrasimow, der jetzt beim Schmuggel auf dem Moskauer Flughafen erwischt worden sein soll), sondern das System produziert und reproduziert sein eigenes Versagen.



Mit Gewalt allein geht es nicht auf die Dauer: Peter der Große FOTO: CAMERA PRESS

IM GESPRÄCH Donald Hodel

David schlug zu

Von Fritz Wirth

Hunderte von Romanen und Filmen lebten von der Story: die Geschichte vom kleinen Mann, der dem „Big Boy“ einen Fuß stellt. Für den kleinen Mann ergeben sich zwei Möglichkeiten: Er wird entweder fürchterlich verhaßt, oder er profiliert sich als furchtloser David. Es ist bis heute noch ungewiß, welche der beiden Möglichkeiten Donald Hodel, der Innenminister im Kabinett Ronald Reagans, vor Augen hatte, als er den aufregenden und aufgewegten Lee Iacocca als Vorsitzenden des Berater-Ausschusses für die Restauration der Freiheitsstatue auf die Straße setzte. Denn der Chrysler-Sanierer und Bestseller-Autor Iacocca ist selbst ein Denkmal geworden, ein Denkmal des Erfolgs, Leitbild und Wegweiser auf dem Weg nach oben. Wer diesen Mann tritt, verwendet zugleich Millionen seiner Verehrer.

Donald Hodel tat es nicht nur mit Wucht, sondern auch mit sehr bestimmter Endgültigkeit: „Ich habe beschlossen, daß diese Sache nicht mehr länger ein Gegenstand von Betrüben ist.“ Und nun tobt nicht nur Lee Iacocca, sondern eine breite öffentliche Meinung. Der erzürnte Iacocca nannte diese Weigerung Hodels, mit sich reden zu lassen, „beinahe unamerikanisch“.

Wer also ist dieser „Fliegenweichter“, der dem „Super-Schwergehirn“ über alle Gewichtsklassen hinweg einen Uppercut verpasste? Was ihn vor allem für die Rolle des David prädestiniert: Er ist ein weitgehend unterschätzter Mann. Hodel studierte Recht an der Universität in Oregon und in Harvard und sah weder in seiner Karriere als Rechtsanwalt noch als Politiker jemals eine Notwendigkeit, zum öffentlichen Schlagabtausch in die Arena zu steigen. Er war bisher eher ein Mann der kleinen Gesteen und des unauffälligen Amtes. Einig sind sich Bewunderer und Gegner dieses Mannes jedoch in dem Urteil: Er ist ein exzellenter Administrator. Hodel bewies es von 1981 bis 1982 als stellvertretender In-



Der Mann, der Lee Iacocca ab-schoß: Hodel FOTO: CAMERA PRESS

nenminister, von 1982 bis 1984 als Energieminister und seit einem guten Jahr als Innenminister.

Sein etwas dünn gewordenes Haupthaar und seine hohe Stirn lassen ihn älter erscheinen, als er mit seinen fünfzig Jahren ist. Hinter diesem etwas blaß und unauffällig wirkenden Mann versteckt sich ein sehr harter Kampfer und exzellenter Sportler. Er ist fast täglich in der Turnhalle seines Ministeriums anzutreffen und gilt als der schnellste amerikanische Politiker auf Skiern.

Die Theorie, daß er als Handlanger der Iacocca-Gegner innerhalb der Administration vorgeschickt worden sei, den Erfolgsmenschen aus Detroit öffentlich strauchen zu lassen, ist kaum zu halten. Hodel schwieg sich nämlich über seinen Coup aus in der Furcht, daß ihm das Weiße Haus in den Arm fallen könne. Er handelte also im Alleingang. Daß Lee Iacocca sich wehren würde, hatte er einkalkuliert. Daß er es so poiterhaft laut tun würde, hat ihn überrascht.

Das Ergebnis jedenfalls ist eine Delle im Stolz des Lee Iacocca und eine deutliche Farbtonung im Image des Donald Hodel. Man nimmt es nicht mehr als selbstverständlich hin, daß Beamte blaß sein müssen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

In der Philippinen-Frage sieht die Zeitung einen Erfolg Reagans: Paradoxerweise sieht man unter Reagans Herrschaft einige Länder, in denen es als einzige Alternative nur eine faschistische Tyrannei oder eine noch schrecklichere, totalitäre marxistisch-leninistische zu wählen schien, sich zur Demokratie oder zu Formen entwickelten, die unseren Vorstellungen von Demokratie näher kommen. Gestern war es Haiti. Heute scheint dies auf den Philippinen zu geschehen. Unter Carter rührten sich die argentinischen, brasilianischen und uruguayischen Generäle nicht. Sie kehrten unter Reagans Schirm in die Kasernen zurück. Der Kampf für die Demokratie und die Menschenrechte setzt, wenn man aufrichtig ist, Stärke voraus.

NORDSEE-ZEITUNG

Das Bremerhaven Blatt kommentiert die Lage der CDU in Niedersachsen: Nach der Rede Albrechts auf dem Parteitag in Hannover gab es zwar viel Beifall, aber keinen Jubel. Dazu war auch kein Anlaß. Die Probleme, denen sich auch eine künftige, von der CDU geführte Regierung in Niedersachsen gegenübersteht, sind groß. Die immer noch hohen Arbeitslosenzahlen, die schwierige Situation in der Landwirtschaft und die fehlenden Möglichkeiten, junge Menschen in das Berufsleben zu integrieren, fordern eine überzeugende Politik mit Engagement und Verantwortungsbe-wußtsein.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zum Siedemann-Besuch: Siedemanns Besuch hat in breiter Weise verdeutlicht, daß der 40jährige Teilungsprozeß kurz vor dem Abschluß steht. War schon die Begegnung von Bundeskanzler Kohl und Staatsratsvorsitzenden Honecker bei der Moskauer Trauerfeier für Tschernenko nach Ansicht Siedemanns „ein Meilenstein“, so wird Honeckers Besuch in Bonn der Schlußstein werden. In den Augen der Weltöffentlichkeit wird das vollständige Anerkennen der DDR durch die Bundesrepublik sein. Dafür kommt die DDR der Bundesregierung mit etwas erweiterten Reisemöglichkeiten für die Bürger entgegen, sie erleichtert Austauschprozesse auf verschiedenen Gebieten.

HESSEISCHE ALLGEMEINE

Zu Wehners Seite bemerkt das Kasseler Blatt: Eine Woche lang hat sich die Öffentlichkeit mit dem Bundeskanzler beschäftigt: Da kam Hilfe. Von oben. Der Altvater der SPD, Herbert Wehner, schleierte - wie in seinen besten Zeiten - wie Gottvater Zeus zornige Blitze gen Bonn. Und zum Entsetzen aller, die ihn verehren und achten, nicht auf den gebeutelten Helmudt Kohl, sondern auf die eigenen Genossen. Und insbesondere auf seinen Intimfreund Willy Brandt. Das erinnert an das Jahr 1974, als der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner von Moskau aus den Kanzler demonstrierte. Eben jenen Willy Brandt. Der bade gerne lau. Das letzte damals die Phase von Brandts Rücktritt ein... Da schimmert die Sorge durch, daß das Hessen-Modell auch in Bonn Schule machen könnte. Und er sieht damit sein Lebenswerk, das Godesberger Programm, gefährdet...

Südkorea: Präsident Chun muß Freilassungen anordnen

Noch ein asiatischer Staat, wo die Opposition sich rührt / Von Fred de La Trobe

Die Regierung des südkoreanischen Präsidenten Chun Do Hwan sorgt sich offenbar, daß ihr scharfes Einschreiten gegen die Opposition als Schuß nach hinten wirken könnte. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP) hatte eine Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften für eine Verfassungsänderung gestartet, die auf eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk hinauslaufen soll. Das kritische Echo aus dem westlichen Ausland auf die Turbulenzen der letzten Tage hat Seoul jetzt zu vorsichtigerem Taktieren bewegen.

Mit der Freilassung der meisten von über hundert festgenommenen Oppositionellen hat die bisherige Hochspannung etwas nachgelassen. Zwar dauert der Hausarrest für den Dissidenten Kim Dae Jung noch fort, doch der für den anderen bekannten Regierungsgegner, Kim Young Sam, wurde aufgehoben.

Die Regierung pocht darauf, daß Petitionen zwar nicht grundsätzlich verboten sind, daß aber eine Verfassungsänderung nur durch

den Präsidenten oder eine Mehrheit des Parlaments beschlossen werden könne. Die Unterschriften-sammlung sei daher illegal. Die Opposition, der die nötige Mehrheit fehlt, kontiert, daß die entsprechenden Verfassungsbestimmungen vor sechs Jahren unter Kriegsrecht zustande kamen, als Grundrechte wie Rede- und Pressefreiheit ausgesetzt waren.

Die Opposition will die Unterschriftenkampagne fortsetzen. Die Warnung Chuns, Nordkorea könne Unruhen im Süden für einen Überfall ausnutzen, nimmt sie nicht ernst. Sie verweist auf die Präsenz amerikanischer Truppen im Lande und den deutlichen Widerwillen der Sowjets und Chinesen, ein militärisches Abenteuer Pjongjangs zu unterstützen. Präsident Chun machte am Montag einen Anfang zum Dialog, als er mit den Führern der beiden größten Oppositionsparteien zusammentraf. Außerdem hat sich die Regierungspartei jetzt bereit erklärt, die Frage einer Verfassungsänderung im Parlament zu besprechen.

Die Opposition ist kein kleines Grüppchen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Februar 1985 erhielt die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei nur 35,3 Prozent der Stimmen. Die Hauptoppositionspartei, die NKDP, bekam 29,2 Prozent, den Rest teilten sich die Nationalpartei Koreas und die Unabhängigen. Auf Grund einer Verfassungsklausel bekommt die größte Partei ein Drittel der Sitze im Parlament zusätzlich. So hat die Regierungspartei 148 Sitze von insgesamt 276.

Die NKDP hatte bis vor kurzem 102 Sitze, zwölf spalteten sich ab, so daß die Partei jetzt mit neunzig Abgeordneten nicht mehr ein Drittel aller Mandate und somit nicht mehr die Möglichkeit hat, das Haus zu einer Sitzung einzuberufen oder die Vertrauensfrage zu stellen. Dabei kam es bei den letzten Wahlen zu verschiedenen Manipulationen, so daß die Opposition sicherlich stärker ist, als es ihre Zahl im Parlament andeutet.

Der Rückhalt der Opposition ist in den Städten besonders groß. Die

NKDP ist eine konservative Partei, die aber einen linken Flügel hat, der etwa den deutschen Sozialdemokraten entspricht. Unter den Studenten rumort es schon seit Jahren. Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei haben in letzter Zeit zugenommen. Gegenwärtig sind allerdings die Semesterferien; das neue Semester beginnt im März.

Ein neomarxistischer Flügel der Studenten ist nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Oppositionsparteien, die ihm zu konservativ sind. Bis auf einige Agenten gibt es aber keine Anhänger Nordkoreas unter den Studenten. Hielt sich die Polizei bisher mit dem Eindringen in den Campus der Universitäten zurück, so hat sich das seit Anfang dieses Monats geändert. In den letzten beiden Wochen drang die Polizei in insgesamt 193 Universitätsgelände ein und durchsuchte sie nach aufrührerischen Schriften und Waffen.

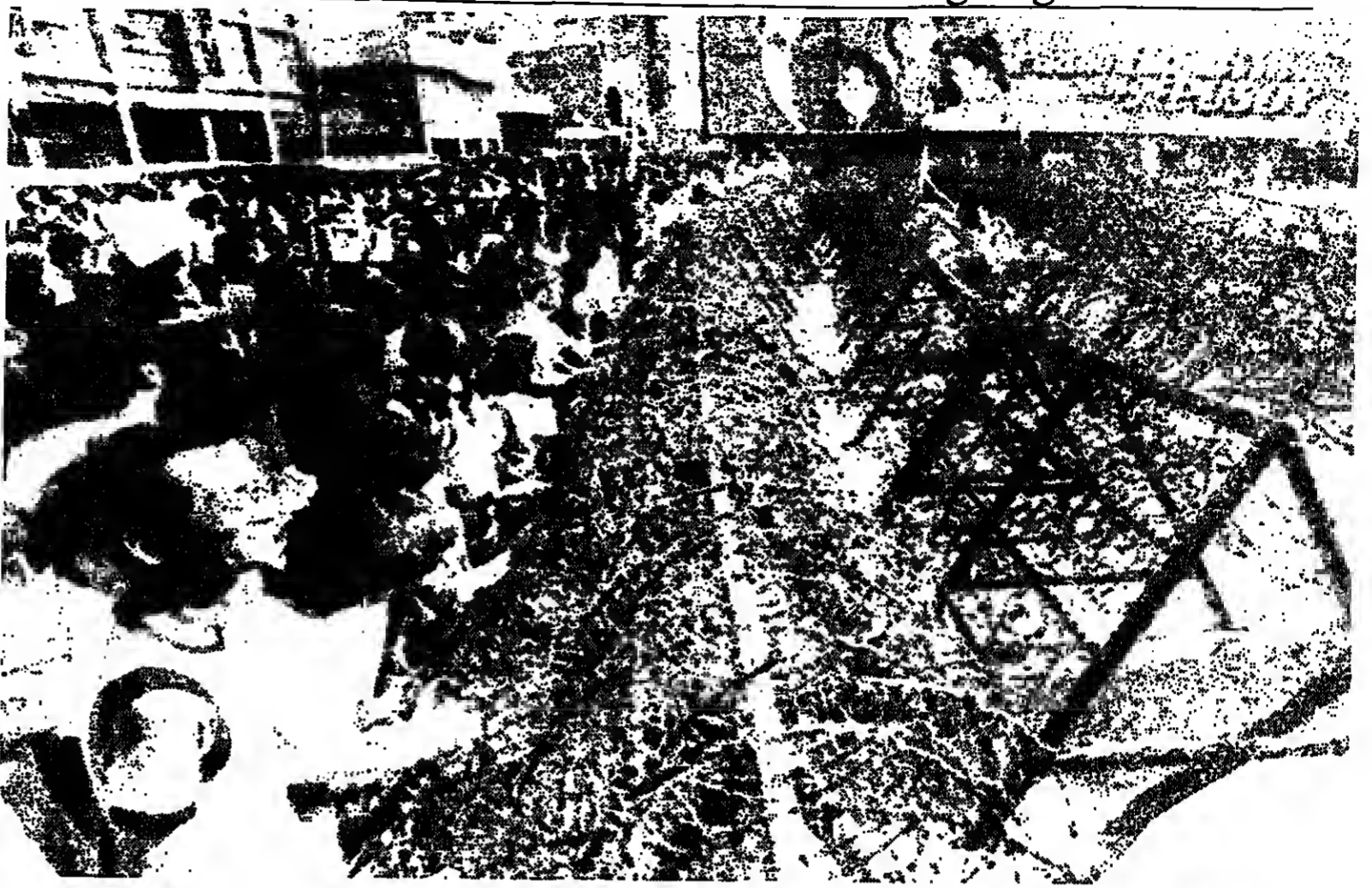
Die wirtschaftlichen Erfolge Südkoreas in den letzten beiden Jahrzehnten sind sprichwörtlich;

gegenwärtig ist die Wirtschaftslage aber nicht allzu günstig. Die Exporte stagnieren, und Korea hat betrübliche Handelskonflikte mit den USA, die sich gegen die Flut billiger Importe aus Korea zu schütten suchen. Die koreanische Wirtschaft hängt sehr stark von den Exporten ab. Wegen der Stagnation kam es während der letzten Monate zu einer Welle von Konkursen, die das Bankensystem des Landes sehr bedrängt haben. Auch das trägt zu einer unruhigen Stimmung bei.

Freilich spielt in Korea die Furcht, daß der Norden jedes Nachlassen an Wachsamkeit und Einigkeit im Süden ausnutzen könnte, immer eine große Rolle; andererseits aber stehen die Koreaner an Bildung und politischer Reife kaum den Japanern nach - und sind den meisten asiatischen Nationen voraus - so daß eine gewisse Ungeduld mit dem paternalistischen System um sich greifen muß. Es ist Chuns Sache, diesen Tendenzen rechtzeitig und angemessen entgegenzukommen.

Das Regime des Ferdinand Marcos geht zu Ende - Washington forderte seinen Rücktritt und bot Flugzeug zur Flucht an

Sie feiern ein Volksfest am Rande des Bürgerkriegs



Ein Präsident schützt sich vor seinem Volk: Um den Malacanang-Palast in Manila hat Ferdinand Marcos Barrikaden errichten lassen

Von JOCHEN HEHN
Montag morgen 7.00 Uhr, auf der Avenue Epifanio de Los Santos in Manila herrscht Siegesstimmung. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen, lächeln und weinen in einem, tanzen vor Freude. „We won, we won“ (Wir haben gesiegt, wir haben gesiegt). Die Massen skandieren: „Cory, Cory; Ramos, Ramos“. Andere wieder sinken auf die Knie und beten - Dankgebete.

Die Nachricht, Präsident Ferdinand Marcos habe das Land verlassen, verbreitet sich wie ein Lauffeuer unter den rund 100 000 Menschen, die die ganze Nacht ausgeharrt haben und seit dem Wochenende einen lebenden Schutzwall um die beiden Militärklügel Aguinardo und Crame bilden, in denen sich Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos mit ihnen ergebenen Truppenteilen verschanzt halten. Sie haben ihre offene Gegnerschaft gegenüber Marcos erklärt.

Die Siegesmeldung war kurz vor 7.00 Uhr von General Ramos in einer eilig einberufenen Pressekonferenz im Lager Crame verkündet worden: „Das philippinische Volk hat gesiegt. Das Regime Marcos ist gestürzt. Wir sind die Sieger.“ Der Freudentaumel, der dieser Erklärung auf den Straßen vor den besetzten Militärklügel folgt, währt jedoch nicht lange. Die Falschinformation war von Angehörigen der philippinischen Luftwaffe an Ramos und Enrile übermittelt worden, Marcos und seine gesamte Familie hätten sich nach Guam abgesetzt. Enrile bleibt es schließlich vorbehalten, die Siegesfeier mit einer über den katholischen Rundfunksender Veritas ausgestrahlten Erklärung zu dämpfen. Sein Dementi enthüllt, Marcos halte sich noch immer im Malacanang-Palast auf. Doch der friedliche Kampf gegen den Diktator gehe weiter.

Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt. Die Massen, gerade durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen, rücken enger zusammen um die beiden Militärklügel, um sie vor Angriffen Marcos-loyaler Truppen zu schützen.

9.15 Uhr. Malacanang-Palast, knapp fünf Kilometer Luftlinie von den beiden besetzten Camps entfernt: Präsident Ferdinand Marcos hat die Auslandspresse zu einer Pressekonferenz gerufen - seiner dritten innerhalb der letzten 24 Stunden. Marcos tritt nicht allein auf. Um das Gesicht von seiner Flucht Lügen zu strafen, ist die gesamte Familie (Ehefrau Imelda, Kinder und Enkelkinder) aufgebeten worden. Während Marcos den nationalen Notstand verkündet und die beiden Abtrünnigen Enrile und Ramos schärfste Konsequenzen androht, sitzt die First Lady Imelda sichtlich nervös neben dem Präsidenten und spielt mit den Enkelkindern. „Wir haben die Situation völlig unter Kontrolle“, verkündet Marcos.

Die Kameras sind auf das müde Gesicht des Staatschefs gerichtet. Plötzlich erweitert sich der Blick-

winkel. Neben Marcos erscheint Armeeführer General Fabian Ver, der „starke Mann“ des Regimes. Der General ist sehr erregt. Mehrmals schneidet er dem Präsidenten das Wort ab. Die Stimme des Staatschefs ist schwach, der Tonfall schleppend. „Herr Präsident“, schreit General Ver, „wir müssen Hubschrauber einsetzen.“ Doch Marcos scheint am Ende seiner Kraft. „Ich weiß, daß der General Ver Hubschrauber einsetzen will“, sagt er zu seinem bis dahin treuesten Verbündeten und Vetter. „Aber ich sage nein, nur Handfeuerwaffen.“ Dann verschwindet das Bild der beiden Männer, die über zwanzig Jahre lang mit eiserner Hand die Philippinen regierten.

9.54 Uhr. Der noch amtierende Staatspräsident wird aus seiner eigenen Fernsehstation, die die Pressekonferenz landesweit ausstrahlen sollte, ausgeblendet. Etwa hundert von den rebellierenden Soldaten hatten kurz zuvor den Regierungssender gestört. Der Widerstand einer kleinen Gruppe Marcos-loyaler Soldaten ist schnell gebrochen. Einige Schüsse fallen, doch gibt es kein Blutvergießen. Während des Überraschungscoups sendet Kanal 4 Jazzmusik. Die Übernahme des Regierungssenders war offenbar gut geplant. Schon wenige Minuten später bilden sich Menschenketten aus das Gebäude, um es vor einer Rückeroberung zu schützen. Über Radio Veritas und Kanal 7 - letzterer ebenfalls ein Rundfunksender der Opposition - gehen beschwörende Appelle an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zum Sender zu blockieren.

10.26 Uhr. Der rebellierende Verteidigungsminister Enrile erklärt über den Radiosender DZRB, es sei eine provisorische Regierung mit Corazon Aquino als Staatspräsident und Salvador Laurel als Vizepräsident gebildet worden. Enrile fordert seine Landsleute auf, zu den beiden Militärstützpunkten zu strömen, um jeden Angriff von Marcos' Truppen schon im Keime zu ersticken. Einem ersten Versuch hatte Marcos kurz vor Morgengrauen unterzogen. Sieben Kampfhubschrauber überschritten die im Militärklügel Crame verschanzten Truppen. Doch der Kampf blieb aus. Die Marcos Soldaten legten ihre Waffen nieder und liefen zu den Rebellen über.

13.26 Uhr. Ein neuer Sender Radio und Fernsehen Philippino meldet sich über die Kanäle, über die wenige Stunden vorher noch die Programme der Regierung liefen. Eine Gruppe von vier Laienansängern verkündet freudestrahlend, das philippinische Volk habe die Kontrolle über Kanal 4 übernommen und würde von nun an nur noch Tatsachen verkünden. Eine Sprecherin ruft alle Fernsehtechniker, Direktoren, Ansager und Ansagerinnen auf, sich mit der Schattengruppe zu solidarisieren und sich dem neuen Sender zur Verfügung zu stellen.

Die ersten neuen „Fernsehstars“ sind Militärs. Sie geben einen Über-

blick über die verworrene militärische Lage in der Hauptstadt. Jede Erfolgsmeldung der Rebellen wird mit lautem Jubel begleitet. Der Flughafen Manilas sei von Truppen Enriles und Ramos' besetzt worden. Eine Erklärung des Direktors der philippinischen Luftfahrtgesellschaft, Roman Cruz jun., wird verlesen. In seinem Schreiben, adressiert an „Dear Madam President“, bietet der ehemals stramme Marcos-Gefolgsmann der „neuen Staatspräsidentin Cory Aquino“ seinen Rücktritt an. Freimütig bekennt er, daß er Marcos zwar viel verdanke, doch hätten es ihm die Ereignisse während der letzten Wahlen unmöglich gemacht, weiterhin loyal zu Marcos zu stehen.

Die Nachrichten von Ergebnissen adressierten an General Ramos und Verteidigungsminister Enrile häufen sich. Sie kommen aus allen Waffengattungen. Mittlerweile dröhnen Jagdflugzeuge über die Radio- und Fernsehstation, um den Luftraum zu sichern. In den Straßen um die Sender drängen sich Tausende. Sie feiern den Erfolg an der Medienfront mit Tänzen und Gesängen. Auch die überwältigten Soldaten, die den Sender schützen sollten, beteiligen sich an den Feiern.

15.00 Uhr. Aus dem Provisorium des eroberten Senders ist ein professionelles Programm entstanden. Politik, Nachrichten, Interviews und Popmusik wechseln einander ab.

15.50 Uhr. Vor dem hermetisch abgeriegelten Malacanang-Palast von Ferdinand Marcos ziehen Tringenschwärme über die dort versammelten Demonstranten. Zwischen 4000 und 5000 Menschen, meist Jugendliche und viele in weiß gekleidete Priester und Nonnen, rufen Anti-Marcos-Parolen. Die für die Sicherheit von Marcos verantwortlichen Truppen-einheiten bilden hinter Stacheldrahtverhau einen engen Kordon. Allzu-

keine Demonstranten werden mit Schlagstöcken abgewehrt.

17.00 Uhr. Die Aufrufe der Oppositionssender an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zu den beiden besetzten Militärklügel zu blockieren, haben eine überwältigende Zustimmung gefunden. Über eine Million Menschen drängen und schieben durch die Avenue Epifanio de Los Santos und durch die Seitenstraßen. Den Aufruf von Marcos, die nähere Umgebung der Camps zu räumen, haben sie mißachtet. Sie sind gekom-

men um die beiden Militärklügel vor Überraschungsangriffen des Generals Fabian Ver und seiner Gefolgsgelute zu schützen.

Und sie wollen die Siegesansprache von Corazon Aquino hören, die über Radio Veritas ausgestrahlt wird. Die Ansprache, über zahlreiche Transistorradios und Lautsprecher in die Menge übertragen, löst Jubel aus, als „Cory“ verkündet, sie würde am nächsten Morgen vom philippinischen Parlament, in dem die Opposition nun durch zahlreiche Überläufer

die Mehrheit besitze, zum rechtmäßigen Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt. Beifall brandet auf, als „Cory“ Aquino die Tatsache würdigt, daß zum erstenmal in der Geschichte „Zivilisten erfolgreich Militärs besetzten“.

19.00 Uhr. Ferdinand Marcos verkündet über seinen Fernsehsender „Kanal 9“ eine Ausgangssperre von 18.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Die Macht, diese Ausgangssperre auch durchsetzen zu können, ist Marcos aber offensichtlich abhand gekommen. Poli-

zisten sind seit zwei Tagen aus dem Straßenbild Manilas verschwunden. Auch sie haben sich loyal gegenüber den Rebellentruppen erklärt.

Um die Militärbasen hat sich inzwischen eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden. Viele sind schon am Nachmittag aus den umliegenden Provinzen in die Hauptstadt gestromt. Manche haben geschmückte Madonnenfiguren mitgebracht als Zeichen ihrer friedfertigen Absichten. Die Szenerie gleicht einem Volksfest. Es wird gesungen und getanzt zu den Klängen jugendlicher Musikanten. Kleine Garküchen und Getränkeverkäufer versorgen die Menge, die sich für die lange Nacht nicht selbst mit Nahrungsmitteln eingedeckt haben.

Auch die rebellierenden Militärs werden versorgt. Aus Spendenmitteln der Bevölkerung finanziert, werden Reis, Zucker, Tee, Getränke und Dosennahrung auf Jeepneys, bunte jeopähnliche Taxis, die das Straßenbild Manilas prägen, zu den Eingängen der Camps gebracht.

20.30 Uhr. Im Militärklügel Crame appellieren Minister Enrile und General Ramos an alle Offiziere und Soldaten der Gegenseite, sich ihrer Bewegung anzuschließen. Enrile verliest die Stellungnahme des Weißen Hauses, in der Marcos und General Ver aufgefordert werden, sich jede Angriffs auf die Rebellentruppen zu enthalten. Marcos selbst wird gedrängt, eine friedliche Übergabe der Regierung zu ermöglichen.

Wenig später geht wie ein Lauffeuer eine Nachricht durch die Stadt: Marcos-Truppen sollen den katholischen Sender Radio Veritas angegriffen haben.

Die Entwicklung eines politischen Dramas

3. November 1985: Marcos kündigt eine außerplanmäßige Präsidentschaftswahl an, um der Kritik im Inland den Boden zu entziehen und den amerikanischen Verbündeten zu zeigen, daß er politisch auf festen Füßen stehe. Die für die Sicherheit von Marcos verantwortlichen Truppen-einheiten bilden hinter Stacheldrahtverhau einen engen Kordon. Allzu-

2. Dezember 1985: Nach einem Jahr endet der Prozeß gegen den Abtrünnigen General Fabian Ver, und 25 weitere Angeklagte wegen des Mordes an Oppositionsführer Benigno Aquino mit dem Freispruch aller Beschuldigten.

3. Dezember 1985: Corazon Aquino, die Frau des ermordeten Oppositionsführers, gibt ihre Kandidatur bekannt. Die Opposition ist zu nächst zersplittert. Auch Senator Salvador Laurel tritt als Präsi-

denkandidat auf, erklärt sich aber später zum Zusammengehen mit Frau Aquino bereit und wird Vizepräsident-Kandidat.

18. Januar 1986: Der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, beschuldigt die Marcos-Partei, sie betreibt eine Verleumdungskampagne gegen Frau Aquino und nötige die Wählerschaft. Sin erklärt, wer sich mit solchen Methoden den Sieg verschaffe, habe kein moralisches Anrecht auf die Regierungsgewalt.

5. Februar 1986: Zwei Tage vor der Wahl spricht Frau Aquino in einem Park in Manila bei der größten politischen Kundgebung, die das Land je gesehen hat, zu rund einer Million Menschen. Eine „Nationale Bewegung für freie Wahlen“ (NAM-FREL) kündigt an, sie werde Wahlbeobachter einsetzen, um Wahlbetrug zu verhindern.

7. Februar 1986: Wahltag. NAM-FREL-Beauftragte und amerikanische Beobachter berichten, sie seien Zeugen vieler Fälle von Wahlbetrug, Gewaltanwendung und Nötigung von seitens der Marcos-Anhänger geworden.

8. Februar 1986: Frau Aquino geht bei den von NAM-FREL bekanntgegebenen Zwischenergebnissen in innere Angelegenheiten der Philippinen und droht den Oppositionsführern wegen der Ungehorsamskampagne mit Strafverfolgung.

15. Februar 1986: Die für die Feststellung des Endergebnisses zuständige Nationalversammlung, in der Marcos die Zweidrittelmehrheit hat, spricht Marcos einen Stimmentwurf von 1,5 Millionen zu und proklamiert ihn zum Präsidenten.

16. Februar 1986: Frau Aquino, die sich um den Wahltag betrogen fühlt, fordert die Bürger zu gewaltlosem Ungehorsam auf, um Marcos zum Rücktritt zu zwingen. US-Präsident Ronald Reagan, der vier Tage zuvor andeutungsweise beiden Seiten Wahlbetrug angelastet hatte, vertritt jetzt die Ansicht, das Marcos-Lager habe derart massive Wahlhalsung betrieben, daß die Wahl vielleicht nicht mehr gültig sei.

20. Februar 1986: Marcos klagt über ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten der Philippinen und droht den Oppositionsführern wegen der Ungehorsamskampagne mit Strafverfolgung.

22. Februar 1986: Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Stabschef Generalmajor Fidel Ramos stellen mit der Erklärung, daß ihnen die Verhaftung drohe, ihre Ämter zur Verfügung und verschanzen sich im Verteidigungsministerium. Sie fordern, Marcos solle zugunsten von Frau Aquino zurücktreten. (AP)

Für das Weiße Haus ist Marcos schon Vergangenheit

Von FRITZ WIRTH

Ronald Reagan hatte Festkleidung angelegt. Auf dem Programm stand „Dinner mit den Gouverneuren im Blue Room des Weißen Hauses“. In seinem Gesicht war zu lesen, daß er eine protokoliarische Pflicht erfüllte mit seiner Anwesenheit, in Gedanken aber in seinem Dienstraum im „Oval Office“ war. Über dem Dinner-Tisch riefen Journalisten ihm zu, ob er Marcos zum Rücktritt auffordern werde. Reagans leicht verlegene Antwort: „Kein Kommentar.“

Das war am Sonntagabend um zehn. Was weder die anwesenden Journalisten noch die rund 40 amerikanischen Gouverneure zu diesem Zeitpunkt wußten: Die Entscheidung über das politische Schicksal des philippinischen Präsidenten Marcos war, soweit sie von Washington aus mitbestimmen war, bereits gefallen. Die Reagan-Administration hatte Marcos fallengelassen.

Es war eine lange, mühsame, doch am Ende keine schwierige Entscheidung mehr. Die Zeiten, da Marcos noch mit Pomp im Weißen Haus empfangen wurde und Vizepräsident Bush Elogen auf sein Demokratieverständnis sang, sind lange vorbei. Die Betroffenheit und das Unbehagen über Marcos in der Reagan-Administration begannen lange vor den von ihm gefällten Wahlen.

Reagan hatte schon im letzten Jahr seinen Freund, den Senator Laxalt, zu Marcos geschickt und ihn dringend zu Reformen aufgefordert. Die Mission Laxalts verlief unbefriedigend. Der Ärger über Marcos in Washington wuchs. Er wurde nach der gefällten Wahl zu einer politischen Belastung. Bereits unmittelbar nach der Wahl herrschte in der Administra-

tion Einigkeit, daß es für Marcos keine politische Zukunft mehr gebe. Uneinigkeit gab es lediglich über das Ausmaß des Druckes, den Washington ausüben sollte, ihn zum Abgang zu bewegen. Im State Department plädierte man für einen härteren Kurs als im Weißen Haus.

Ronald Reagan hoffte, daß der Druck im eigenen Lande ausreichen würde, Marcos von der Aussichtlosigkeit seiner Position zu überzeugen. Für den Präsidenten gab es in seinem philippinischen Kurs nur eine Priorität: nichts zu unternehmen, was zum offenen Ausbruch von Gewalt und zum Bürgerkrieg führen könnte. Es wäre für die Philippinen und für die USA die schlechtestmögliche Lösung.

Man setzte also auf Zeit im Weißen Haus, operierte mit zurückhaltenden und teilweise schon übertrieben vorsichtigen öffentlichen Erklärungen und entsandte Peter Habib als Sonderbotschafter auf die Szene.

Am Samstag verließ Habib Manila, um Präsident Reagan einen Zwischenbericht zu geben. Drei Stunden nach seiner Abreise begann in Manila die Rebellion des Juan Enrile und Fidel Ramos. Zufall? Ramos und Enrile versichern: Wir sind zu unserem Schritt nicht von amerikanischer Seite ermutigt worden. In Washington bestätigt man: Habib hat nichts von den Dingen geahnt, die am Samstag passierten.

Am Sonntag morgen berichtete Habib in Washington Außenminister Shultz und Sicherheitsberater Poindexter über die Lage. Shultz und Poindexter aber hatten schon am Samstag in telephonischem Kontakt mit Präsident Reagan in Camp David gestanden. Das Ergebnis war eine Erklärung des Weißen Hauses, die zum ersten Mal unmißverständlich

die Wahl von Marcos als Fälschung verurteilte und sich in dieser Hinsicht dem Urteil der Rebellen Enrile und Ramos anschloß. Das Dokument des Weißen Hauses sagte es nicht in diesen Worten, doch die Botschaft war unmißverständlich: Das Kapitel Marcos war fürs Weiße Haus beendet.

Der Mann mußte weg, möglichst ohne Blutvergießen. Am Sonntag mittag ließ Präsident Reagan durch den amerikanischen Botschafter an Marcos die Warnung weiterleiten, gegen die Rebellen keine Gewalt zu brauchen. Als dennoch Nachrichten von Schießereien aus Manila kamen, drohte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, die Streichung amerikanischer Militärhilfe an. „Unsere Militärhilfe ist nicht für solche Zwecke gedacht.“

Um Mitternacht, kurz nach dem Ende des „Dinners der Gouverneure“ im Weißen Haus, das nach außen hin den Eindruck erweckte, als herrsche „business as usual“, ließ man endgültig alle diplomatischen Floskeln und Warnungen fallen. Das Weiße Haus legte Marcos den Rücktritt nahe und bot ihm ein Militärflugzeug zur Flucht aus den Philippinen an.

„Werden wir Marcos Asyl anbieten?“ wurde Larry Speakes gefragt. „Mr. Marcos hat bisher nicht darum gebeten, doch ich bin sicher, daß der Präsident bereit ist, einem alten Freund und Alliierten zu helfen.“

„Und wenn Marcos sich weigert zu gehen?“ Speakes: „Es könnte eine gefährliche Situation entstehen. Wir wollen einen ruhigen und friedlichen Machtwechsel. Die letzte Entscheidung liegt beim philippinischen Volk. Wir sind nicht gewillt, unsere beträchtlichen militärischen Reserven auf den Philippinen ins Spiel zu bringen.“

„Jetzt ist die Zeit für den Frieden“

Die philippinische Oppositionsführerin Corazon Aquino gab gestern folgende Erklärung ab:

„Wir haben unsere Freiheit, unsere Rechte und unsere Würde mit viel Mut und Gott sei Dank mit wenig Blutvergießen wiedergewonnen. Ich rufe unser Volk dazu auf, den Geist des Friedens zu bewahren, fest und leidenschaftlich zu bleiben, während wir die letzten Wurzeln der Tyrannei ausreißen. Laßt uns jetzt, wo wir gewonnen haben, nicht auf das Niveau der bösen Kräfte herabsinken, die wir besiegt haben.“

Ich habe immer gesagt, daß ich im Sieg sehr großzügig sein kann - kein Haß mehr, keine weiteren Kämpfe. Ich appelliere an alle Filipinos auf beiden Seiten. Jetzt ist die Zeit des Friedens, die Zeit Wunden auszuhelen. Den letzten Anhängern von Marcos rufe ich zu: Helfen Sie mir, das Land wieder aufzubauen, anstatt die Hand gegen das Volk und seine Armee zu erheben. Da das Militär die körperliche Unversehrtheit des Volkes respektiert hat, fordere ich das Volk auf, mit dem letzten Soldaten Marcos' ebenso schonend umzugehen. Wie ich schon sagte: Jetzt ist die Zeit für den Frieden. Die einzige Weise, auf die wir unser Land wieder aufbauen können, ist die des Miteinanders. Ich dehne diesen Appell auf die Offiziere und Soldaten aus, die noch immer gegen die neue Ordnung kämpfen. Ich lade sie alle dazu ein, gemeinsam mit dem Volk Cory (Corazon) Aquino und Doy (Salvador) Laurel zu unterstützen.“

Der Sieg der Freiheit durch friedliche Mittel über eine Armee, die eine Tyrannei hinter sich hat, ist selten in der Geschichte; ein Sieg der Freiheit durch das Volk, das das Militär schützt, aber ist noch nicht dagewesen... (dpa)



Sorge und Zuversicht: Schwerbewaffnet und geschützt von Anhängern zieht der rebellierende Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile in das nationale Hauptquartier der Polizei



Präsident Ferdinand Marcos mit Familie: als Fernsehbild, das die Nation beruhigen soll. Die Töchter Irene und Imee, Sohn Ferdinand und Frau Imelda (v.l.)

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zu Beginn des 27. Parteitag...

Gorbatschows anvisiertes, großes Ziel...

Euphorie früherer Parteitage ist verflogen

Gorbatschow ist mit Reagans Offensive konfrontiert / Das Programm verknüpft stärker Innen- und Außenpolitik

Überall gärt es. Die scharfe Gängelung Bulgariens...

Dann der über sechs Jahre andauernde Afghanistan-Krieg...

Die Hürden scheinen fast unüberwindbar für Parteichef Gorbatschow...

In der Neufassung des Parteiprogramms ist daher längst keine Rede mehr von „einem großen reinigenden Gewitter, das über die Welt braust

und den Frühling der Menschheit kündigt“, wie es das Parteiprogramm von 1961 jauchzend verließ.

So gilt im Unterschied zur Chruschtschow-Fassung im neuen Programm ein Weltkrieg denn auch nicht nur vermeidbar.

Große Bedeutung mißt das Programm „einer friedlichen, guten Nachbarschaft in Europa“ bei.

teilt. Sein Herrschaftsbereich verenge sich unausweichlich, immer deutlicher trete seine historische Überlebensfähigkeit zutage.

Doch gleichzeitig verkündet man nicht, daß er „immer noch stark und gefährlich“ sei, über „gigantisch gewachsene Produktivkräfte“ verfüge und sich an verändernde Umstände anpasse.

Große Bedeutung mißt das Programm „einer friedlichen, guten Nachbarschaft in Europa“ bei.

alle Versuche einer Revision treten, ganz gleich unter welchen Vorwänden „und jeglichem Revanchismus eine Abfuhr erteilen“.

Zum asiatischen Komplex heißt es, man würde konsequent danach streben, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten, die Sicherheit in Asien zu gewährleisten.

In der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern strebt das überarbeitete Programm „feste kameradschaftliche Beziehungen und eine allseitige Zusammenarbeit der UdSSR mit allen Staaten des sozialistischen Weltsystems an“.

nungsverschiedenheiten zu vermeiden, „eines tiefen Verständens der nationalen und der gemeinsamen internationalen Interessen in ihrer organischen Wechselverbindung“ bedürftig.

Mit dieser Tour d'horizon tritt nun die Krennführung vor den Parteitag. Stärker als früher betont das neue Programm die enge Verknüpfung der sowjetischen Innenpolitik mit der Außenpolitik, die „günstige Bedingungen für die Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft gewährleisten müsse“.

Die Entwürfe für die „Neufassung des Programms der KPdSU“ für die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 12. Fünfjahresplan (1986-1990) und bis zum Jahre 2000, sowie Änderungen am Parteistatut zeigen hohe Ziele auf und wecken große Erwartungen.

Die Entwürfe für die „Neufassung des Programms der KPdSU“ für die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 12. Fünfjahresplan (1986-1990) und bis zum Jahre 2000, sowie Änderungen am Parteistatut zeigen hohe Ziele auf und wecken große Erwartungen.

Kulturpapst der Stalin-Ara gelobt

dpa, Moskau

Andrej Schdanow, der führende Kulturpapst der Stalin-Ara, ist in einem Jubiläumsartikel des Parteiorgans „Prawda“ als „bedeutender Theoretiker und Propagandist der Idee des wissenschaftlichen Kommunismus“ gepriesen worden.

Als Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Propaganda, Ideologie und marxistisch-leninistische Theorie hatte Schdanow eine ganze Generation sowjetischer Künstler, Philosophen, Historiker und Naturwissenschaftler auf das strenge Prinzip der Parteilichkeit festgelegt.

Werte-Paket.



Kommen Sie nach vorn. Zur Kompaktklasse von Mercedes-Benz.

Die Spitzenposition der Mercedes 190er in ihrer Klasse ist das natürliche Ergebnis eines klaren Konzepts: kompakte Abmessungen mit dem vollen Maß Mercedes-typischer Eigenschaften.

den elektronisch gesteuerten Gurtstraffern - oder der elektronisch gesteuerten Benzineinspritzung. Fortschritte, die ihresgleichen suchen - selbst bei größeren Fahrzeugen.

Zusammen mit der besonderen Qualität der Betreuung ein Werte-Paket, das Freunde kompakter Fahrzeuge offenbar zu schätzen wissen.

Die Benzin-Modelle sind mit dem multifunktionalen System für wahlweisen Betrieb mit bleifrei »Super« oder »Normal« lieferbar.



MERCEDES-BENZ Ihr guter Stern auf allen Strä

Handwritten text: *2/21/86*

Zweifel an Anklage im Reemtsma-Prozeß wächst

Zeuge: Finanzamt konnte bisher keine Steuern nachfordern

UWE BAHNSEN, Hamburg
Im Parteispenden-Prozeß gegen drei Top-Manager des Reemtsma-Konzerns vor dem Bundesgerichtshof haben Zeugen aussagen gesteuert, die gegen die Anklage im Reemtsma-Prozeß sprechen. Der Generalstaatsanwalt hat die Anklagebehörde mitgeteilt, daß die Steuerfahndung in dieser Sache die Ermittlungen im Laufe der Zeit abgebrochen hat. Die drei Beschuldigten Reemtsma, die bis heute in Haft sind, wurden von der Staatsanwaltschaft mit der Steuerfahndung in dieser Sache die Ermittlungen im Laufe der Zeit abgebrochen hat. Die drei Beschuldigten Reemtsma, die bis heute in Haft sind, wurden von der Staatsanwaltschaft mit der Steuerfahndung in dieser Sache die Ermittlungen im Laufe der Zeit abgebrochen hat.

Nachbericht in Arbeit

Zugleich räumte der Steuerfahnder Lothar Schwarz vom Finanzamt für Prüfungsdienste, der ebenfalls als Zeuge vorgeladen worden war, auf eine entsprechende Frage der Verteidigung ein, daß er zur Zeit in der Sache Reemtsma mit einem Nachbericht für das Verwaltungsverfahren in Hamburg-Altona beschäftigt sei. In diesem Zusammenhang wurde am Rande des Verfahrens bekannt, daß ein solcher Bericht von diesem Finanzamt bei der Steuerfahndung angefordert worden war, da sonst eine Nachveranlagung nicht möglich sei.

Aus beiden Aussagen sowie aus der Tatsache, daß die Firma Reemtsma dem Verwaltungsverfahren die Anklageschrift zugeleitet hatte, um eine Nachveranlagung zu erreichen, ergibt sich: Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft haben in der Spendeaffäre Reemtsma so mangelhaft ermittelt, daß die Ergebnisse für eine steuerliche Bereinigung des Falles nicht zu gebrauchen waren. Gleichwohl dienen sie der Staatsanwaltschaft als Rohstoff für die Anklage und der Strafammer als Grundlage für die Eröffnung der Hauptverhandlung.

Die Aussagen der Steuerbeamten wurden von den Verteidigern der drei angeklagten Manager Horst Wiedricher, Professor Ernst Zander und Klaus Teubner als eine sachliche Bestätigung dafür gewertet, daß der zum Beginn des Verfahrens von der Verteidigung gestellte Antrag, den Prozeß aussetzen und sachlich gerechtfertigt gewesen sei und vom Gericht nicht hätte zurückgewiesen werden dürfen. Die Kammer hatte stattdessen wegen Steuerhinterziehung in Nordrhein-Westfalen zu insgesamt rund knapp 590 000 Mark. Ferner erdeten allein in Bonn 65 Verfahren mit der Zahlung von Geldbußen, deren Gesamthöhe 940 000 Mark beträgt.

Parteispenden: Die meisten „Sünder“ bleiben straffrei

Versickeln nicht nachzuweisen / Warten auf Bundesfinanzhof

dpa, Bonn
Rund fünf Jahre nach der Einleitung von insgesamt 1568 Ermittlungsverfahren wegen illegaler Parteispenden durch die Staatsanwaltschaft in Bonn zeichnet sich ab, daß die meisten Sünder ohne Strafen davongekommen sind. Dies ergibt sich aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bei Landesjustizverwaltungen und Staatsanwaltschaften. Allein in der Bundeshauptstadt wurden 910 Verfahren eingestellt, darunter 406, weil ein Verschulden nicht nachzuweisen war, und 489 wegen geringer Schuld. Bei zehn Beschuldigten laufen ohnehin andere Verfahren wegen Steuerhinterziehung, gegen die der Vorwurf eines gesetzlichen Spendepraktiken nicht ins Gewicht fiel. Drei Betroffene starben vor Abschluß ihrer Verfahren.

Viele Fälle verjährten bald

Von den aus Bonn an andere Staatsanwaltschaften abgegebenen insgesamt 509 Ermittlungsverfahren - die Masse davon nach Hamburg (201) - wurden ebenfalls bereits mehr als 140 ohne Folgen für die Beschuldigten eingestellt. In Baden-Württemberg, wo noch gegen rund 300 Personen (zum Teil mehrere Beschuldigte pro Verfahren) Ermittlungen anhängig sind, wird mit der Einstellung in 250 Fällen gerechnet. In zahlreichen Fällen droht überdies Verjährung. Gar keine Spenden-Verfahren gibt es im Saarland, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

In Hessen laufen noch 50, in Bremen 47, in Bonn 22, in Bayern 20 und in Hamburg 10 Verfahren. Die spektakulärsten Fälle sind in Bonn der Prozeß gegen die beiden früheren FDP-Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Fride rich wegen Bestechlichkeit sowie gegen den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen Bestechung und in Hamburg die gerichtliche Auseinandersetzung gegen drei Reemtsma-Manager wegen Steuerhinterziehung.

Anklage erhoben wurde auch schon gegen den Chef des Duisburger Handelshauses Klöckner, Jörg Henke, wegen Steuerhinterziehung in Höhe von rund 1,4 Millionen Mark. Auf der Anklagebank in Essen werden vom 8. April an auch die beiden Karstadt-Bosse Walter Deuss und Theodor Althoff sitzen, die gegen Strafbefehle von 400 000 und 720 000 Mark Einspruch eingelegt haben. Kasstit hat der Staat auch schon: Bekannt wurden vier Verurteilungen von Unter-

sen die auch von den Richtern erkannt werden könnten. Die Anklageschrift über die Ermittlungen auszugleichen versucht und sich damit den Vorwurf eingehandelt, sie habe die Arbeit geleistet, die eigentlich Sache der Anklagebehörde gewesen wäre.

Es geht in dem Verfahren, wie berichtet, um den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, die drei Beschuldigten hätten „von 1965 bis 1981 fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd“ durch die Abgabe falscher Steuererklärungen 2,53 Millionen Mark an Körperschaftsteuer und rund 242 000 Mark an Gewerbesteuer verkürzt. Begangen haben sollen die Angeklagten dieses Steuerdelikt, indem sie zu Unrecht Zahlungen von insgesamt 3,9 Millionen Mark mit Spendenbescheinigungen an zehn politische Vereinigungen steuerlich geltend gemacht hätten.

Urteil am 6. März?

Zum Auftakt des Prozesses hatten die Anwälte dazu unter Hinweis auf die einschlägige Literatur und Rechtsprechung erklärt, zur Aussetzung des Strafverfahrens zwingen allein schon „der Umstand, daß die zuständigen Finanzämter bislang in Kenntnis aller Fakten die ergangenen Steuerbescheide nicht geändert oder gar aufgehoben haben“. Dies dokumentierte „die steuerrechtlichen Zweifel der Finanzverwaltung“. Die Aussagen des gestern im Zeugnisstand vorgenommenen Steuerfahnders Lothar Schwarz bestätigten nach Auffassung der Verteidiger diese Begründung.

Mit einer eigenen Lobby wollen die Bundesländer in Brüssel Fuß fassen

Hamburg, Saar und NRW bauen Regionalbüros aus / Sorge um Einfluß auf die EG

WILHELM HADLER, Brüssel
Französische oder britische EG-Kommissare hatten schon immer Mühe, mit den Feinheiten des deutschen Föderalismus zurechtzukommen. Seit sich die bayerische Landesregierung zur Anhörung einer Art Fronde gegen die Bonner Europapolitik gemacht hat, müssen in Brüssel auch manche deutsche Beamte umlernen. Der Protest der Bundesratsmehrheit gegen die Art und Weise, in der die Revision der Europäischen Verträge ausgehandelt wurde, ist symptomatisch für die Sorge der Länder, im politischen Entscheidungsprozeß künftig an Einfluß zu verlieren. Sie äußert sich auch in dem offenen oder versteckten Bemühen um eine stärkere Präsenz der Länder am Sitz der Gemeinschaft.

Wehners Abrechnung mit den Genossen

Die Grünen werden nur kurze Zeit leben!

DW, Bonn
Mit tiefer Verbitterung hat sich Herbert Wehner, der frühere Fraktionsvorsitzende der SPD, in einem Interview mit seinem ehemaligen Pressesprecher Knut Torgler über die gegenwärtige Führung von SPD und FDP geäußert. Aus dem Interview, das in der März-Ausgabe der Hamburger Zeitschrift „Tempo“ erscheint, zitiert die WELT die entscheidenden Passagen:
Zu Willy Brandt: Ich kenne Brandt. Ich kenne seine Art und Weise, wie er andere Leute behandelt, und so habe ich mich von ihm ferngehalten und nichts mit ihm gemacht. Ich habe ihn das machen lassen. Ich habe auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihn rauszuschmeißen zu lassen. Das ist ein Mann - nun kann er ja wohl noch einmal ein paar Jahre seine Position behalten -, der nichts zu tun hatte mit jemandem, der die ganze Arbeit im Parlament gemacht hat, der das organisiert und realisiert hat. Der Brandt kennt nur sich und läßt nur die Leute rankommen, mit denen er kann. Das ist seine Eigenart.

Steuern nachbezahlt

Der FDP-Schatzmeister in Nordrhein-Westfalen, Hans Gattermann, antwortete auf die Frage nach Spendenvereinen: „Seit Februar 1981 ist keiner mehr aktiv - jegliche Tätigkeit wurde eingestellt. Damals haben wir die Liquidation beschlossen - ob sie schon in allen Fällen vollzogen ist, weiß ich nicht. Diese Vereine haben mittlerweile sämtliche von den Finanzämtern nachgeforderten Steuern bezahlt und zwar - darauf lege ich Wert - nach ihren eigenen Angaben. Das Finanzamt glaubte also den Vereinen.“



Das spanische Königspaar in Bonn

König Juan Carlos I. und Königin Sofia von Spanien haben gestern einen fünf-tägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland angetreten. Nach der Ankunft auf dem Flughafen Köln/Bonn, wo das Königspaar von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher empfangen wurde, begrüßte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Gäste vor der Villa Hammerschmidt (Bild). Es ist der erste offizielle Aufenthalt des Königs in einem EG-Land seit der Mitgliedschaft Spaniens in der Europäischen Gemeinschaft. Juan Carlos wird in Bonn auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl sowie mit Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien zusammentreffen. Nach Bonn wird das Königspaar auch die Städte Köln, Düsseldorf, Berlin und München sowie das Volkswagenwerk in Wolfsburg besuchen.

Stoph-Vertrauter will in den Westen ausreisen

Fall wurde während des Sindermann-Besuches besprochen

WERNER KAHL, Bonn
Hermann von Berg, der „DDR“-Unterhändler für das erste Passierscheinabkommen, das West-Berliner Verwandten im Ostsektor der Stadt ermöglichte, hat einen Ausreisestellungsantrag gestellt. Der 57-jährige Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Ost-Berliner Humboldt-Universität gehörte zu dem engsten Kreis um „DDR“-Ministerpräsident Willi Stoph. Er war seit Anfang der sechziger Jahre auf dem deutsch-polnischen Feld tätig. Der ehemalige hohe SED-Funktionär machte sich damals für die SED-Parole „Deutsche an einen Tisch“ stark.

„Gesichtsverlust“?

In der Ost-Berliner Führung zeigt man sich offenbar geneigt, einer Übersiedlung des Funktionärs in den Westen zuzustimmen, nachdem der Fall am Rande der Begegnung des „DDR“-Vollkammerpräsidenten Horst Sindermann mit SPD-Politikern besprochen worden war. Vertreter des linken SPD-Flügels vertreten die Ansicht, daß ein Übertritt des überzeugten Sozialisten Berg in den Westen für Ost-Berlin nützlich sein könnte. Dieser Aspekt sei höher zu bewerten als ein möglicher „Gesichtsverlust“ für die Ost-Berliner Führung, falls der ehemalige Passierschein-Unterhändler die „DDR“-ver-

Auch Vorgänger reiste aus

Grabig, der seit etwa fünf Jahren stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Ost-Berlin war, und im Gebäude des Hauptvorstands der Ost-LDPD unmittelbar an der Mauer arbeitete, hat sich zu seinem Wechsel bisher nicht geäußert. Bereits sein Partei-Vorgänger, Ulrich Dirksen, war vor fünf Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Vor einigen Wochen ist, wie erst jetzt bekannt wurde, der Stiefsohn des „DDR“-Botschafters in Athen, Horst Brie, nach West-Berlin übergesiedelt. Der 35-jährige Wissenschaftler Werner R. will künftig an der Freien Universität Berlin arbeiten. Sein Stiefvater gilt als enger Vertrauter von SED-Chef Erich Honecker.

Mit einer eigenen Lobby wollen die Bundesländer in Brüssel Fuß fassen

Hamburg, Saar und NRW bauen Regionalbüros aus / Sorge um Einfluß auf die EG

Fest steht, daß die „Länder-Lobby“ keine offiziellen Verhandlungen mit der EG-Kommission oder mit Beamten des Ministerrats führen kann. Die Vertretung der deutschen Interessen in den europäischen Institutionen ist ausschließlich Sache der Bundesregierung. In Bonn wird die Europa-Auswahlkommission koordiniert. Die Weisungen werden dann von der Brüsseler EG-Botschaft (einer Behörde mit Abgesandten der einzelnen Bundesländer) ausgeführt.

Schaufenster für das kulturelle Leben

Die saarländische Vertretung soll nach und nach auch Schaufenster des kulturellen Lebens im Lande Oskar Lafontaines werden. Eines früheren Brüsseler Mannes versichert sich schließlich auch der Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen. Er will allerdings vorerst noch keine ständige Vertretung am Sitz der Gemeinschaft errichten. Dieppens EG-Berater war früher Generaldirektor für Forschung bei der Kommission. Dagegen hat Nordhannover, einen Düsseldorf-Ministerialbeamten als Beobachter entsandt. Über die im Grundgesetz beschlossene bayerische Präsenz ist noch nichts Näheres bekannt.

„Es bleibt nur die Wahl Amtseid oder Aktionen“

Kultusminister Mayer-Vorfelder warnt Lehrer vor Streiks

PETER PHILIPPS, Bonn
Die Lehrer-Gewerkschaft GEW hat ihr Ziel erreicht, der Streik um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungs-gesetz gerät in die Schulen. Nach den umstrittenen „Unterrichtsmaterialien“, die von der GEW-Zentrale an die Lehrer verschickt wurden, hat nun der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder auch in einem Rundschreiben an alle Funktionäre dazu aufgefordert, alles zu tun, daß sich möglichst viele Lehrer an den DGB-Demonstrationen am 6. März gegen die Verabschiedung des § 116 beteiligen. „Es geht um die Wahrung der Gewerkschaftsrechte“, so Wunder. „Wir wissen, wir haben Recht, aber wir wissen auch, daß die Gefahr besteht, bei Behörden und Gerichten nicht Recht zu bekommen.“

Mülheim-Kärlich geht ans Netz

Nea, Mainz

Mit der 8. Teilerrichtungs-genehmigung hat der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Geil (CDU) gestern das letzte Hindernis für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich bei Koblenz aus dem Weg geräumt. Die Genehmigung gestattet dem Betreiber (RWE) zunächst die Aufnahme des nuklearen Probetriebes (Beginn in den nächsten Wochen) sowie anschließend den sogenannten Leistungsbetrieb bis zu einem Kernbrand von 20 000 Megawatt-Tagen pro Tonne Uran (etwa für ein Jahr) sowie den Umgang mit unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen und radioaktiven Stoffen. Die Entscheidung des Ministers stützt sich auf mehrere Sicherheitsgutachten des TÜV Rheinland und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, ferner auf Beratungsergebnisse der Reaktorsicherheits- und der Strahlenschutzkommission des Bundes, und sieht den sofortigen Vollzug vor. Der Minister begründet dies unter anderem mit dem „großen Missverhältnis zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz“, das 87 Prozent seines Strombedarfs außerhalb der Landesgrenzen decken muß.

Hüttendorf wurde geräumt

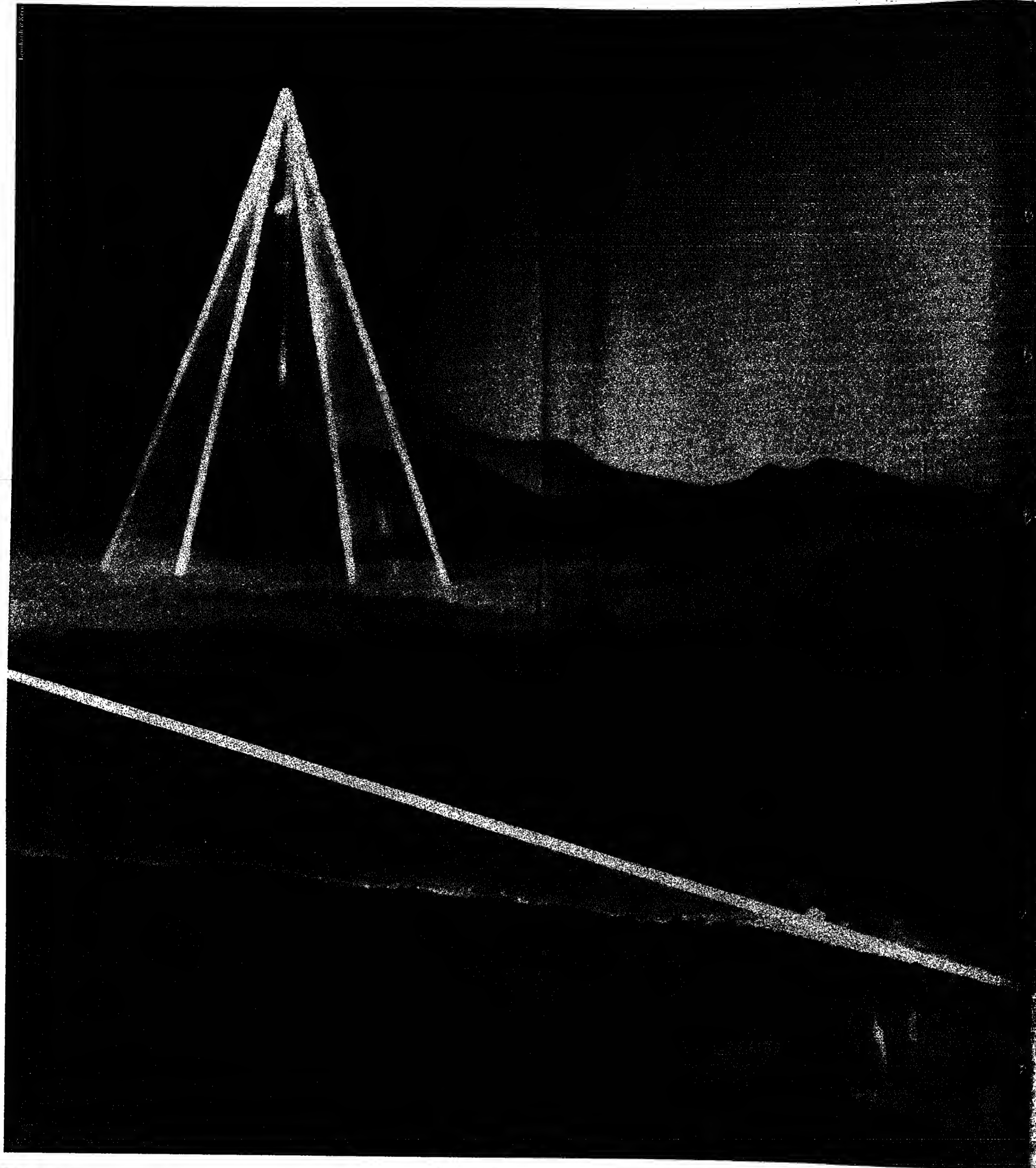
dpa, Osterholz-Scharmbeck

Die Polizei hat gestern morgen auch das zweite von Demonstranten gegen den Bau einer Panzerstraße errichtete Hüttendorf bei der Ortschaft Garlistedt (Niedersachsen) geräumt. Dabei wurden zwölf „Bewohner“ weggetragen und die drei Hütten wenig später abgerissen. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Wie ein Sprecher der Bürgerinitiative betonte, habe sich die Polizei zurückgehalten. Die Initiative kündigte aber weitere Aktionen an. Bereits am Samstag abend war das erste „Dorf“ von der Polizei geräumt und abgetragen worden.

Steuern nachbezahlt

Unlängst hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) die Parteilösungsentscheidung der CDU aufgefördert, ob wenigstens seit Gründung des neuen Parteiengesetzes Anfang 1984 die Bestimmungen eingehalten wurden, daß Einzelspenden von 20 000 Mark und mehr in den jährlichen Rechenschaftsberichten ausgewiesen werden müssen. Geschieht dies nicht, wird das Doppelte der Spende von der Wahlkampfpauschale abgezogen. Antworten der Parteien wurden noch nicht bekannt.

DIE WELT (ISSN 403-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollars 566.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



EIN NEUES ZEISS ALTER IN DE

Wann immer Zeiss der Mikroskopie auf den Grund gegangen ist, haben die Ergebnisse für Aufsehen gesorgt:

1846 begründete Carl Zeiss den Ruf seiner Werkstatt für Feinmechanik und Optik mit Mikro-

skopen von bis dahin unbekannter Präzision und Zuverlässigkeit.

1866 verfaßte Ernst Abbe in seinem Auftrag die »Theorie der Abbildung im Mikroskop«, die eine Serienfertigung erst ermöglichte.

1986 beginnt nun ein weiteres

Kapitel in der Geschichte der Zeiss Mikroskopie: Zeiss präsentiert Mikroskope mit völlig neu gerechneter »ICS-Optik« und unendlicher Bildweite, die es durch eine neuartige, systemintegrierte »SI-Bauweise« endlich ermög-

hohe ohne durch fehlerfrei wiss indu

5011010101



lon
15-
bli-
re-
ch-
Vor
für
des
in
/er-
für

rga-
Ju-
rae-
ent-
ung
nge-
der
rael

JSA
uch
ines
chis
cht-
Jah-
gen
, der
nem
aris-
42 in
aten
eten.
e" in
zher
vo er
eiter
r die
gkeit
wht
ht in
. bei
zial-
legen
USA
aus:
raun-
repu-
bruar
roati-
tuo-

i dolly
ription
er on-
Publi-
wood
s paid
of mal-
chon-
PUBLI-
Entyle-

IN DER MIKROSKOPIE BEGINNT.

lichen, alle Mikroskopieverfahren ohne komplizierte Umbauten durchzuführen. Bei konstant fehlerloser Bildqualität.
Für Biologie, Medizin, Materialwissenschaft und Halbleiterindustrie etwa bringen die

»Pyramiden von Zeiss«, die neuen Mikroskope Axioplan, Axiophot und Axiotron, damit sehr aussichtsreiche Aspekte für die Zukunft.
Carl Zeiss, D-7082 Oberkochen, Geschäftsbereich Mikroskopie.



**Die Pyramiden von Zeiss:
Die neue Geometrie für Mikroskope.**

Welche Ursachen hat der Verlust an politischem Einfluß, den Europa in den letzten zehn Jahren, insbesondere aber in den allerletzten Jahren hinnehmen mußte? Können diese Ursachen überwunden werden, angesichts nicht nur beharrlicher, sondern auch neuer und zukünftiger Probleme? Wie stehen die Aussichten für Europa und seine weltpolitische Rolle, während wir uns dem Ende des 20. Jahrhunderts nähern und in die fernere Zukunft blicken? Diese Fragen beantwortet der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in drei Schritten: in der heutigen dritten Folge der neunteiligen Serie widmet er sich dem militärischen und Rüstungskontrollbereich; die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen sowie der historische und politische Rahmen werden im vierten Teil erörtert.

Helmut Schmidt: Abschreckung, Glaubwürdigkeit und Gleichgewicht

Nachdem ich die aus der Geschichte ablesbare expansionistische Stoßrichtung der sowjetischen Politik skizziert habe, will ich nicht ein detailliertes Bild von der konkreten sowjetischen militärischen Bedrohung (und ihrem Potential) zu geben versuchen; ich rufe lediglich ein paar zentrale Tatsachen über die militärische Bedrohung Westeuropas in Erinnerung.

Zum ersten ist die Sowjetunion im Hinblick auf Truppenstärke, Panzer, Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge, Raketen, Abfangjäger und so weiter dem Westen überlegen. Dem steht in dem Gebiet zwischen der Sowjetunion und der Atlantikküste Europas, was die Zahl von Mannschaften und Waffen anlangt, kein gleichgewichtiges militärisches Arsenal gegenüber.

Zum zweiten besteht ein noch größeres Ungleichgewicht, wenn man nicht nur die auf dem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz vorhandenen Truppen, sondern auch die großen mobilisierbaren Mannschaftenreserven im sowjetischen Hinterland berücksichtigt, die innerhalb von vierzehn Tagen ins Feld gebracht werden können. Der Westen besitzt zweifelsohne viel geringere Truppenreserven. Es gibt in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien keine Verpflichtung, so daß diese beiden Staaten überhaupt keine nennenswerten Reserven mobilisieren können. Sie würden zwei Jahre brauchen, um Reserven aufzubauen, wie es schon einmal in den beiden Weltkriegen der Fall war. Frankreich und die Bundesrepublik haben zwar eine große Zahl von Reservisten, doch hat Frankreich seine gesamten Truppen, einschließlich der Reservisten, aus dem militärischen Verband der NATO herausgenommen.

Wie soll Westeuropa verteidigt werden?

Deshalb besteht in Europa bezüglich der Reserven zwischen sowjetischer und westlicher Seite ein beträchtliches Ungleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften. Zum dritten sind seit den siebziger Jahren neue Bedrohungen entstanden, nämlich die SS-20- und die SS-22-Raketen. Im besonderen verfügen die SS-20-Mittelstreckenraketen gegenwärtig über ungefähr eintausend getrennt steuerbare atomare Gefechtsköpfe; daneben stehen noch mehrere tausend Nuklearwaffen kürzerer Reichweite, die allesamt auf westeuropäische Ziele gerichtet sind.

Westeuropa verfügt lediglich über eine begrenzte Zahl französischer und britischer Nuklearwaffen, die gegenüber der umernebblichen sowjetischen Anzahl ohne große Bedeutung sind. Dazu kommen ein paar hundert amerikanische atomare Gefechtsköpfe auf Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern, außerdem etwa 5000 Atomwaffen sehr viel kürzerer Reichweite, die übrigens nahezu ausschließlich auf deutschem Boden stationiert sind.

Mit anderen Worten: Auf dem Feld der Nuklearwaffen ist auf dem potentiellen europäischen Kriegsschauplatz ohne die Präsenz der amerikanischen Komponente kein Gleichgewicht möglich. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, da die europäischen Nationen, außer Frankreich und England, aber einschließlich der Bundesrepublik Deutschland sich durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verpflichtet haben, keine Atomwaffen zu kaufen, zu produzieren oder zu besitzen.

In dieser Situation lautet die erste Frage: Wie soll Westeuropa im Falle eines verlängerten konventionellen

Angriffs, bei dem alle mobilisierbaren sowjetischen Reserven eingesetzt sind, verteidigt werden? Bis zu Robert McNamaras Athener Richtlinien von 1962, oder richtiger: Bis zur formalen Revision der NATO-Doktrin im Jahre 1967 bestand die strategische Antwort darin, im Falle eines solchen sowjetischen Angriffs „massive atomare Vergeltung“ zu üben. 1962 wurde McNamara klar, daß diese Strategie nicht länger praktikabel war, und spätestens seit 1967 teilte der Rest des Bündnisses diese Ansicht. Und da das westliche Bündnis selber diese Strategie nicht für geeignet hielt, erschien sie auch den Russen nicht glaubwürdig.

Seit 1967 hieß die offizielle Strategie des Bündnisses „flexible Erwidmung“. Gemeint ist der Versuch, die Russen wenigstens ein paar Tage lang - ich hoffe, eher ein paar Wochen lang - durch konventionelle Verteidigung aufzuhalten und dann aber doch ziemlich früh zum westlichen Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen überzugehen. (Ich sage ausdrücklich „sogenannt“, weil es sich für die deutsche und polnische Bevölkerung, die auf diesen Kriegsschauplatz lebt, tatsächlich um todbringende Waffen handeln würde. Persönlich widerstrebt mir eine Terminologie, die nur solche Waffen, welche Ameri-

kaner und Russen töten, als „strategisch“ und Waffen, die „nur“ Polen oder Deutschen töten, als „taktisch“ bezeichnet. Das sind verarmende Begriffe für eine Waffenkategorie, die, in großer Zahl eingesetzt, den größeren Teil der mitteleuropäischen Völker töten oder zu Krüppeln machen würde.)

In den Jahren seit 1967 rückte die Problematik einer Strategie des „frühen Ersteinsatzes“ der westlichen atomaren Waffen immer deutlicher ins Bewußtsein; vor allem stellte sich die Frage, ob eine derartige Strategie für die am stärksten Betroffenen akzeptabel sei. Eine solche Militärstrategie für Europa zu akzeptieren, mag leicht sein für jemanden, der selber in Kalifornien wohnt oder in Georgia. Es ist weniger leicht - eigentlich fast unmöglich - diese Strategie zu akzeptieren, wenn man in der Mitte Europas lebt.

Die Frage der Akzeptabilität - oder, sagen wir, das Prinzip, daß die eigene Strategie für die Nation akzeptabel sein muß, die man verteidigen will - ist meiner Ansicht nach eines der sechs wichtigsten militärstrategischen Prinzipien, die es zu berücksichtigen gilt, wenn man die Szene vom europäischen Standpunkt aus beurteilt. Diese sechs Prinzipien kön-

nen und sollten von den Amerikanern geteilt werden.

1. Das erste Prinzip ist das Prinzip der Abschreckung. Abschreckung ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Als strategisches Prinzip besitzt es schon seit der Zeit der Griechen und Römer Geltung: Den potentiellen Angreifer abschrecken, indem man ihm ein Übel androht, das den erreichbaren Gewinn übersteigt.

2. Das zweite Prinzip ist das Prinzip der Plausibilität oder Glaubwürdigkeit. Der Gegner muß überzeugt sein, daß man wirklich tun wird, was man zu tun androht. Hier liegt heute das Kernproblem aller unserer Nuklearstrategien. In dem Maße, wie im Westen Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Militärstrategie aufkommen, vermindert sich auf sowjetischer Seite die Glaubwürdigkeit unserer Drohung.

3. Das dritte Prinzip nenne ich das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die unsere Verteidigungsstrategie anwenden will. Die Debatte über die Frage, was angemessen ist (oder: Wieviel ist genug?), ist ernster

Strategie-Diskussion der letzten Jahrzehnte belegt diesen Anpassungs-Prozess.

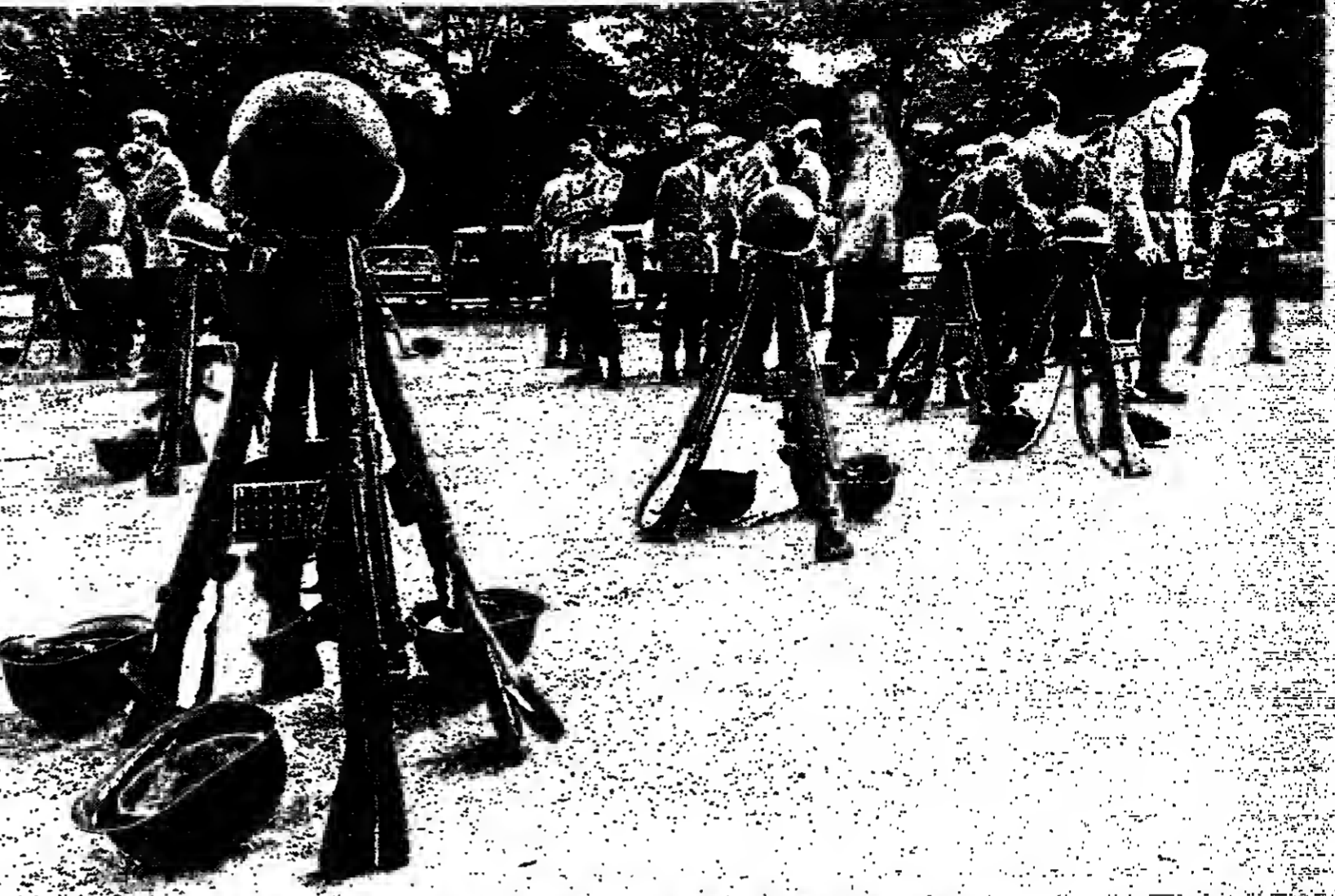
5. Gleichgewicht: Das Prinzip dieses Gleichgewichts umschreibt den Zustand ungefähr gleicher Sicherheit für beide Seiten. Zu den Fragen, die in Rüstungskontrollverhandlungen auftauchen, gehören diese: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir dieses Gleichgewicht?

6. Akzeptabilität: Ein Prinzip, das eng mit dem Satz von der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung sind gewachsen. Die gegenwärtige militärische Struktur und Strategie haben weder für die westliche Öffentlichkeit noch für die Politiker und die politischen Eliten des Westens eine ausreichende Überzeugungskraft.

und wichtiger geworden; sie spielt heute eine größere politische Rolle als in irgendeiner der früheren Phasen westlicher Strategie seit 1945.

4. Das vierte Prinzip besteht in der regelmäßigen oder fortwährenden Neubewertung. Wir müssen unsere Bewertungen fortwährend revidieren. Wie die Geschichte der ersten fünfundsiebzig Jahre der NATO zeigt, haben wir von Zeit zu Zeit unsere militärische Strategie revidiert, und wir werden dies auch in Zukunft tun müssen.

5. Das fünfte Prinzip ist das Prinzip des Gleichgewichts- oder der ungefähr gleichen Sicherheit für beide Seiten. Dieses Prinzip führt zu der Anstrengung, beiderseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzungen zu erreichen. Ende der sechziger Jahre begonnen, hatte diese Politik in der ersten Hälfte der 70er Jahre erhebliche Erfolge, zu denen seitdem aber nichts hinzukam. SALT 2, 1979 ausgearbeitet, wurde von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert und deshalb auch von den Russen nicht. Alle anderen Rüstungskontrollverhandlungen der letzten zwölf Jahre, an all den verschiedenen Tischen in Wien und Genf, sind gescheitert. Zu den Fragen, die in Rüstungsbegrenzungsverhandlungen auftauchen, gehören die



Bundeswehr-Soldaten vor einem Appell. Ohne amerikanische Präsenz kein Gleichgewicht in Europa.

FOTO: MANFRED VOLLMER

folgenden: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir das Gleichgewicht, nachdem wir es definiert oder gefunden haben? Was sind die notwendigen Bestandteile eines Abkommens?

Selbstverständlich würde keine Supermacht, aber auch keine kleinere Macht wie die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen unterschreiben, das der anderen Seite insgesamt größere Vorteile zu bieten scheint als der eigenen. Und natürlich würde die andere Seite kein Abkommen unterschreiben, das unserer Seite größere Vorteile böte als ihr selbst. Also ist das Prinzip des Gleichgewichts der Natur der Sache nach allen Bemühungen inhärent, ein Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen beiden Seiten zu erzielen. Es ist einfach, dies festzustellen, aber für einige Politiker offenbar sehr schwer es zu verstehen und zu akzeptieren.

6. Schließlich gibt es also das sechste Prinzip der Akzeptabilität, das eng mit dem zweiten Prinzip der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung und unseren Absichten wachsen heute tatsächlich. Um es anders auszudrücken: Es besteht ein zunehmender Mangel an Akzeptanz innerhalb

Kurzum, die gegenwärtige westliche militärische Struktur und Strategie hat weder für unsere Öffentlichkeit, noch für unsere Politiker, noch für unsere eigenen politischen Eliten hinreichende Überzeugungskraft.

Dies ist von entscheidender Bedeutung: Wenn wir unsere eigene Öffentlichkeit, unsere eigenen Parlamente nicht überzeugen können, dann gehen wir das Risiko sehr gefährlicher Mißverständnisse und Fehlkalkulationen darüber ein, was wir tatsächlich im Falle einer Erpressung oder Aggression oder Verletzung unserer Grenzen tun würden. Unsere eigenen Kontroversen und Zweifel können sogar unter Umständen von ihnen als Aufforderung zum Handeln mißverstanden werden.

So sind heute die Fragen der Akzeptabilität und der Verhältnismäßigkeit der Kern des europäischen Sicherheitsproblems. Unsere Strategien sind nur dann glaubhaft - und werden es nur dann bleiben -, wenn wir sie selbst akzeptieren und wenn es in unseren eigenen Ländern keine ernstzunehmende abweichende Meinung gibt, welche diese Strategien nicht akzeptieren. Jetzt, da all diese Probleme der Öffentlichkeit bewußt geworden sind, wage ich die Voraussetzung, daß für den Rest dieses Jahr-

ne Streitkräfte und danach - hoffentlich - über Reduzierungen auf ein niedrigeres Niveau auf beiden Seiten. Dieses Ziel wird unter dem Namen „beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen“ („Mutual Balanced Forces Reduction“, MBFR) am Verhandlungstisch in Wien seit über zwölf Jahren ohne Ergebnis angestrebt. Die Aussicht, ein MBFR-Abkommen zu erzielen, ist derzeit nicht sehr groß.

Die höchste Priorität gilt den Soldaten

In den Vereinigten Staaten scheinen viele Leute der Überzeugung zu sein, daß man, um sich selbst verteidigen zu können, soviel Geld wie möglich für Verteidigung ausgeben müsse. Meiner Ansicht nach ist das keine richtige Perspektive. Wenn unser Hauptproblem in der sowjetischen konventionellen Überlegenheit liegt, so brauchen wir nicht mehr Geld für Atom- oder Weltraumwaffen, sondern angemessene Truppenstärke und konventionelle Waffen auf unserer Seite. Am wichtigsten ist die Notwendigkeit, uns mit konventionellen Mitteln verteidigen zu können.

ein viel größeres individuelles Opfer bedeutet, als das Geld der Steuerzahler auszugeben.

Weil die kontinentalen europäischen Staaten diesen „politisch schwierigen Kurs beibehalten“, während die Vereinigten Staaten ihn aufgegeben haben, halte ich die amerikanische Kritik an den angeblich zu geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Länder für ungerechtfertigt. Als noch weniger legitim betrachte ich die amerikanischen Drohungen, die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren, um die europäischen Regierungen zu zwingen, mehr Geld auszugeben.

Offensichtlich werden die Vereinigten Staaten ihre militärische Denkweise und ihre Prioritätensetzung kurzfristig nicht ändern. Deshalb müssen die Engländer selber ihre Lage prüfen.

Dabei gibt es besonders ein zentrales Problem, das einer effektiven europäischen Verteidigungsanstrengung im Wege steht: Wenn Frankreich seine konventionellen Streitkräfte und seine Reserven in die gemeinsame Struktur der westlichen Verteidigung einbringen würde, so wäre hinsichtlich der konventionellen Streitkräfte ein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen Westeuropa und der Sowjetunion leicht zu erreichen. Nach der Mobilisierung hätten wir dann etwa achtzehn deutsche Divisionen, etwa fünfzehn bis achtzehn französische Divisionen und mehrere Benelux-Divisionen - insgesamt annähernd vierzig westeuropäische Divisionen sowie einige britische Truppen. Solch eine Streitmacht müßte natürlich einem französischen Oberbefehlshaber unterstellt werden.

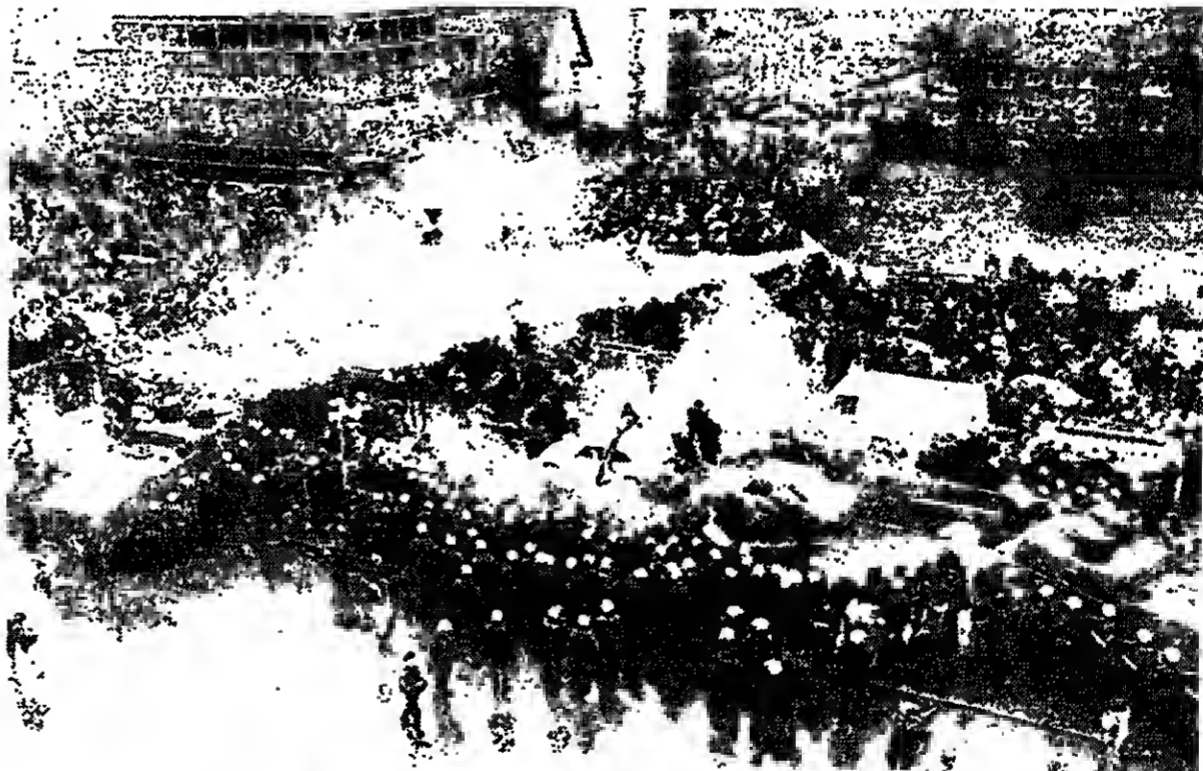
Wir dürfen nicht zerstören, was wir verteidigen wollen

Eine der Ungeheuerlichkeiten der gegenwärtigen Situation in Europa besteht darin, daß vielen Hunderttausenden europäischer Soldaten, die unter amerikanischem Oberbefehl stehen, immer wieder gesagt wird, sie könnten nicht sehr lange erfolgreich kämpfen, so daß der Westen gezwungen sein würde, taktische Nuklearwaffen einzusetzen, was auf die Zerstörung ihrer Heimatländer hinausläuft.

Wenn wir diese mißliche Situation ändern wollen, so erhebt sich die weitere Frage: Wie überzeugt man die politische Führung Frankreichs, deren Einschätzung strategischer Angelegenheiten noch im alles beherrschenden geistigen Schatten von Charles de Gaulle steht, den Schritt zu tun, den ich vorgeschlagen habe? De Gaulle war überzeugt, Frankreich müsse selbständig handeln können. Dabei hegte er die Hoffnung - die er aber öffentlich nicht aussprach - daß andere Staaten bei der Verteidigung Europas (und damit auch Frankreichs) die Hauptlast übernehmen würden. Aber nur wenn sich die Franzosen für eine neue Politik entscheiden (weil sie beispielsweise durch einen immerhin möglichen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa dazu gezwungen würden), nur dann würden zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, um die notwendigen Waffen, Fahrzeuge, Munition und so weiter für die dann mobilisierbaren Reserven zu kaufen.

Morgen in der Welt: Wie gemeinsam ist der Gemeinsame Markt? - Warum Mitterrand Wirtschaftspolitik scheitern mußte - Die drei Schritte in eine bessere Zukunft - Wer Amerikas übermächtigem Druck widerstehen will, muß das Europäische Währungssystem stärken

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben sollten, aber nachlesen wollen, rufen Sie an: 02054/101541. Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.



November '85: Nachrüstungsgegner demonstrieren in Bonn

FOTO: SVEN SIMON

unserer eigenen öffentlichen Meinung. Ob in unseren Parlamenten - im Senat der Vereinigten Staaten, im Deutschen Bundestag, im Britischen Unterhaus -, ob in unseren Kirchen oder unseren Universitäten, ob bei denen, die sich als Experten betrachten, oder in der breiten Öffentlichkeit: In vielen Sektoren unserer öffentlichen Meinung gibt es ständig neue Beweise für das Akzeptanz-Defizit.

Mißverständnisse und Fehlkalkulationen

Das manifestiert sich in den verschiedenen Vorschlägen zum Einfrieren der Atomwaffen („freeze“), einschließlich der Forderung nach einseitigem Einfrieren, ebenso in der Ablehnung von Strategien des Ersteinsatzes („No first use“) oder des „frühen Ersteinsatzes“ („No early first use“). Ähnliches gilt für die Auseinandersetzungen um die Stationierung von Pershing-II-Raketen und bodengestützten Marschflugkörpern (Ground Launched Cruise Missiles). Schließlich gehört in diesen Bereich mangelnder Akzeptanz die Kontroverse über Präsident Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI).

hundert und sogar im nächsten Jahrhundert der Westen nie wieder in der Lage sein wird, eine militärische Strategie zu beschließen - oder eine militärische Struktur - die von unserer eigenen Öffentlichkeit aus dem Grunde nicht akzeptiert wird, weil sie unausweichlich das zu zerstören scheint, was wir verteidigen wollen.

Wenn aber der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen eine zunehmend inakzeptable militärische Strategie für jene europäischen Nationen ist, die auf dem potentiellen Kriegsschauplatz leben, dann erhebt sich unausweichlich die Frage: Wie kann eine Situation geschaffen werden, in der der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen überflüssig ist? Wie kann eine Situation herbeigeführt werden, in der die Entscheidung, als erste Atomwaffen anzuwenden, der sowjetischen Seite zufällt?

Die Antwort lautet im ersten Fall, daß man bei den konventionellen Streitkräften ein Gleichgewicht herstellen muß - entweder durch eine Vergrößerung der westlichen Streitkräfte (und nicht etwa durch deren Reduzierung, wie es Senator Mike Mansfield vor etwa zwanzig Jahren vorgeschlagen hat und Senator Sam Nunn es noch heute vorschlägt), oder durch Abkommen zwischen West und Ost über beiderseitig ausgewoge-

Dabei gilt die höchste Priorität den Soldaten, nicht dem Geld. Die zweite Priorität gilt der Motivation unserer Soldaten, also wieder nicht dem Geld. Die dritte Priorität lautet: Ausbildung, militärisches Training und Können unserer Soldaten - auch dies ist keine Geldfrage. Erst die vierte Priorität - Stiefel, Gewehre, Fahrzeuge, Panzer und was sonst noch nötig ist, um diese Soldaten auszurüsten - kostet wirklich Geld.

Die Menschen sind am wichtigsten, nicht nur im pragmatischen Sinne tatsächlicher Kriegserfahrung, sondern auch in einem ethischen und philosophischen Sinn. Es ist meine Überzeugung, daß eine Demokratie bei ihrer Verteidigung gegen fremde Gewalt sich nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen darf; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, daß er selber sein Leben einsetzen muß, wenn er eine sichere Verteidigung will. Ich verstehe die Ansicht vieler Amerikaner, daß das Prinzip der Wehrpflicht während des Vietnam-Krieges mißbraucht wurde. Aber die Wehrpflicht daraufhin kurzerhand abzuschaffen, war ein zu einfacher Ausweg aus der innenpolitischen Kontroverse. Keiner der kontinentalen Staaten Westeuropas hat diesen Weg eingeschlagen. Sie haben alle die Wehrpflicht beibehalten, was politisch gesehen

24.11.1980

Die SPD hat sich, seitdem sie in Bonn nicht mehr in der Regierungsverantwortung ist, in der Beurteilung der Sicherheitspolitik grundlegend geändert. Dies stellt Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) in seinem Beitrag für die WELT fest. Wörner analysiert die Haltung der Sozialdemokraten zur Strategischen Verteidigungsinitiative SDI Präsident Reagans und setzt damit die Diskus-

sion um die Sicherheitspolitik aus seiner Sicht fort. Das Fazit Wörners: Eine Logik in der Argumentation sei nicht mehr zu erkennen, die SPD in dieser Sache innerlich zerrissen. Trotzdem führe die Partei

den Kampf gegen SDI verbissen. Als Grund nennt Wörner den bei den Sozialdemokraten seit langem gepflegten „Anti-Reaganismus“, der sich nun auch gegen „Reagans Erfindung“ SDI richten müsse.

SDI und die sicherheitspolitische Volte der SPD

Von MANFRED WÖRNER

Die Zeiten ändern sich - und mit ihnen auch politische Parteien. Manchmal geht letzteres so schnell, daß selbst der Zeithistoriker in Atemnot gerät. Ein Beispiel hierfür ist der Wandel der sicherheitspolitischen Rhetorik der SPD seit dem 23. März 1983, als der amerikanische Präsident Ronald Reagan seine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) vorstellte. Es beginnt damit, daß die SPD im Zuge ihres Kampfes gegen SDI heute stillschweigend, aber unübersehbar, das System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung akzeptiert, das sie noch vor wenigen Jahren als unmoralisch, instabil und daher als „zu überwinden“ bezeichnete. Abschreckung, so hieß es damals, könne im „Zeitalter des nuklearen Wahns“ keine Bedingungen schaffen, „die uns eine Überlebenschance lassen“.

Seit dem 23. März 1983 ist das nun alles anders. SDI, so heißt es jetzt, destabilisiere das gegenwärtige System auf gefährliche Weise - woraus man nach den Gesetzen sprachlicher Logik doch wohl schließen muß, daß nach dem gegenwärtigen Stand sicherheitspolitischer Erkenntnis der SPD das gegenwärtige System stabil ist. Natürlich will die SPD dies nicht wahrhaben - und noch weniger öffentlich festgestellt wissen. Deshalb versucht sie, ihr Dilemma, in das sie durch SDI offenkundig geraten ist, durch die Aussage zu überbrücken, sie wolle das System nuklearer Abschreckung „politisch überwinden“. Das Problem hierbei ist nur, daß dies keine Antwort auf die militärische Frage ist, wie unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen, die eine „nur“ politische Lösung nicht zulassen - und auch zu Regierungszeiten der SPD nicht zugelassen haben - die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet werden kann. Der Ausweg in die unendliche ferne Utopie einer „politischen Überwindung“ des Systems nuklearer Abschreckung beantwortet daher nicht die Frage, welches strategische System für die Zeit bis zur Realisierung dieser Utopie die Sicherheitspolitik bestimmen soll: das bisherige System nuklearer Abschreckung oder ein Konzept konventioneller strategischer Defensive (SDI).

Vor dieser unabweichlichen Alternative ergibt sich aus der Tatsache des unerlöschlichen Kampfes der SPD

Die SPD hat ihren - zugegebenermaßen stillen - Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung gemacht.

gegen SDI die Antwort von selbst: Die SPD hat ihren - zugegebenermaßen stillen - Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung gemacht.

Illustriert wird diese sicherheitspolitische Volte durch das Schicksal der als Fortsetzung der Nachrüstungsdebatte vorgesehenen Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen“. Kaum begonnen, mußte diese Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen“ als dem unvermeidbaren Produkt eines instabilen und daher „unverantwortbaren“ Abschreckungssystems schleunigst abgebrochen werden, als mit der Option eines auch nur begrenzt wirksamen strategischen Defensivsystems sich die Möglichkeit eröffnete, den „unautorisierten Einsatz“ nuklearer Offensivsysteme zu neutralisieren.

Die SPD hat während der Nachrüstungsdebatte nicht nur klar gesagt, was sie will - nämlich die Beibehaltung des Systems gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Offensivmittel - sie hat auch formuliert, wie das alternative Ziel ihrer sicherheitspolitischen Wünsche aussehen müßte. Im einstimmig beschlossenen Leitartikel des Parteivorstandes der SPD anläßlich des Parteitag in Essen vom Mai 1984 heißt es: „Ein neues Sicherheitssystem muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.“ Was aber ist SDI, das die konventionelle Bekämpfung nuklearer Offensivraketen vorsieht und zum Aufbau eines beiderseits aus Defensivsystemen bestehenden Systems führen soll, wenn nicht die geradezu klassische Inkarnation dieser sozialdemokratischen Forderung nach allgemeiner struktureller Nichtangriffsfähigkeit? Das Argument, dies sei jedoch nur dann der Fall, wenn der Aufbau eines vollkommenen konventionellen Defensivsystems bei gleichzeitigem Abbau aller Offensivpotentiale gelinge, kann hier ernsthaft nicht ins Feld geführt werden. Schon der Aufbau begrenzt wirksamer strategischer Defensivsysteme beider Supermächte reduziert - unter der Annahme rationalen Entscheidungsverhaltens - die

Angriffsfähigkeit drastisch. Je wirksamer strategische Defensivsysteme auf beiden Seiten werden, desto stärker nähern sich die Supermächte dem Ziel gegenseitiger „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ an.

Doch ist der „kooperative“ Ansatz von SDI realistisch? Kann man dem amerikanischen Präsidenten glauben, daß er den Aufbau strategischer Defensivsysteme auf beiden Seiten und unter Verzicht auf einseitige Vorteile wirklich will? Die SPD hat hier große Zweifel; manche formulieren ein unmißverständliches Nein. Das ist um so erstaunlicher, als die SPD seit Jahrzehnten nicht nur Abrüstung und Rüstungskontrolle fordert, sondern als Vorstufe hierzu die „kooperative Rüstungssteuerung“ als „unverzichtbaren Bestandteil der Entspannungspolitik“ ins Spiel gebracht hat. Was aber ist SDI anderes als der Versuch „kooperativer Rüstungssteuerung“ im strategischen Bereich? Was sollen dann aber die vielfachen und lautstarken Forderungen der SPD, der Bündnispartner möge doch nun endlich „kooperative Rüstungssteuerung“ bilateral einleiten, wenn der erste umfassende Versuch dieser Art ohne beweisbare Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Präsidenten als unglaubwürdig dargestellt wird?

Auch hinsichtlich der Bewertung der NATO-Strategie der „Flexible Response“ hat sich in der SPD als Folge des mit absoluter Priorität geführten Kampfes gegen SDI ein drastischer Wandel vollzogen. Noch vor zwei Jahren war man der Meinung, die „Flexible Response“ sei „nicht mehr glaubwürdig“, „nicht mehr konsensfähig“ und daher allenfalls noch als Übergangslösung tauglich. „Der Weg von der Strategie der Massiven Vergeltung zur Strategie der Flexiblen Antwort wollte die Abschreckung lückenlos machen, aber er hat zur Regionalisierung des Risikos geführt, zu Lasten Europas“, schrieb Egon Bahr Ende 1983. Im Zentrum der damaligen Kritik standen dementsprechend diejenigen nuklearen Waffen, die nicht nur als nukleare Vergeltungssysteme in Frage kommen konnten: „nukleare Kriegsführungswaffen“. Sie sollten ersatzlos beseitigt und Kernwaffen generell wieder in die Rolle strategischer Abschreckung zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung notwendige reduziert werden.

Nun aber beklagt die SPD, daß beim Aufbau eines sowjetischen strategischen Defensivsystems - als Folge einer amerikanischen „Vorrüstung“ - die NATO die Option des selektiven und flexiblen Einsatzes nuklearer Waffen verliere und damit die „Flexible Response“ an Glaubwürdigkeit einbüße. Zwar hat die SPD mit dieser Feststellung über die Auswirkungen beiderseits vorhandener strategischer Defensivsysteme nicht ganz unrecht, es bleibt allerdings erstaunlich mitanzusehen, wie die SPD heute über den Verlust einer militärischen Option Tränen vergießt, die sie noch vor zwei Jahren als „nukleare Kriegsführungsoption“ denunziert hatte.

Doch dies ist in diesem Zusammenhang noch lange nicht alles. Die Zitate sind Legion, in denen prominente SPD-Politiker die „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ gefordert hatten. Nuklearwaffen sollten wieder ausschließlich „politische Waffen“ werden, quantitativ auf Minimalabschreckung ausgelegt. Daß dies die Eliminierung der nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen der NATO sowie die faktische Neutralisierung des strategischen Nuklearpotentials der USA in Krise und Konflikt bedeutete, war der SPD nicht nur klar, sondern erwünscht. Heute nun beklagt die SPD, daß durch SDI die Bedeutung konventioneller Streitkräfte wieder zunehme und der konventionelle Krieg wieder führbar und gewinnbar würde. Zwar ist in der Tat unbestreitbar, daß unter einem bilateralen „SDI-Regime“ der Supermächte den konventionellen Streitkräften steigende Bedeutung zukommt, verblüfft fragt man sich jedoch, was die „moderne“ SPD eigentlich erwartet hat, als sie die „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ zur programmatischen Forderung erhob. Dies um so mehr, als die „konservativen“ Sicherheitspolitiker Schmidt und Apel noch 1983 ihre Partei daran erinnerten, daß es eine „kriegsverhindernde Funktion von Nuklearwaffen gibt“, die nicht kompensierbar ist und deren Fehlen „insbesondere konventionelle Kriege in Europa dann wieder denkbar macht“.

Angesichts der Tatsache, daß mit SDI versucht wird, die auf Menschen gerichteten sowjetischen Raketen schon im Flug zu neutralisieren und damit ausschließlich Waffen, aber keine Menschenleben zu vernichten, hätte die SPD über SDI geradezu im Jubelsturm ausbrechen müssen. Doch weit gefehlt. Derselbe Egon Bahr, der die Neutronenwaffe als eine „Pervertion des menschlichen Denkens“ bezeichnet hat, verurteilt heute SDI als „schlicht verrückt“.

Der inhaltlich unbedeutendste und doch zugleich bezeichnendste Aspekt des Wandels sozialdemokratischer Rhetorik im Verlauf der SDI-Debatte ist der Umgang mit politischen Visionen Andersdenkender. Obwohl eine Partei, deren Programmatik bewußt visionär angelegt ist, hat die SPD heute keine Skrupel, die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential wider besseres Wissen zur konkret und kurzfristig beabsichtigten Politik umzudefinieren und sie dadurch - weit nicht unmittelbar realisierbar - unglaubwürdig zu machen. Die SPD tut also genau das, wogegen sie sich hierzulande immer massiv gewehrt hat: Daß ihr die programmatischen Visionen als kurzfristig erreichbar

Die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwertlich halten.

bare und gewollte politische Absichten unterstellt und im politischen Tageskampf entsprechend genutzt wurden. Mit der Manipulation der Vision des amerikanischen Präsidenten entwertet die SPD damit zwangsläufig ihr traditionelles politisches Grundverständnis, daß eine nur pragmatische Politik immer zu kurz greifen müsse, wenn sie nicht auf langfristige Ziele, ja Visionen ausgerichtet sei. Der Einwand, es müsse legitim sein, „falsche“ Visionen rechtzeitig zu bekämpfen, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Denn die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwertlich halten. Schließlich heißt es in ihrem 1984 verabschiedeten sicherheitspolitischen Programm nicht ohne Grund: „Strategie und Rüstung müssen auf eigene Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbar hohen Risiko belegen.“

Man erinnere sich: Anfangs war die SPD auch gar nicht gegen SDI. Am 24. März 1983 lobte Egon Bahr den amerikanischen Präsidenten, er habe ein Tabu gebrochen und die Perspektive zur Abschaffung der Abschreckungsstrategie eröffnet; ja sogar die Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion sah Bahr näherrücken.

Was also ist in diese SPD gefahren, die nun entgegen allen bisherigen Aussagen plötzlich das System nuklearer Abschreckung für stabil erklärt, „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ für gefährlich hält, „kooperative Rüstungssteuerung“ ablehnt, die Erhaltung der Option des selektiven und flexiblen Einsatzes von weitreichenden Nuklearwaffen annimmt, von der „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ nichts mehr wissen will, ein menschenbedrohendes System einer ausschließlich materialisierenden Konzeption vorzieht und visionäre Programmatik bewußt denunziert?

Läßt man die Argumentation der SPD gegen SDI Revue passieren, dann stößt man gleich auf die im Mittelpunkt der Aussagen stehende Feststellung, SDI setze einen „neuen Rüstungswettlauf“ in Gang - einen „neuen Rüstungswettlauf nicht nur auf Erden“, sondern auch im „Himmel“ (so der Abgeordnete Gansel am 13. 12. 1985 vor dem Deutschen Bundestag). Doch diese an sich gewichtige Aussage verliert schnell an Dramatik, wenn man sie in den Kontext der bisherigen programmatischen Aussagen der SPD stellt. So hat die SPD anläßlich ihres außerordentlichen Parteitags von 1983 in Köln unzweideutig beschlossen, „das Ziel der Kriegsverhütung (erfordere) das Abgeben von einer Politik und Strategie der nuklearen Konfrontation, die den Rüstungswettlauf in immer gefährlichere Höhen treibt“. Es ist also das von der SPD einst bekämpfte, heute zumindest stillschweigend akzeptierte System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung, das aus der Sicht der SPD „den Rüstungswettlauf“ antreibt. Soll nun auch SDI als strategische Alternativlösung ebenfalls einen „Rüstungswettlauf“ auslösen, dann kann dies nach der Logik aller Aussagen der SPD doch nur heißen, daß beide strategischen Systeme dasselbe Defizit haben. Und nicht nur dies. Da es sich - um in der programmatischen Terminologie der SPD zu bleiben - beim alten System um einen „Rüstungswettlauf“ bei Offensivwaffen, bei SDI aber allenfalls um einen „Rüstungswettlauf“ im defensiven Bereich handelt, müßte die SPD nach ihrem bisherigen Selbstverständnis ohne Zögern für den „defensiven Rüstungswettlauf“ als das kleinere Übel votieren.

Ist die Folge einer Realisierung von SDI aber nicht vielleicht eine Art „doppelter Rüstungswettlauf“, das heißt eine offensive und defensive Rüstungskonkurrenz mit gigantischen Kosten? Die Aussagen der

SPD zielen in diese Richtung. Doch ganz so einfach, wie hier vielfach argumentiert wird, liegen die Dinge nicht. Die Regierung der USA hat immer und unmißverständlich deutlich gemacht, daß SDI nur realisiert werden wird, wenn eine Nutzen-Kosten-Analyse eindeutige finanzielle und militärische Vorteile des strategischen Defensivkonzepts ergibt. Wenn aber Defensivwaffen unter Abwägung aller politischen, militärischen und finanziellen Faktoren erkennbar kostengünstiger wären als Offensivwaffen, dann würde sich der „Rüstungswettlauf“ automatisch immer mehr in den Defensivbereich verlagern. Die von der SPD befürchtete Addition eines offensiven und defensiven „Rüstungswettlaufs“, der auch - so wird ja suggeriert - doppelt so teuer ist wie der gegenwärtige, ist also eine Chimäre. Im übrigen dürften eventuelle Mehrkosten in einem begrenzten Umfang für die SPD in diesem Zusammenhang kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Denn ihr müßte, wenn sie ihre Programmatik ernst nimmt, der Aufbau eines umfassenden Systems „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ ja doch wohl mehr wert sein als die Erhaltung des Systems „nuklearer Konfrontation“ zu gegenwärtigen Preisen.

Damit bleibt nur noch die Frage offen, ob ursächlich für das Abweichen der SPD von langjährigen programmatischen Aussagen nicht vielleicht die Tatsache ist, daß der „neue Rüstungswettlauf“ in einer neuen Dimension, „im Himmel“ stattfindet. In der Tat nimmt das Argument der „Militarisierung des Weltraums“ nicht nur einen prominenten Platz auf der verbalen Anti-SDI-Skala der SPD ein, es findet sich im beschlossenen Leitartikel des Kölner Parteitages von 1984 auch der Passus, „die Bundesregierung soll sich innerhalb des Bündnisses für das Prinzip 'keine Rüstung im Weltraum' einsetzen“. Ist

also - um die zweite Eingangsfrage wieder aufzunehmen - die Programmatik der SPD vielleicht doch nicht so eindeutig, wie das bisher dargestellt wurde?

Untersucht man die sicherheitspolitische Programmatik der SPD auf Anzweifel insbesondere hinsichtlich möglicher Anwendung auf das Problem SDI, dann wird man schwerlich einen positiven Befund melden können. Die Programmatik der SPD hat sich zwar unter dem Einfluß der Nachrüstungsdebatte etwas verändert - insbesondere aber aktualisiert - es gibt jedoch keine logischen Brüche dergestalt, daß man ein programmatisches Für und Wider die Konzeption von SDI begründen könnte. Der Weltraum im allgemeinen und die Weltraumrüstung im besonderen spielen in der Programmatik der SPD vor 1984 praktisch keine Rolle. Auch die schon über viele Jahre laufenden und für jeden Interessierten erkennbaren Forschungsanstrengungen der Sowjetunion für ein strategisches Defensivsystem im allgemeinen und für weltraumgestützte Strahlenwaffen im besonderen haben die SPD offenbar wenig beeindruckt. Es bedurfte der Initiierung eines fünfjährigen Forschungsprogramms über die Realisierbarkeit eines strategischen Defensivsystems durch die USA, um die SPD nicht nur weltraumbewußt zu machen, sondern die Partei an die Spitze eines mit nahezu missionarischem Eifer betriebenen Kreuzzugs gegen dieses amerikanische Projekt zu setzen.

Es muß daher festgestellt werden, daß ein zunächst befristetes Forschungsprogramm SDI auch aus der Sicht der SPD nichts qualitativ Derart Dramatisches an sich haben konnte, daß die SPD ihre einschlägige sicherheitspolitische Programmatik stillschweigend obsolet hätte werden lassen müssen. Warum dann aber dennoch die Entscheidung gegen SDI?

Die Antwort ist vergleichsweise einfach. Eine Zustimmung der SPD zu SDI hätte zugleich ein Ausmaß an positiver Identifizierung der SPD mit dem „Erfinden“ von SDI, dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, bedeutet, daß der seit Jahren kunstvoll aufgebaute und gepflegte „Anti-Reaganismus“ der SPD nicht mehr glaubhaft und wirksam hätte fortgeführt werden können. Dieser Preis aber war und ist für die SPD zu hoch. Sie braucht das „Feindbild Reagan“ einerseits als gemeinsamen Nenner der verschiedenen sicherheitspolitischen Strömungen in der SPD: Anti-Reaganismus als Instrument der inneren Befriedung und Konsolidierung der Partei. Sie braucht das „Feindbild Reagan“ andererseits, um die Linke jenseits der

Also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen.

SPD über ein potentiell annehmersfähiges Interessengebiet, die Sicherheitspolitik, an die SPD heranzuführen bzw. wieder einzuliefern: Anti-Reaganismus als Instrument der Re-Integration der Protestbewegung in ihre „natürliche“ Mutterpartei. Schließlich braucht die SPD das „Feindbild Reagan“, weil sie es sich nicht leisten kann und will, auf die Unterstützung der linken und linksliberalen Presse zu verzichten, die - das Ausmaß der Ungereimtheiten und Widersprüche vollends. Denn es war ja doch wohl McNamara, der zwischen 1961 und 1968 den Aufwuchs der strategisch-nuklearen Gefechtsköpfe der USA von 16 000 auf ca. 32 000 beaufsichtigte und die Vermehrung der taktisch-nuklearen Waffen in Europa von 2500 auf 7000 veranlaßte.

Die Entscheidung der SPD gegen SDI ist daher keine eigentlich sicherheitspolitische, sondern eine ausschließlich parteitaktische. Die Füh-

ung der SPD stand im März 1983 vor der Alternative, entweder mit einem Ja zum Konzept des amerikanischen Präsidenten die sicherheitspolitische Agonie fortzuführen zu lassen - oder die SPD auf unabsehbare Zeit regierungsunfähig zu halten -, oder das sicherheitspolitische Programm der Partei weitgehend zu negieren.

Vor dem Hintergrund dieser Motivstruktur der SPD ist es unschwer vorherzusehen, daß eine veränderte Haltung der SPD zu SDI nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil: Der direkte Angriff auf den amerikanischen Präsidenten ist inopportun geworden, seitdem Reagan durch seine staatsmännische Leistung in Genf den Kritikern viel Wind aus den Segeln nahm, und seitdem der eigene Kanzlerkandidat sich um Hofffähigkeit in Washington bemüht; also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen. Angesichts der Tatsache, daß sie um des Kampfes gegen SDI willen nahezu alle zentralen Aussagen ihres sicherheitspolitischen Programms verleugnen muß, heißt dies nichts anderes, als daß die SPD verstärkt eine Politik betreiben wird, die ihr zwar manche bisher ausgrenzten Wähler zurückbringen kann, die aber eine Vielzahl konservativer Sozialdemokraten vor Identifikationsprobleme stellen muß. Daß die SPD hierbei Leute wie den ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister McNamara zu Kronzeugen ihrer Politik anruft, vergrößert das Ausmaß der Ungereimtheiten und Widersprüche vollends. Denn es war ja doch wohl McNamara, der zwischen 1961 und 1968 den Aufwuchs der strategisch-nuklearen Gefechtsköpfe der USA von 16 000 auf ca. 32 000 beaufsichtigte und die Vermehrung der taktisch-nuklearen Waffen in Europa von 2500 auf 7000 veranlaßte.

Bundesschatzbriefe sind Stufen zum Erfolg.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausgezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinseszinsen werden angesammelt. So wachsen DM 1.000,- in 7 Jahren auf DM 1.560,-. Typ A hat 6,20% Rendite, Typ B 6,56%. Beide lassen sich nach dem 31. 12. 1986 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu DM 10.000,- mit Bundesschatzbriefe sind bei allen Banken und Sparkassen gebührenfrei erhältlich. Konditionen: Stand 24. 2. 1986, Ausgabe 1986/1 und 2.



Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, die aktuellen Konditionen oder der Telefon-Nr. 0 69 / 5 97 01 41.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Griff in die Regale

„Finger frei“: WELT vom 13. Februar

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

Sie haben recht. Der Ladendiebstahl darf nicht verharmlost werden. Aber auch seine Behandlung durch die Staatsanwaltschaft darf nicht verzerrt dargestellt und dadurch ebenfalls verharmlost werden. Es kann keine Rede davon sein, daß das Eigentum der Kaufleute „vogelfrei“ und „der Griff in die Regale“ mit keinem Risiko mehr verbunden ist. Richtig ist vielmehr, daß gegen jeden Ladendieb, der zur Anzeige gebracht wird, auch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Das weiß jeder gefasste Ladendieb, und daraus allein ergibt sich für ihn schon ein wirksamer „Denkzettel“, der in aller Regel eine Wiederholung verhindert. Das muß aber auch die Öffentlichkeit wissen, damit das Risiko des „Griffs in die Regale“ allgemein richtig eingeschätzt wird und damit auch der generalpräventive Zweck des Strafrechts nicht durch Darstellungen, wie sie etwa in Ihrem Artikel enthalten sind, unterlaufen wird.

Eine andere Frage ist, ob und welche weitgehende strafrechtliche Sanktion auf den einzelnen Ladendieb zu erfolgen hat. Diese Sanktion muß sich unter Prüfung der Umstände des Einzelfalles an den gesetzlichen typisierten Schuldmerkmalen orientieren, wozu in erster Linie auch die Höhe des verursachten Schadens gehört. Jedenfalls wäre es unzulässig – was Ihr Artikel aber nahelegt – jeden einzelnen Täter sozusagen gesamtschuldnerisch für den durch das Phänomen Ladendiebstahl verursachten volkswirtschaftlichen Gesamtschaden haften zu lassen.

Früher wurden bei dem Ladendiebstahl die Fälle geringen Schadens in der Regel nur als Minderdelikt einer Übertretung mit geminderter Straferwartung, erfaßt. Seit der Abschaffung des Minderdeliktsbestandes im Jahre 1974 handelt es sich jetzt auch im Bagatelbereich um ein Vergehen des Diebstahls. Deshalb hat der Gesetzgeber – gerade um nach Wegfall des Minderdeliktsbestandes unverhältnismäßige Reaktionen zu vermeiden – den Bagatelbereich durch Änderung des Paragraphen 248 a StGB und – als notwendige verfahrensrechtliche Ergänzung dazu – durch Reform der Paragraphen 153, 153 a StPO neu geregelt.

Danach entspricht es – früher wie

heute – nicht dem Auftrag des Gesetzgebers an Staatsanwaltschaften und Gerichte, beispielsweise wegen des Diebstahls eines Stückes Käse im Werte von 1,20 DM in jedem Falle eine Verurteilung wegen eines Vergehens des Diebstahls herbeizuführen. Die Strafverfolgungsorgane sind vielmehr zu einer differenzierten Reaktion aufgerufen, die von der Einstellung wegen Geringfügigkeit (Paragraph 153 StPO) über die Einstellung gegen eine Geld- oder sonstige Auflage (Paragraph 153 a StPO) bis hin zur Verurteilung reicht. Daß dabei gegen erkannte Wiederholungstäter, die sich die erstmalige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht haben zur Warnung dienen lassen, wie auch gegen Täter, die Sachen von erheblichem Wert gestohlen haben, nachdrücklich und strafend eingeschritten wird, ist selbstverständlich.

Bei der dargestellten Regelung hat sich der Gesetzgeber nicht nur vom Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Theorie der „flexible response“ leiten lassen. Ausweislich der Gesetzesmaterialien war auch der Gesichtspunkt der Arbeitsbelastung der Justiz und der Umstand, daß auch deren Ressourcen nur begrenzt sind, maßgebend. Nichts anderes besagt meine Äußerung, daß wir „unsere Leute dringend für zeitraubende Wirtschaftsverfahren“ brauchen. Es wird sicher auch von Ihnen bejaht werden können, daß die Bekämpfung von Wirtschafts- und anderen umfangreichen Strafverfahren – u. a. wegen der damit in der Regel verbundenen erheblichen Schäden – ein wichtiges Anliegen der Allgemeinheit ist. Bei Wirtschaftsdelikten liegen die Schäden schon in vielen Einzelfällen weit über der von Ihnen angegebenen Zahl von 37 Mill. DM Gesamtschaden durch Ladendiebstahl in einem Jahr.

Deshalb muß die Strafjustiz von den Möglichkeiten beschleunigter und vereinfachter Verfahrenserledigung nach Paragraph 154, 153 a StPO vermehrt Gebrauch machen. Wenn darauf in einigen Bundesländern mehr und in anderen weniger hingewirkt wird, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß es auch hier eine Art „Nord-Süd-Gefälle“ gibt: So sind beispielsweise 1983 im Lande Bayern 7,4 Prozent aller Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 153 a StPO eingestellt worden. Im Lande Nordrhein-Westfalen jedoch nur 4,5 Prozent. Mir ist nicht bekannt, daß deshalb die

Quote der Ladendiebstähle in Bayern höher als in Nordrhein-Westfalen ist. Ich glaube nicht, daß Sie mit Ihrem Artikel dem Einzelhandel im Ergebnis einen guten Dienst erwiesen haben, und stelle Ihnen anheim, mein Schreiben als Leserbrief zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Geißel,
Generalstaatsanwalt,
Hamm 1

Nichts Neues?

„Schriftweise verliert der Krebs sein dramatisches Gesicht“: WELT vom 12. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die journalistische Arbeit zu schmälern muß ich feststellen, daß die vorgelegten Darstellungen mich in keiner Weise als „Neuerung“ überzeugen konnten.

Die Vorgehensweise mit Stahl oder Strahl, selbst mit gezielter Strahlenbündelung, stellt doch keine revolutionäre Neugier dar.

Neu wäre es, wenn über Interleukin-2 berichtet worden wäre. Mit diesem Präparat wurde vor einiger Zeit Präsident Reagan behandelt. In Deutschland wird mit diesem Präparat noch in Labors experimentiert.

Ein weiterer Schwachpunkt in Ihrer Darstellung ist doch wohl die bekanntermaßen erforderliche Psychohygiene des Krebspatienten nach operativen Eingriffen. Wie erforderlich die entsprechende Nachbehandlung ist, wurde während des Kongresses der Gesellschaft für Krebsnachsorge Ende 1985 in Bad Nauheim dargestellt. Beim Internationalen Kongress für biologische Krebsabwehr 1985 in Mainz haben zu diesem Thema Krebspatienten gesprochen. Aussagen wurden dort gemacht, die den anwesenden Fachleuten sicherlich das Blut in den Adern gefrieren ließen.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Beutel,
Heilpraktiker, Limburg

Wort des Tages

„Jede Generation lächelt über die Väter, lacht über die Großväter und bewundert die Urgroßväter.“

William Somerset Maugham,
englischer Autor (1874-1966)

Schlamm Schlacht

„Geißeln Blackout“: WELT vom 21. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist schon recht interessant, wie in einer parlamentarischen Demokratie ein Verfassungsorgan wie der Bundeskanzler zum medialen Spielball degradiert wird. Da werden unnötige Mutmaßungen und Spekulationen laut, die der politische Gegner zum Bestandteil seiner verbalen Schlamm Schlacht macht.

Warum müssen Vorverurteilungen, die völlig aus der Luft gegriffen sind, Kampagnen einleiten, die nur einen Zweck erfüllen sollen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß grüne Politik noch politischfähig ist?

Ferner ist zu fragen, ob der Generalsekretär der CDU es für sinnvoll erachtet, mit Begriffe zu operieren, die auch nach langen Dementis nicht zu entscheidend sind? Auch ein Bundeskanzler hat in einer Demokratie das moralische Recht, der eigenen Partei Grenzen zu setzen, die eingehalten werden sollten, um eine gute Politik, die immerhin einen Aufschwung gebracht hat, nicht in Mißkredit zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Aßen jr.,
Bardowick

Verschleierung

„Beamte erhalten 3,5 Prozent mehr“: WELT 13. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, mit einer kleinen Meldung wird die Öffentlichkeit darüber informiert, daß die Besoldung im öffentlichen Bereich um 3,5 Prozent erhöht wird. Gleichzeitig mahnt der Beamtenbund „Einkommensrückstände“ um 15 Prozent an, die noch zu bereinigen seien und spricht von „ungerechtfertigten Sparmaßnahmen“ der vergangenen Jahre (WELT vom 13. 2. 86).

Warum erfährt die Öffentlichkeit nicht endlich etwas über die seit mehr als einem Jahr im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorliegende Studie „über die tatsächlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmerlohn und Beamtengehalt“? Es drängt sich die Vermutung auf, und sie wird durch die Zurückhaltung dieser Ergebnisse von Infratest durch das Ministerium bestätigt, hier liegt etwas im argen; hier liegen offensichtlich Zahlen vor, die der „ge wünschten“ öffentlichen Darstellung abträglich sind.

Nicht anders ist es doch bei der Altersversorgung. Für die Sozialrentner wird eine Bundestagsitzung erforderlich, um über die „Rentenanpassung“ zu beschließen; bei den Pensionen erledigt das die „Automa-

tik“ im Nachgang zur Besoldungserhöhung.

In den unteren Einkommensgruppen hinkt der Sozialrentner den Pensionären im Nettoeinkommen um 15 Prozent hinterher, im gehobenen und höheren Dienst sogar um 25 Prozent.

In der Durchschnittsrechnung liegt laut Infratest-Studie das Nettoeinkommen der Sozialrentner um rund 760 DM unter dem der Pensionäre. Es gibt danach auch keinen Pensionärsbeitrag, der unter der 1000-DM-Grenze liegt, wo immerhin knapp 20 Prozent der Rentnerhaushalte liegen.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulte-Weweser,
Hamburg 90

Weimar?

Sehr geehrte Herren,

das Interview zwischen Professor Theodor Eschenburg und Armin Reck behandelt mit wissenschaftlicher Sachlichkeit klar und verständlich ein heißes Eisen. Hoffentlich trägt es im Interesse des sozialen Friedens dazu bei, für beide Seiten einen tragbaren Ausgleich zu schaffen.

Mit Sorge ist das Anwachsen der Werbeaktivitäten einiger politischer Splittergruppen für die kommenden Wahlen zu beobachten (Zentrum, Patrioten“ in Niedersachsen usw.). Wenn diese Parteien auch kaum die 5 Prozent-Hürde erreichen, so kann es für die etablierten Parteien unter Umständen den Stimmenverlust bedeuten, der zur absoluten Mehrheit erforderlich ist.

Müßten sich nicht alle großen Parteien gegen diese Entwicklung stärker engagieren? Die Weimarer Republik ist sicherlich nicht zuletzt wegen der Vielzahl der sich bekämpfenden politischen Parteien gescheitert.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Brunk,
Delligsen

Freibrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bezeichnend, wie man mit dem geflohenen Diktator Haiti, Duvalier, umgeht. Hätte man nicht den Mann, der in seinem Land gemordet und gefoltert und noch große Reichtümer in seinem Besitz brachte, vor ein internationales Gericht stellen müssen? Jetzt kann er, weil er reich ist, in der Welt herumfliegen, bis er eine Unterkunft gefunden hat. Gegen oder mit Geld ist ja bekanntlich alles möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Müller,
Elmlohe

Personalien

GEBURTSTAGE

75 Jahre alt wird heute der Schriftsteller und Publizist Kurt Ziesel, Mitbegründer der Deutschlandstiftung und Herausgeber des „Deutschland-Magazins“. Die Deutschland-Stiftung verleiht seit 1967 den Konrad-Adenauer-Preis für Wissenschaft, Literatur und Publizistik. Ziesel, Innsbrucker, gründete nach dem Kriege zunächst in München den „Europäischen Kulturdienst“. Erfolg hatte er auch als Romandichter. Bekannt wurden unter anderen seine Bücher „Der endlose Tag“, „Daniel in der Löwengrube“, „Das verlorene Gewissen“. In dieser letzten Publikation wandte er sich gegen die Einseitigkeit im Pressegeschäft und Literaturbetrieb, gegen politische Denunziation und Totschweigeakt zahlreicher Publizisten“. Es wurden Untersuchungen, die ihm bald den Haß der Linken eintrugen. Franz Josef Strauß sagte einmal zu Ziesel und seinen Arbeiten: „Man darf nicht sagen, was ankommt, sondern muß aussprechen, worauf es ankommt.“

Der Verleger und Druckereibesitzer Dr. Günther Neufang feiert heute in Gelsenkirchen 60. Geburtstag. Der Volkswirt, der in Sachsen geboren ist, gibt eine Vielzahl von Fachzeitschriften und mehrere Schriften heraus. Er ist Inhaber des Verlages Dr. Neufang KG für den Bereich Luftfahrt, des Verlages Th. Mann für den Bereich Land- und Milchwirtschaft und des Damm Verlages für den Bereich Post- und Fernmeldewesen. Neufang hat ein großes Hobby: Er ist aktiver Flieger.

EHRUNGEN

Der Schweizer Journalist und Schriftsteller Fritz Bene Allemann erhielt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Der 75jährige Publizist nahm den Orden in Würzburg aus der Hand des bayerischen Staatssekretärs Helms Rosenbauer entgegen. In der Laudatio hieß es, Allemann habe „über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz und weltweit zur Objektivierung des Deutschlandbildes beigetragen“.

Der Münchner Landschaftsökologe Professor Dr. Wolfgang Haber hat von Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten. Professor Haber ist Ordinarius für

Landschaftsökologie an der Technischen Universität München in Weihenstephan. Haber vertritt in zahlreichen Gremien die Interessen des Natur- und Umweltschutzes. Er ist Sprecher des Naturschutzbeirates beim bayerischen Umweltministerium und Vorsitzender des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, die die Bundesregierung berät. Den Orden überreicht hat in München der bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen Alfred Dick.

Die Stadt Münster wird einen ihrer bekanntesten Bürger ehren, den mehrfachen Olympiasieger, Welt- und Europameister im Dressurreiten, Dr. Reiner Klimke. Am 11. März soll der international bekannte Sportler im historischen Rathaus von Münster die Ehrenbürgerrechte erhalten. Oberbürgermeister Dr. Jörg Twesthöven will den Ehrenbürgerbrief persönlich aushändigen. Dr. Willi Damm, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, wird die Festansprache halten.

Nikolaus Schimmel, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Musikschulen, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Schimmel hat in den zurückliegenden 20 Jahren das Musikleben in Deutschland in ganz besonderem Maße mitgeprägt. Niedersächsischer Wissenschaftsminister Johann-Trojes Cassens hat Nikolaus Schimmel in der Musikschule Hannover den Orden überreicht.

Hans Wilke, Geschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft in Köln, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Den Orden, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh, überreichte der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger.

Das im vergangenen Jahr vom Sender Freies Berlin ausgestrahlte Fernsehspiel „Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich“ von Hans Preseher ist von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft mit dem DAG-Fernsehpreis 1986 in Gold ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Den Preis in Silber, der mit 5000 Mark dotiert ist, erhalten Maria Matray, Thomas Hartwig und Natanuel Gutmann für das Drehbuch „Im Schatten von gestern“. Die Preisverleihung findet am 26. April in Köln statt.



Die Tage sind kurz, die Bremswege lang.

Das elektronische Anti-Blokkier-System (ABS) von Bosch macht das Bremsen sicherer. Das Fahrzeug bleibt auch bei einer Vollbremsung auf nasser und glatter Fahrbahn lenkbar und richtungsstabil.

Schneematsch, Frost, Glätte. Auf nasser, verschneiter oder vereister Fahrbahn blockieren die Räder oft schon bei leichtem Bremsen. Auch wenn der Fahrer nicht voll bremst, kann das Auto ins Schleudern kom-

men oder in einer Kurve von der Fahrbahn geraten.

Bosch ABS verhindert das Blockieren der Räder. Kurz davor läßt die Elektronik die Bremse bis zu zehnmal pro Sekunde für jedes Rad einzeln „stottern“.

Das Fahrzeug bleibt lenkbar und richtungsstabil. Zugleich wird es optimal abgebremst. Die gleichen Vorteile bietet das Bosch ABS auch auf trockener Fahrbahn. Dabei wird zusätzlich der

bei blockierenden Rädern auftretende gefürchtete Reifenprofil-Abrieb vermieden.

Somit macht das elektronische Bosch ABS das Bremsen zu jeder Jahreszeit sicherer.



BOSCH

150

Traum-Renditen machen schlaflose Nächte.

Echte Wunder gibt es in der Wirtschaft nicht. Es ist nach wie vor nichts umsonst. Wo sich überdurchschnittliche Gewinnchancen auftun, ist auch überdurchschnittlicher Einsatz angesagt. Der meist zur Hälfte in bar entrichtet wird, zur anderen Hälfte in den Nerven, die Risiko nun mal kostet. Wer so anlegt, muß also von beidem mehr als genug haben.

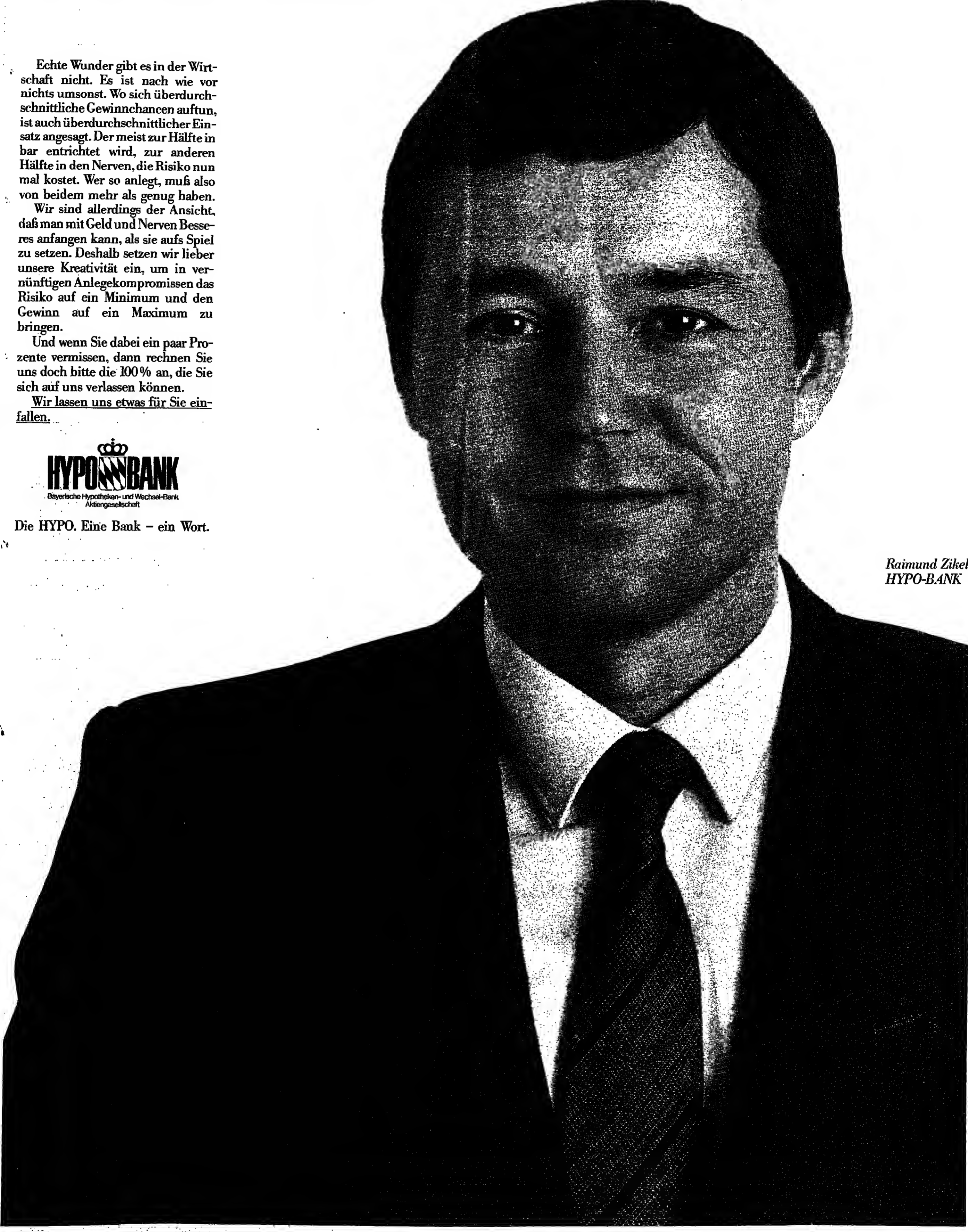
Wir sind allerdings der Ansicht, daß man mit Geld und Nerven Besseres anfangen kann, als sie aufs Spiel zu setzen. Deshalb setzen wir lieber unsere Kreativität ein, um in vernünftigen Anlegekompromissen das Risiko auf ein Minimum und den Gewinn auf ein Maximum zu bringen.

Und wenn Sie dabei ein paar Prozente vermissen, dann rechnen Sie uns doch bitte die 100% an, die Sie sich auf uns verlassen können.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.



Raimund Zikeli
HYPO-BANK

e
rdi-
die
den
lte-
ner
au-
den
stel-
Dhr
die
fer-
mi-
auf.
ich
irt-
Tä-
ent-
unge-
s der
} - Israel
t
USA
ruch
mal
und
ichts
sch-
alte
un
Gen
ort
mern
anla-
42 in
raten
eten.
ie" in
seher
die
wo er
weiter
r die
hne
Ste.
gkeit
hält
wie-
ht in
bei
zali-
iegen
uch
USA
der
aus:
zen
raun-
ng
repu-
en-
bruar
elte
roati-
oß:
tucco-
nen
du-
Je
ing
Die
em
ien
ind
ich
eln
der
ner
om-
us-
Be-
lbe
so
oft
stet
ost
auf
ich
go-
der
kei-
An-
kei-
mo-
ach
iso-
vie-
sie,
up

„DDR“-Presse übergeht Aussagen Sindermanns

AP, Berlin Die „DDR“-Presse hat gestern über den Abschluß des Besuchs von Volkskammerpräsident Horst Sindermann in der Bundesrepublik Deutschland ausführlich berichtet, politische Aussagen des Politbüromitglieds jedoch weitgehend unerwähnt gelassen.

Sindermanns Ankündigung vor Journalisten im Saarland, daß Honecker noch in diesem Jahr die Bundesrepublik besuchen wird, wurde vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und der (Ost-)„Berliner

ANZEIGE WBB International Limited zum Thema Geldanlage: ÖL Kommt die neue OPEC? Wo Sie mehr darüber erfahren können, lesen Sie unten rechts...

Zeitung“ nur verkürzt wiedergegeben. Dort wurde Sindermann in indirekter Rede mit den Worten zitiert, „er sei davon überzeugt, daß es zu einem solchen Besuch kommen werde“.

Die Aussage Sindermanns, daß es weitere Reiseerleichterungen geben werde, blieb unerwähnt. Nicht gedruckt wurden auch die Bemerkung des führenden SED-Mitglieds, er sehe keine Probleme darin, auch die West-Berliner Bundestagsabgeordneten in die von Ost-Berlin und der SPD angestrebten Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer einzubeziehen. Breiten Raum nahm die Berichterstattung über den Sindermann-Besuch im Geburtshaus von Karl Marx in Trier ein.

Gesamtmittel wendet sich gegen Bendas These

„Arbeitgeber setzen bei Aussperrung nicht auf Drittwirkung“

dpa/DW, Köln Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat gestern indirekt den Vorwurf des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, zurückgewiesen, mit dem Regierungsentwurf zum sogenannten Streikparagrafen 116 Arbeitsförderungsgesetz bekämen die Arbeitgeber ein Arbeitskampfmittel in die Hand, mit dem sie mittelbare Aussperrungsfolgen herbeiführen könnten. Ohne auf Bendas Stellungnahme für die bevorstehende Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales einzugehen, erklärte Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner in einem Interview mit dem „Handelsblatt“, eine auf Drittwirkung gerichtete Arbeitgeberstrategie wäre in einer Arbeitskampsituation absurd.

Die These, die Arbeitgeberverbände könnten durch eine auf maximale Fernwirkung bedachte Auswahl der zur Abwehraussperrung aufgerufenen Betriebe das Risiko der IG Metall unermeßlich erhöhen, übersieht nach Darstellung Kirchners den entscheidenden Gesichtspunkt: „Der durch eine solche Taktik verursachte Produktionsausfall trifft Unternehmen, die aus den Unterstützungskassen der Arbeitgeberverbände - anders als die direkt vom Arbeitskampf betroffenen Unternehmen - keine Hilfe erwarten können“, erklärte Kirchner. Jede Drittwirkung löse bei den Unternehmen „starken innenverbandlichen Druck zur Kompromißfindung aus“. Eine Kampfstrategie, die auf Drittwirkung setze, wäre nach Meinung Kirchners auf der Arbeitgeberseite daher „völlig absurd“.

Der Gesamtmetall-Geschäftsführer vertrat die Auffassung, daß die intensive Produktionsverflechtung insbesondere in der Autoindustrie der IG

Metall neue Druckmittel in die Hand gespielt habe, die von der Gewerkschaft 1984 im Arbeitskampf bereits zielbewußt eingesetzt worden seien. „12 700 Streikende hatten praktisch die gesamte Automobilindustrie in der Hand“, sagte er. Kirchner gab zu bedenken, daß Abwehraussperrung das einzige Mittel der Arbeitgeber sei, durch Druck auf die Kasse der IG Metall die Gewerkschaft wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Behauptung der IG Metall, 1984 sei die Auswirkung auf Drittbetriebe durch Abwehraussperrung größer gewesen als durch die „Minimax-Taktik“, wies Kirchner als „unzutreffend“ zurück. Die Automobilwerke außerhalb des Streikgebiets seien durch die „Minimax-Taktik“ der Gewerkschaften bereits stillgelegt worden, bevor die später ausgereifte Aussperrung überhaupt wirksam werden konnte, sagte er.

Kirchner wies in dem Interview auch die Behauptung zurück, durch Aussperrung im Arbeitskampf 1984 sei der Verlust an Arbeitstagen erheblich stärker gewesen als durch Streik. Tatsächlich seien knapp zehn Millionen Arbeitstage ausgefallen: Durch Streik rund 2,4 Millionen, durch Aussperrung rund 2,5 Millionen und durch mittelbar Betroffene etwa 4,9 Millionen.

Der Gesamtmetall-Geschäftsführer verlangte, die durch „Minimax-Strategie“ und Produktionsverflechtung verursachte Kräfteverschiebung im Arbeitskampf zugunsten der Gewerkschaften müsse zum Teil dadurch korrigiert werden, „daß künftig die Arbeitsämter nicht mehr zum unfreiwilligen Streikhelder der IG Metall werden“. Eine Klarstellung im Gesetz müsse deshalb die Neutralität des Staates im Arbeitskampf garantieren.

Bonn hofft nach Reagans Antwort auf Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen

Die Unionsfraktion hat ihre Bedenken ausgeräumt / Bahr kritisiert die CDU/CSU

RÜDIGER MONIAC, Bonn Die umfassende Antwort, die US-Präsident Reagan dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow auf dessen Abrüstungsvorschläge im Januar gegeben hat, ist von der Bundesregierung als „bedeutsamer Schritt in die Richtung auf die baldige Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen landgestützten Mittelstreckenflugkörper großer Reichweite“ begrüßt worden. Mit diesen Worten reagierte Regierungssprecher Ost auf den Brief Reagans, der vergangenen Sonntag dem Krenl-Chef übermittelt worden war. Ost fügte hinzu, über dessen Inhalt sei die Bundesregierung schon vorah unterrichtet worden.

Die von Ost vorgetragene Erklärung der Bundesregierung geht auch auf das in der vergangenen Woche in Bonn hart umstrittene Problem einer allein auf Europa bezogenen Beseitigung der Mittelstreckenwaffen ein. Darin heißt es, Reagans Vorschläge zielten darauf ab, das zentrale Verhandlungsziel der weltweiten Beseitigung der Mittelstreckenwaffen zu erreichen.

Stufenprogramm bis 1989

Der Präsident habe dafür ein konkretes Stufenprogramm bis Ende 1989 vorgelegt. Im übrigen, so Ost weiter, orientiere sich die Antwort der USA an die Sowjetunion an den folgenden für die Sicherheit des Westens wichtigen Kriterien: Die Notwendigkeit gleicher Rechte und globaler Begrenzung, keine Einbeziehung von Waffensystemen dritter Staaten in eine Vereinbarung (womit die französischen und britischen Nuklearwaffen gemeint sind) sowie auch Reduzierungen bei den Mittelstrek-

kanwaffen kürzerer Reichweite und schließlich die Forderung nach Verifizierbarkeit eines Abkommens.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der vergangene Woche wegen der Möglichkeit einer auf Europa begrenzten Reduzierung von Mittelstreckenwaffen große Sorge vorherrschte, löste sich gestern nach Bekanntwerden der Antwort Reagans an Gorbatschow die Spannung. Ihr Vorsitzender Alfred Dregger erklärte im Einvernehmen mit den Verteidigungs- und abrüstungspolitischen Sprechern, Willy Wimmer und Jürgen Todenhöfer, die amerikanische Antwort berücksichtige in ihrer jetzigen Fassung die deutschen Sicherheitsinteressen in angemessener Weise. Die von ihm, Dregger, in einem Interview mit der WELT letzten Donnerstag geäußerten Bedenken gegen einen ersten Entwurf der Reagan-Antwort seien nun ausgeräumt. Dregger hatte darin angedeutet, daß wegen der Beweglichkeit der sowjetischen SS 20-Raketen eine auf Europa begrenzte Limitierung von Mittelstreckenwaffen für die NATO gefährlich sei, und gleichzeitig gefordert, auch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite wie die Typen SS 21, SS 22 und SS 23 in der amerikanischen Antwort für ein Reduzierungsvorhaben nicht zu vergessen.

Dazu erklärte Dregger gestern, von entscheidender Bedeutung für die Bundesrepublik seien die volle Einbeziehung der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite, bei denen die Sowjetunion im Verhältnis zur NATO zur Zeit eine Überlegenheit von sieben zu eins habe, sowie auch der im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenwaffen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU

bat US-Botschafter Burt, seinen und den Dank der Fraktion für das kooperative Verhalten der USA an den amerikanischen Präsidenten und dessen Verteidigungsminister weiterzuleiten. Für ein Land in der exponierten Lage der Bundesrepublik sei es „sehr beruhigend“ zu wissen, daß seine Sicherheitsinteressen von den USA als seinem Hauptverbündeten sorgfältig beachtet würden. Dregger fügte hinzu, die amerikanische Seite könne sich darauf verlassen, daß sich die Bundesrepublik nicht anders verhalten werde.

„Störfeuer“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hingegen warf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, mit „unverantwortlichem Störfeuer“ eine amerikanisch-sowjetische Einigung bei den Mittelstreckenwaffen verhindern zu wollen. In der Union werde neuerdings der Standpunkt vertreten, als seien amerikanische Raketen für die Sicherheit unentbehrlich, gleichgültig, was die Sowjetunion zu deren Abschaffung anhielte. Bahr nannte das einen Betrug. Kreise der Union könnten nicht vergessen machen, was Kohl und Genscher vor dem Bundestag gesagt hätten. Sie hätten dort die Bereitschaft zum Abzug der amerikanischen Raketen erklärt, wenn die Sowjetunion bereit sei, ihre SS 20 zu vernichten. Aber auch Bahr schloß sich der Forderung Dreggers an, die in der „DDR“ und CSSR stationierten SS 22 müßten dann verschwinden, wenn die Pershing 2 und Marschflugkörper verschwinden, gegen die die sowjetischen Systeme aufgestellt worden seien.

Die Kumpel wandern in den Süden ab

AP, Düsseldorf

Noch immer zieht es Arbeitnehmer von Rhein und Ruhr nach Süden. 1985 verlor das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen rund 14 000 Einwohner an die neuen Industriestandorte in Baden-Württemberg und Bayern. Nur gegenüber dem Saarland konnte das traditionelle Industriegebiet zwischen Rhein und Weser einen Wanderungsgewinn verzeichnen. Das geht aus dem Jahresbericht des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen hervor.

Trotz steigender Ausländerzahlen sank die Bevölkerungszahl im Berichtszeitraum um 17 000 auf rund 17,7 Millionen. Auslöser für diese Entwicklung war den Angaben zufolge neben der Abwanderung in andere Bundesländer vor allem die Geburtenentwicklung. Während 1985 an Rhein und Ruhr 189 000 Sterbefälle registriert wurden, erblühten im gleichen Zeitraum nur 160 000 Kinder das Licht der Welt.

Spendenaffäre bei Saar-Grünen

dpa, Saarbrücken

Eine parteinterne Spendenaffäre ist bei den Grünen im Saarland aufgedeckt worden. Gegen den ehemaligen Landesschatzmeister der Partei, Henning Burger, ist deswegen ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden. Dies teilte der Landesvorsitzende der Grünen-Saar, Jürgen Berthold, mit. Rechnungsprüfer hatten festgestellt, daß Burger und vier andere Personen Ende 1984 insgesamt 11 200 Mark in größeren Teilbeträgen als Spenden eingezahlt hatten. Wenige Tage später waren sie an denselben Personenkreis als Aufwandsentschädigungen für den Wahlkampf wieder ausgezahlt worden.

Raphael Keppel lebt in Paraguay

W. K. Wiesbaden

Der unter mysteriösen Umständen verschwundene Mitarbeiter der hessischen Grünen-Landtagsfraktion, Raphael Keppel, hält sich nach WELT-Informationen in Paraguay auf. In einem Schreiben aus Südamerika hat Keppel geäußert, seitdem er die Grünen verlassen habe, fühle er sich von allen Zwängen befreit. Aus Protest gegen die rot-grüne Koalition war Keppel aus der Oke-Partei ausgestreut. Keppel hatte 1979 eine Flugzeugentführung inszeniert. Nach Verbüßung einer Haftstrafe war er von den Grünen als Mitarbeiter eingestellt worden.

Rodungen für Salzhalde begonnen

AP, Gorbelen

Die Rodungsarbeiten für die große Salzhalde im niedersächsischen Gorbelen haben gestern ohne Zwischenfälle begonnen. Diese Salzhalde entsteht in der Nähe des geplanten Endlagers für Atommüll. Durch die Bohrungen soll das Gelände auf seine Eignung dafür untersucht werden.

ANZEIGE Wählen Sie: 0211/

31 40 86

WBB, Ihr Berater in Sachen dynamischer Geldanlage mit computergesteuerten Termingeschäften. Oder schicken Sie den Coupon ein. Aktuelle Informationen folgen.

Name-Vorname: Straße-Nr.: PLZ/Ort: Telefon: W9 WBB Marketing Agency GmbH Brunnenstr. 31 - 4000 Düsseldorf

Die Halde soll auf einer Fläche von 17 Hektar entstehen, rund 35 Meter hoch werden und 1,7 Millionen Kubikmeter Salz aufnehmen.

Rau schreibt Kohl wegen Schnellbahn

tr, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat sich in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl für die baldige Verwirklichung der geplanten Schienenstrecke Köln-Paris-Brüssel-Köln ausgesprochen. Die geplante Schnellbahn könnte die wirtschaftliche Entwicklung Europas insgesamt positiv beeinflussen, schrieb Rau. Dies werde um so mehr der Fall sein, je eher der Rhein-Ruhr-Raum als bedeutender Wirtschafts- und Ballungsraum mit der geplanten Schnellstrecke Köln-Paris an die Verbindung Paris-London angeschlossen werde. Rau forderte, daß der Bau der Schnellstrecke Vorrang haben müsse.

Wählt Bayern früher?

Diskussion in der CSU / Der Konflikt um Minister Lang

PETER SCHMALZ, München

Der CSU-Landesvorstand diskutierte gestern über die Frage, ob angesichts der Weigerung der SPD-Opposition, an Parlamentswahlen mit Justizminister Lang weiterhin teilzunehmen, die Landtagswahlen vorgezogen werden sollen. Als bisheriger Wahltermin wurde der 12. Oktober festgelegt. Die Aussprache verlief kontrovers, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Als Befürworter einer Vorverlegung trat CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf, der befürchtet, wegen der SPD-Weigerung sei bis zur Sommerpause eine reguläre Parlamentsarbeit nicht mehr möglich. Hier stehe man vor einer einmaligen Situation in der deutschen Parlamentsgeschichte, die neu überdacht werden müsse.

Parteichef Franz Josef Strauß vertrat eine gegensätzliche Auffassung und begründete seine Haltung mit dem Hinweis, vorgezogene Wahlen würden bedeuten, daß die Auflösung des Parlaments durch die Opposition erzwungen werden könne. „Man regt sich auf über einen Satz, verlangt dann den Widerruf, und wenn der nicht erfolgt, stellt man die Mitarbeit ein.“ In Erinnerung an seine 29jährige Tätigkeit im Bundestag fügte Strauß hinzu: „Wenn ich jedesmal die Mitarbeit eingestellt hätte, wenn ich beleidigt wurde, dann wäre ich kaum nach Bonn gekommen.“

Der Fall Wackersdorf

Anlaß der Kontroverse zwischen CSU und SPD war der Vorwurf des bayerischen Justizministers August Lang an die Sozialdemokraten, sie verbänden sich bei ihrem Widerstand gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf mit Chaos und Kriminellen.

Strauß will sich zumindest vorerst mit diesem Konflikt nicht befassen. Mit der Erklärung, „das ist nicht Sache des Vorstands“, begründete er, weshalb sich die Parteispitze nicht

mit der Frage befaßte, ob der Minister die von der SPD geforderte Entschuldigung abgeben soll. Er werde diese Frage auch nicht im Kabinett behandeln. „Das muß Lang selber entscheiden.“ Zumindest indirekt solidarisierte sich der Ministerpräsident jedoch mit seinem Justizminister, indem er meinte: „Tatsache ist doch, daß sich die SPD mit ihren Wackersdorfer Kumpeln in ganz schlechter Gesellschaft befindet.“

Kritik an Staatsanwälten

Auf der „sehr farbigen“ Sitzung habe man sich auch über das „Gesellschaftsthema vom Blackout bis zum totalen Quatsch“ unterhalten. Er sei leider nicht der Psychoanalytiker und nicht der Psychotherapeut des Herrn Geißler, meint Strauß, deshalb sei ihm die Deutung nicht möglich, ob es ein Lapsus linguae oder ein mißglücktes Entlastungsmanöver für seinen Parteivorsitzenden war. Wörtlich fuhr der CSU-Vorsitzende fort: „Daß er seinem Parteivorsitzenden damit keinen Gefallen erwies hat, das wissen wir, denn einen Taxifahrer nimmt man einen Blackout nicht übel, aber wenn das ein Generalsekretär über seinen Parteivorsitzenden auch in bester Meinung sagt, dann wird das automatisch vom politischen Gegner aufgenommen und dann bei allen Anlässen als Argument benutzt.“ Die CSU habe dies erlebt, als Friedrich Zimmermann vor über 25 Jahren in einem Justizverfahren eine momentane Gedächtnisschwäche zugebilligt worden sei.

Kritisch äußerte sich Strauß zu der bei einigen Staatsanwältschaften um sich greifende Praxis, aufgrund einer Anzeige in jedem Falle ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, gleich, ob die Anzeige plausibel begründet sei oder nicht, und erwähnte als positives Beispiel, die Staatsanwaltschaft Bonn habe nach einer gegen ihn von Schily erstatteten Strafanzeige das Ermittlungsverfahren erst gar nicht eingeleitet.

Künftig weniger Zivildienstler

idea, Bonn

Die Zahl der Zivildienstleistenden wird aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren stark zurückgehen. Damit rechnet der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze. Vor allem der Dienst an alten, kranken und behinderten Menschen habe dann bei der Verwendung von Ersatzdienstleistenden Vorrang, erklärte er. Hintze geht aber nicht davon aus, daß die sozialen Dienste der Kirchen erheblich eingeschränkt werden müssen. Durch den Rückgang von „Zivis“ würden vielmehr „neue Formen der Hilfe“ Platz greifen, um die Lücken auszufüllen. Gegenwärtig verdrängen die hohen Zahlen von Zivildienstleistenden, - mehr als 50 000 sind zur Zeit im Einsatz -, zumindest in den Kirchen keine arbeitsplatzsuchenden Jugendlichen. Man bemühe sich um einen „arbeitsplatzneutrale“ Einsatz der Wehrdienstverweigerer. Die Mehrzahl, so Hintze, betrachte ihren Dienst „in erster Linie als eine Pflicht an der Gemeinschaft“.

Deutscher Soldat Patron in Polen

JGG, Köln

Die im vergangenen Jahr gegründete polnische Bewegung „Freiheit und Frieden“ hat den früheren Wehrmachtssoldaten Otto Schimek zu ihrem Patron ernannt. Die Bewegung will am 5. Mai anlässlich seines Geburtstages an Schimeks Grab in Machowo bei Tarnow eine große Friedensdemonstration veranstalten. Der aus einer österreichischen katholischen Arbeiterfamilie stammende Schimek hatte es am Ende des Zweiten Weltkrieges abgelehnt, an der Exekution polnischer Zivilisten teilzunehmen. Er war daraufhin standrechtlich erschossen worden. Das Grab steht heute unter besonderem Schutz des Bischofs von Tarnow. Verschiedene Führungsmitglieder der polnischen Friedensbewegung sind in den vergangenen Tagen verhaftet worden. Außerdem nahm die Regierung 29 Wehrpflichtige fest, die den Wehrdienst unter anderem mit der Begründung verweigert hatten, sie könnten kein Treuegelöbnis auf die Sowjetunion ablegen.



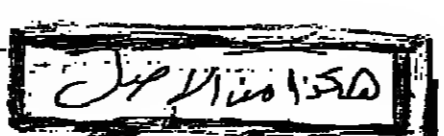
Die schönste Form von Eigentum ist das eigene Heim.

Wohneigentum zählt sicher zu den schönsten Formen der Geldanlage, weil man diese Art der Investition im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Da sieht man, was man hat und später einmal haben wird: als sinnvolle Ergänzung der Altersvorsorge zum Beispiel. Wichtig ist beim Finanzieren der erfahrene Partner. Und richtig der Grundsatz, erst mal mit der Sparkasse zu sprechen. Sie können auf den Service Ihrer Spar-

kasse bauen. Auf die Empfehlung Ihres Geldberaters, der alle Varianten kennt und bei Bedarf kombiniert finanziert: Sparkasse und LBS. Beides zusammen führt zu einer zeit- und nicht selten auch kostensparenden Finanzierung aus einer Hand. Damit Ihre Rechnung wirklich aufgeht:

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die Baufinanzierung.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Dollar und Zins

ed. - Der Dollar hat gestern mit einem Rückgang auf zeitweilig 2,2850 Mark erstmals seit vier Jahren die Marke von 2,30 deutlich unterschritten.

Oh dieses Urteil zutreffend ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Für den Markt ist allein die Tatsache, daß namhafte Professoren solches äußern, ein Datum.

Niemand kann freilich ausschließen, daß der Dollar bei seiner Abwärtsbewegung über das Ziel hinauschießt.

wärtsbewegung über das Ziel hinauschießt. Um dem entgegenzuwirken, wird die Bundesbank wohl in der kommenden Woche den Diskontsatz senken und damit dem Zinssenkungsprozess auch offiziell grünes Licht geben.

Harmonie

J. G. - Doppelt so hoch wie in den USA und dreimal so hoch wie in Frankreich seit mittlerweile die Betriebskostenlast aus Umweltschutz im Umsatz der deutschen Chemieindustrie.

Knüppel des Kartellamtes

Von HANNA GIESKES

In seinem Kampf gegen die Konzentration im Handel steht dem Bundeskartellamt ein unangenehmes Gefecht bevor.

Wenn das Gericht der amtlichen Untersuchung von Selex + Tania widerspricht - ein Versuch der Behörde, diese Kooperation über die Fusionenkontrolle aufzubrechen, war schon 1983 gescheitert.

Weit unangenehmer wird es allerdings für die Wettbewerbsbehörden, wenn sie das Verfahren gewinnen.

Immer wieder hat das Amt Kartelle Wohlwollen gegenüber Einkaufskooperationen kleiner und mittlerer Handelsunternehmen geäußert.

Zur Entschärfung des Problems hat die Behörde einen Maßstab entwickelt, der anzeigen soll, wann das Mitglied eines Kartells mit behördlicher Gunst nicht mehr rechnen kann.

selbständigen Kontore Selex und Tania in diese Kategorie: Rund 70 Prozent des gesamten Verrechnungssatzes von etwa acht Milliarden Mark werden mit nur zehn der über hundert Kartellmitglieder abgewickelt.

Alle diese Fälle mögen bedenklich sein; die Art und Weise indes, in der das Kartellamt erwünschte und unerwünschte Kooperationen auseinandertrennt, ist nicht minder bedenklich.

Das wäre nicht einmal ein großes Unglück, denn das Wettbewerbsrecht kennt ja die Einrichtung des Mittelstandskartells - die Industrie muß schließlich auch damit leben.

Da wäre es wohl eleganter, aus der Bauwirtschaft die Idee der Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen: Wettbewerbsbeschränkungen zwischen den Mitgliedern sind möglich, wenn ein Unternehmen eine bestimmte Leistung mangels Kapazität nicht allein erbringen kann.

Wo aber soll sie gezogen werden - bei zwei Milliarden Mark Umsatz oder schon bei einer? Ist eine Milliarde, die mit 200 000 Artikeln erlobt wird (Warenhause), dasselbe wie eine Milliarde aus 650 Artikeln (Aldi)?

KOHLEPFENNIG / Diskussion um Anhebung durch neue Lage am Energiemarkt

Der sinkende Ölpreis kann die Subventionen in die Höhe treiben

„Zum Schutz der deutschen Steinkohle bedarf es trotz sinkenden Ölpreises und Dollarkurses keiner neuen Maßnahmen, erst recht keine neuen Steuern“, erklärte der CDU-Abgeordnete Ludwig Gerstein, energiepoltischer Sprecher seiner Fraktion, gegenüber der WELT.

Gerstein vertritt die Auffassung: Je früher der Kohlepfennig, also der prozentuale Zuschlag auf jede Stromrechnung, erhöht wird, desto geringer kann diese Erhöhung ausfallen.

1985 waren angesichts der noch hohen Ölpreise nur etwa 20 Millionen Mark zu zahlen. Wirtschaftsminister Martin Bangemann entschloß sich daher, den Kohlepfennig zum 1. Januar 1986 von 3,5 auf 3,3 Prozent (Bundesdurchschnitt) zu senken.

Der Minister steht nun vor der heiklen Frage, wenige Monate nach der Senkung wieder eine Erhöhung zu beschließen. Er hat die Befugnis, bis

auf 4,5 Prozent zu gehen. Bis darüber hinausgehenden Erhöhungen bedarf es der Zustimmung des Parlaments (seit Einführung des Kohlepfennigs 1975 hat er nur einmal, von Januar bis September 1979, mit 6,2 Prozent oberhalb dieses Satzes gelegen).

Im Wirtschaftsministerium zögert man offenbar, über die „Schallmauer“ von 4,5 Prozent hinauszugehen. Ein entsprechender Antrag würde, so lauten Befürchtungen, eine größere kohlepolitische Debatte auslösen, in der es nicht nur Befürworter der jetzt verordneten Kohlevorrangpolitik gibt - nicht zuletzt deshalb, weil der Hauptnutznießer, das Land Nordrhein-Westfalen, mit seiner Haltung in Fragen der Kernenergiepolitik wachsende Verstimmung bei anderen Bundesländern auslöst.

Stütze und dürfte bei den Betroffenen auf Ablehnung stoßen.

Gerstein ist dennoch zuversichtlich. Er betont zwar, daß Ölpreisverfall und sinkender Dollarkurs „die Rahmenbedingungen, die wir in der Bundesrepublik zum Schutz der deutschen Steinkohle haben, einer erneuten Bewährungsprobe aussetzen“. Er fügt jedoch hinzu: „Ich bin sicher, daß diese Bewährungsprobe bestehen werden.“

Bangemann hingegen hält sich zurück. In seinem zwölf Seiten-Schreiben an Bundestagsabgeordnete zur Ölpreisentwicklung heißt es hierzu lediglich, daß der Absatz heimischer Kohle an die Elektrizitätswirtschaft im Jahrundertverträge abgesichert sei.

AUF EIN WORT



Anton Jaumann, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr

„In einer sozialen Marktwirtschaft muß es auch Grenzen geben. Es geht hier nicht darum, einen Schutzraum zu errichten oder notwendige Strukturänderungen zu blockieren.“

Wie es in dem Papier unter anderem heißt, werde der Wirtschaft und speziell den Nutzern der künftigen Technik Zurückhaltung bei ihren Umstellungsentscheidungen zugebilligt werden.

FERNMELEDIENSTE

Wirtschaft wehrt sich gegen Bevormundung durch Post

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost verschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmelde- und -dienste in Anspruch nehmen darf.

In diesem Sinne äußert sich die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) in einem am Montag bekanntgewordenen Positionspapier zur Fernmeldepolitik.

Wie es in dem Papier unter anderem heißt, werde der Wirtschaft und speziell den Nutzern der künftigen Technik Zurückhaltung bei ihren Umstellungsentscheidungen zugebilligt werden.

FINANZMÄRKTE

Dollarkurs eher abwärts und Sorgen an der Schuldenfront

Der Dollarkurs wird nach Einschätzung von Hilmar Kopper, Vorstandsmittglied der Deutschen Bank, in den nächsten Monaten unter möglicherweise hektischen Schwankungen eher noch etwas sinken als steigen.

Besorgt äußerte sich Vorstandsmittglied Werner Blessing zur internationalen Schuldenkrise. Er hält es für völlig ausgeschlossen, daß die privaten Banken allein den von Mexiko wegen des Ölpreisesverfalls angemeldeten zusätzlichen externen Kreditbedarf von 3 Milliarden Dollar decken.

Wie schon andere Bankiers warnt auch Kopper vor den Risiken mancher Finanzinnovationen, und er begrüßt daher Initiativen für eine internationale koordinierte Aufsicht über solche Geschäfte.

Auf jeden Fall wollen die Anwender nicht genötigt werden, vollstandardisierte Dienste oder „überregulierte“ Endnutzleistungen in Anspruch zu nehmen, wenn sie dafür keinen Bedarf hätten.

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost verschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmelde- und -dienste in Anspruch nehmen darf.

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost verschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmelde- und -dienste in Anspruch nehmen darf.

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost verschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmelde- und -dienste in Anspruch nehmen darf.

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost verschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmelde- und -dienste in Anspruch nehmen darf.

EG/EFTA-ABKOMMEN

Iberische Länder nun einbezogen

Die EG und die EFTA-Staaten (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Österreich und die Schweiz) haben sich auf eine Reihe von Handelsabkommen verständigt.

Während Portugal als früheres EFTA-Land keine Zollsensoren vornehmen muß, wird Spanien seinen Außenschutz für gewerbliche Waren im gleichen Rhythmus (sieben Jahre) senken wie gegenüber den EG-Partnern.

In den viermonatigen Verhandlungen wurde außerdem sichergestellt, daß bei verarbeiteten Agrarerzeugnissen die bisherigen Handelsvorteile der beiden neuen EG-Staaten in der EFTA aufrechterhalten und gleichzeitig die der Zehnergemeinschaft gewährten Präferenzen auf Spanien und Portugal ausgedehnt werden.

AUSSENHANDEL

Kritik an Preisprüfungen

Die Exportpreisprüfungen breiten sich in der Bundesrepublik wie ein Krebsgeschwür aus. Kurz bevor im April die Genehmigungen für die Prüfungsgesellschaften, die auf deutschem Boden tätig sind, auslaufen, hat der Bundesverband des Deutschen Exporthandels (BdEX) seine grundsätzliche Kritik noch einmal zusammengefaßt.

Nach Angaben des BdEX versuchen gegenwärtig bereits 15 afrikanische Länder und sieben lateinamerikanische Staaten und Indonesien ihre Verschuldung, den Devisenmangel und die Kapitalflucht dadurch einzugrenzen, daß sie Prüf-Firmen damit beauftragen haben, die Angebote deutscher Firmen zu untersuchen.

Nach Ansicht des Verbandes könnten die gewünschten Effekte durch diese Verfahren nicht erreicht werden. Immerhin kostet die Exportpreisprüfung Devisen, die von dem Land getragen werden müssen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bangemann setzt sich für ECU ein

Bonn (AP) - In einem Schreiben an Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich Wirtschaftsminister Martin Bangemann dafür ausgesprochen, die Beschränkungen für eine private Verwendung der europäischen Währungseinheit ECU in der Bundesrepublik fallen zu lassen.

Bund senkt Zinsen

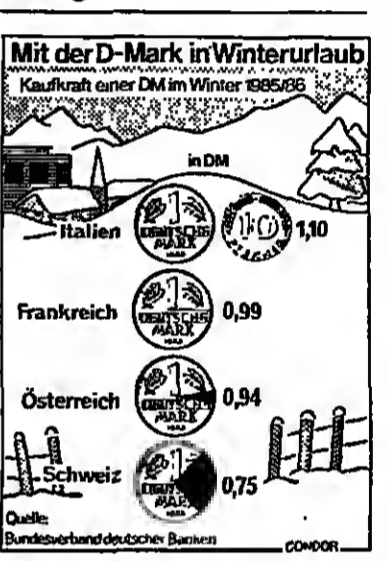
Bonn (AP) - Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche hat der Bund die Zinsen für Bundesobligationen gesenkt. Wie das Finanzministerium mitteilt, wird der Verkauf der 6,25-Prozent-Bundesobligationen, Serie 60 von 1986 (1991), mit einem Verkaufskurs von zuletzt 101,00 Prozent und einer Rendite von 6,01 Prozent mit Ablauf des Tages eingestellt.

Höherer Güterumschlag

Hamburg (dpa/VWD) - Der Güterumschlag in den 13 wichtigsten deutschen Seehäfen ist 1985 um vier Prozent gestiegen. Wie das Bundesverkehrsministerium mitteilt, wurden 135,4 Mill. Tonnen umgeschlagen, das sind 5,2 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr.

Gegen UWG-Novelle

Bonn (AP) - „Schwerste Bedenken“ hat der Zentralschuss der Werbewirtschaft (ZAW) gegen die geplante Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb erhoben.



Die vorgesehene Bestimmung, wonach bei der Verfolgung von Wettbewerbsverstoßen der Beschwerdeführer die Kosten für die erste Abmahnung aus eigener Tasche zahlen soll.

BfH: Bezeichnung wichtig München (KL) - Ein Steuerbescheid ist nur dann wirksam, wenn das Finanzamt den Steuerpflichtigen richtig bezeichnet.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Personalzusatzkosten stiegen auf eine neue Höchstmarke

Die Personalzusatzkosten im produzierenden Gewerbe haben 1985 mit 24 800 DM je Arbeitnehmer im Jahr einen neuen Höchststand erreicht.

Während 1984 die zusätzlichen Aufwendungen 79 600 DM betragen, zahlen die Unternehmen je 100 DM Entgelt für tatsächlich geleistete Arbeit im vergangenen Jahr 80 20 DM drauf.

und der erhöhten durchschnittlichen Beitragssätze in der Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 35,8 Prozent gestiegen.

Die langfristige Tendenz, daß die Personalzusatzkosten stärker zunehmen als das Entgelt für geleistete Arbeit, blieb nach IW-Berechnungen auch 1985 ungebrochen.

ARBEITSRECHT / Schutzvorschriften bewirken eher Nach- als Vorteile

Kronberger Kreis fordert mehr Markt

Das Arbeitsrecht wirkt nach Ansicht des Kronberger Kreises, einem Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, nicht zum Nutzen, sondern zum Nachteil der Arbeitnehmer.

Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts befürwortet der Kronberger Kreis, daß durch eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes das Unternehmen und die Betriebsräte die Möglichkeit eingeräumt wird, durch Betriebsvereinbarungen von den tarifvertraglichen Regelungen abzuweichen.

Die Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz über den Sozialplan sollten gestrichen werden.

Der Kronberger Kreis unterstützt das Bemühen der Bundesregierung, den Neutralitätsparagrafen 118 ArbZG in der Bundesrepublik zu formulieren.

Praxis aufgeweichte Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit als auch die Bindung der Arbeitskampfmittel an das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Erforderlichkeit voraus.

Der Kronberger Kreis unterstützt das Bemühen der Bundesregierung, den Neutralitätsparagrafen 118 ArbZG in der Bundesrepublik zu formulieren.

Advertisement for Hotelkultur der feinen Lebensart, Bremen Plaza, featuring a 99 DM price tag and contact information.

ITALIEN / Camping-Geschäft mit hohem Zuwachs

Gutes Touristikjahr erwartet

Die italienischen Fremdenverkehrs-Offiziellen sind fest entschlossen, die Stellung Italiens als größtes Urlaubsland Europas weiter zu festigen. Der italienische Fremdenverkehrsminister Lello Lagorio erwartet, wie er auf der in Mailand stattfindenden Touristik-Messe BIT erklärte, für 1986 „ein gutes Touristikjahr, sobald wir das US-Loch gestopft haben.“ Die einzigen Schatten, die die sonst guten Aussichten derzeit etwas verdunkeln, sind die zahlreichen Abmeldungen aus den USA, wo die Angst vor dem Mittelmeer-Terrorismus die Lust am Mittelmeer-Tourismus verdrängt hat.

US-GETRÄNKEMARKT / Aufweichung der Antitrustgesetze fördert Konzentration

Coca und Pepsi halten achtzig Prozent

E.-A. SIEBERT, Washington Der US-Markt für alkoholfreie Getränke, auf dem jährlich 26 Mrd. Dollar umgesetzt werden, ist kräftig durchgeschüttelt worden. Das Ergebnis ist, wenn die Antitrustbehörden in Washington ihr Plazet geben, eine fast klassische Duopol-Situation: Der Marktanteil von Coca-Cola und Pepsi steigt von 39 auf 48 beziehungsweise 28 auf 35 Prozent. Von der nationalen Konkurrenz bleibt kaum etwas übrig; es folgen Royal Crown Cola und Reynolds Industries (jeweils 4,6) sowie viele Kleinbetriebe (9,8 Prozent).

WGZ-BANK / Gutes Testat für das Kreditportefeuille

Dickes Liquiditätspolster

Neben einer seit Jahren betriebenen Politik der inneren Stärkung und hohen Risikovorsorge hat die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG (WGZ), Düsseldorf, 1985 ihr Eigenkapital beträchtlich aufgestockt. Nach den Worten von Vorstandsmittglied Werner Thiemann war dies durch die günstige Geschäftslage begünstigt, die eine Vorwegzahlung von 50 (46) Mill. DM in die offenen Rücklagen ermöglichte.

KONJUNKTUR / Briten erwarten kräftiges Wachstum

Inflationsrate soll sinken

Zum ersten Mal seit 1964 konnte das Wirtschaftswachstum in Großbritannien im kommenden Jahr über der Inflationsrate liegen. Diese Entwicklung hält jedenfalls die angesehenen London Business School (LBS) in ihrer jüngsten Konjunkturanalyse durchaus für möglich. Sie begründet ihren Optimismus mit den stark gefallenen Ölpreisen und einer entsprechend abgeschwächten Pfund-Parität gegenüber den Währungen der wichtigsten Wettbewerbsländer wie etwa Deutschland.

GROSSBRITANNIEN / Verluste durch Ölpreisverfall erschweren Steuergeschenke

Nettokreditaufnahme relativ gering

Die Überraschung in der Loodner City war riesengroß: Über nur 3,2 Mrd. Pfund (10,7 Mrd. DM) lautete der Betrag der staatlichen Nettokreditaufnahme in den ersten zehn Monaten des Finanzjahres 1985/86 (es endet Anfang April). Für das ganze Finanzjahr liegt der Neuverschuldungsrahmen der Regierung in London bei 8 Mrd. Pfund. Selbst Pessimisten sind überzeugt, daß es der Regierung, trotz der zu erwartenden hohen Kreditaufnahme während der verbleibenden zwei Monate gelingen wird, unter diesem Ansatz zu bleiben.

KONKURSE

- Konkurs eröffnet: Bad Hersfeld: Heinrich Honstein, Bauunternehmer; Kirchheim-Coburg: Dr. med. Hans Dobroszka, Arzt; Berlin: EGTS, Elektro-Gebäude-Service-GmbH; Bielefeld: Nachl. d. Ekkard Henkenjohann; Braunschweig: Siegfried Bauer, Gastwirt; Braunschweig: Bernd Schaller, Inh. e. Glas- u. Teppichreinigungsgeschäfte; Delmenhorst: Nachl. d. Werner Böder; Ratingen: Georg Jürgens KG, Fisser; Hamburg: Sanders Institute (Deutschland) GmbH; Karlsruhe: Nachl. d. Günther Gustav Werner Willutzki; Mainz: Hans-Peter Herlitzius, Walmt; Menden: M-K-Light Leuchten-Fabrikations- und Verwaltungs-Ges. mbH; M-R-Light Leuchten-Fabrikations-

Exporte werden erleichtert

Für die Regierung kommt diese Nachricht genau zur rechten Zeit. Sie hat in den letzten Monaten mit rapide fallenden Ölpreisen und entsprechend niedrigeren Steuereinnahmen aus Nordseeöl ihren Spielraum für fiskale Geschenke dahinschmelzen sehen. Dabei sind Steuergeschenke gerade im kommenden März-Budget nach den empfindlichen Blessuren, die die Thatcher-Mannschaft mit der

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Fielmann-Optik kauft zu

Hamburg (Rel.) - Die Fielmann-Optik, größte Kette von Optiker-Fachgeschäften in der Bundesrepublik mit Sitz in Hamburg, übernimmt per 1. März den Branchen-Fünften, Optik Lühmann, ebenfalls Hamburg. Als Kaufpreis wurde „eine zweistellige Millionensumme“ genannt. Wie Jürgen Lühmann gestern in Hamburg sagte, habe er auch mit Kapitalgesellschaften verhandelt, sich dann aber doch entschlossen, zur Wahrung des mittelständischen Charakters der Branche an Günther Fielmann zu verkaufen, der in 13 Jahren mit modischen Kassenbrillen und flotter Werbung an die Spitze der Branche gelangt war. Durch die Übernahme kommen 22 Fachgeschäfte zu den schon vorhandenen 85 von Fielmann hinzu. Mit 1470 Mitarbeitern will Fielmann 1986 einen Umsatz von 225 (1985: 196) Mill. DM erreichen. Jede zehnte der voraussichtlich zwölf Millionen Brillen, die 1986 verkauft werden, soll aus einem Geschäft der Fielmann-Kette stammen.

Letters bessert Gewinn

Düsseldorf (J. G.) - Das Bielefelder Textil- und Modehausunternehmen Letters' AG hat seinen Umsatz 1985 um 7,1 (17,4) Prozent auf 256 Mill. DM erhöht. Das hinter den Erwartungen zurückgebliebene Plus erklärt der Vorstand auch mit der Aufgabe des Heimtextilgeschäftes in vier der sieben Filialen. Die Gesamtkosten seien um 7,3 Prozent gestiegen, darunter der Aufwand für die im Jahresdurchschnitt um 6 Prozent auf 1077 vermehrte „Vollbeschäftigten“ um 9,8 Prozent auf 41,2 Mill. DM. Die Investitionen wurden auf 17 (38,1) Mill. DM zurückgenommen. Bessere Rohgewinn und nur umsatzproportionaler Kostensteigerung lassen den Vorstand einen höheren Ertrag als 1984 erwarten. Damals hatte dies zur Reduzierung der Stammaktien-Dividende auf 7,50 (11) DM geführt.

Advertisement for ANT Nachrichtentechnik featuring a large stylized 'A' logo and icons for various communication technologies like Multiplextechnik, Satellitenfunk, Kabelanlagen, Automation, Richtfunk, Glasfasersysteme, Bildfernsprechen, Funkfernsprechen, Sprechanlagen, and Funkrufen. Text includes 'Technik, mit der man sich versteht.' and 'Hannover Messe '86 CeBIT - 12.-19. März Halle 6 - Stand 709'. Contact information for ANT Nachrichtentechnik GmbH is provided at the bottom.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

„Diskussion über Kartellnovelle wäre verfrüht“

hg. Stuttgart
„Politiker müssen Werte setzen und nicht immer die Professoren fragen.“ Wolfgang Karte, Präsident des Bundeskartellamts, hält nichts vom Glauben an selbständig ablaufende Mechanismen in der Marktwirtschaft.

BASF / Der Chemiekonzern peilt junge, dynamische Zielgruppe an - Nur Sportarten mit internationaler Resonanz

Lohnender Griff auf die Werbeflächen an den Pisten

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Auch Werbung ist manchmal Glückssache: Im Frühjahr 1985, als Boris Becker noch „ein vielversprechender und sympathischer junger Spieler war - aber nicht mehr“, nahm ihn die BASF für zwei Jahre unter Werbevertrag.



Skilangläuferin Marina Kiehl

Ein Neuling in den großen Sportarten

So gelang der Glücksgriff einem Unternehmen, das selbst noch ein Neuling in den großen Sportarten ist. Erst 1983, nachdem Hans Albers die Führungsspitze des Konzerns übernommen hatte, gab die BASF ihre langjährige Abstinenz in Sachen Sport auf.

„Eintagsfliegen“ sein, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. In diesem Sieb blieb zunächst der Skisport hängen. 1983 schloß die BASF mit dem Internationalen Skiverband einen Vertrag ab, der sie zum Titelsponsor des „Ski World Cup“ machte.

gänzung. Wieder wurden sie fündig: Tennis sollte es sein, und das möglichst hoch angesiedelt. Der Davis Cup war fest in japanischer Hand, so beschied man sich mit dem zweitbesten und wohl auch etwas verschlissenen Ereignis, dem einstigen King's Cup.

Titelsponsor des einstigen King's Cup

Aus ihm wurde - erstmals Anfang dieses Jahres - der „BASF European Cup“. Damit verzichteten die Veranstalter zwar auf die 50jährige Tradition des „King's“, hatten es aber sehr viel leichter, den neuen Sponsor an den Mann zu bringen.

Im Blickfeld will der Chemiekonzern auch sein, wenn es im Spätsommer 1986 um die Leichtathletik-Europameisterschaften geht. Die Werbeflächen auf den Startnummern sind schon gehucht. Doch nicht nur bei den großen Ereignissen mischt der europäische Magnetband-Marktführer mit, wenn auch hier die größte Medienresonanz zu erreichen ist.

BANKEN / Dienstleistungen gewinnen an Bedeutung

Die Versicherungen werden zu gefährlichen Konkurrenten

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die klassischen Marktsegmente im Kreditgewerbe werden aufbrechen, neue Mitbewerber, vor allem Versicherungsgesellschaften, werden traditionelle Bankprodukte und Dienstleistungen anbieten, und die Banken werden sich in neue Geschäftssparten vorwagen.

vatkundengeschäft erringen. Größere Erfolge billigt ihnen die Studie nur im Kreditkarten- und Teilzahlungsfiananzierungsgeschäft zu. Außerdem werde die Bundespost erfolgreich in neue Sparten wie das Home Banking und den Personalkredit eindringen.

Überhaupt rechnen die Befragten damit, daß Finanzdienstleistungen

Advertisement for VGZ Vermögensverwaltungsgesellschaft Zürich, featuring a logo and text about 'Börsenfavoriten 1986'.

Die Studie geht davon aus, daß die Zahl der großen nationalen Auslandsbanken weiter zunimmt und daß sich die Zahl der im traditionellen Geschäft tätigen deutschen Banken nicht wesentlich verändern wird.

GESAMTMETALL / Trotz des 116-Streits setzen die Arbeitgeber auf Gemeinsamkeit

Dringlicher Appell an das „Wir-Gefühl“

THOMAS LINKE, Bonn
Die zeitliche Überschneidung der Ereignisse ist zufällig - aber nicht unerwünscht. Als der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmittel) im letzten Herbst seine Informationskampagne „Weiter so“ plante, war die inzwischen stürmische Polemik um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungssetzes noch ein laues Lüftchen.

gnen. Die Tarifpartner seien in den vergangenen Jahren einen vernünftigen Weg gegangen, während die Lohnstückkosten von 1980 bis 1982 jährlich um 4,6 Prozent gestiegen seien, kletterten sie in den Jahren 1983 bis 1985 nur noch um rund ein Prozent, heißt es in einer Broschüre, die die Gesamtmetaller als Ergänzung zur Anzeigen- und Plakataktion mit 200 000 Auflage in den Betrieben verteilen.

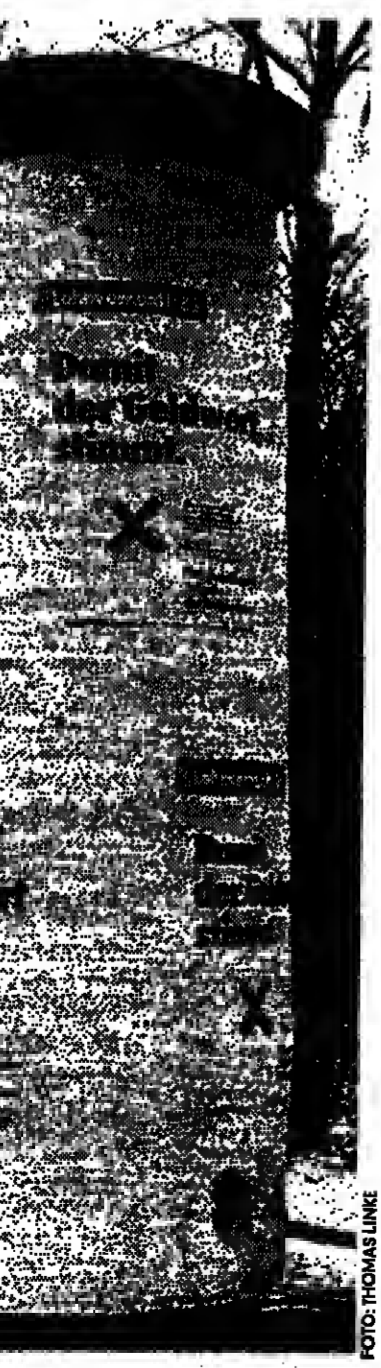


FOTO: THOMAS LINKE

dabei insbesondere durch die öffentlich-rechtlichen Medien benachteiligt werden, steht für Riek fest, doch dies sei nicht der Hauptgrund für diese Kampagne. Stimulierend habe sich ausgewirkt, daß die erste längere Informationsaktion der Gesamtmetaller anlässlich der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ein voller Erfolg geworden sei.

Um das „Weiter so“ in die Tat umzusetzen, muß nach Meinung der Metallarbeiter eine wichtige Voraussetzung erfüllt sein: „Lohnvernunft '86“. Nur so, heißt es in zwei weiteren Anzeigen- und Plakatserien, „gibt es noch mehr Arbeitsplätze“.

Die offensive Darstellung der einfachen ökonomischen Sachverhalte kommt beim Empfänger an. Das beweisen täglich bis zu 70 Briefe, die auf den Tisch von Gesamtmetall-Presseschef Werner Riek flattern. „Die meisten sind positiv und fragen, wieso wir erst jetzt so etwas bringen oder wollen von uns detailliertere Informationen“, erklärt Riek. Den größten Erfolg sieht der Presseschef aber darin, daß die Stuttgarter IG Metall in einer Veröffentlichung das Motiv der Arbeitgeber „Lohnvernunft '86“ übernommen hat, wenn auch mit einem anderen Verständnis von Lohnvernunft: „Mehr Kaufkraft“.

Einen Nachholbedarf in Sachen „Kaufkraft“ sieht Gesamtmetall-Präsident Stumpfe nicht. „Wenn man die Kosten der Tarifhöfungen und die Kosten der Arbeitszeitverkürzung addiert, dann sieht man, daß die Gesamtkosten der Tarifabschlüsse auch in den letzten beiden Jahren hoch waren.“ Daß die nächste Lohnrunde - wie in der Kampagne beschworen - in trauter Gemeinsamkeit verläuft, glaubt wohl auch Stumpfe nicht. Die Auseinandersetzung um den 116 wird seiner Meinung nach Wirkung zeigen: „Ich glaube, daß insbesondere die IG Metall ein Klima geschaffen hat, das einer rationalen und vernünftigen Verhandlung entgegensteht.“

Large advertisement for 'Der INTERNATIONALE RENTENFONDS des DIT'. It features a list of 4 advantages, a graphic of a staircase, and contact information for BHI in Berlin.

PIERBURG

Mehrheit bei der Rheinmetall

Bei der Pierburg-Gruppe, Neuss, dem bedeutenden Hersteller von Vergasern, sind die Besitzverhältnisse nunmehr neu geordnet worden. Danach hat die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, 80 Prozent des Kapitals der Pierburg-Gruppe übernommen...

ADIG INVESTMENT / Von der freundlichen Aktienmarktentwicklung profitiert - Adifonds mit bestem Ergebnis

Rentenfonds bleiben in der Gunst der Anleger

DANKWARDSEITZ, München Als einen "guten Schritt nach vorn" bewertet die Adig Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München/Frankfurt, das Ende 1985 vom EG-Ministerrat verabschiedete Richtlinien-Paket zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften für Wertpapiere...

schub." Vor allem sollten dabei folgende Punkte geändert werden: - Beseitigung der Genehmigungspflicht beim Überschreiten der Anlagegrenze von fünf Prozent; höchstens Anzeigepflicht. - Anhebung der Nennkapitalgrenze auf zehn Prozent...

ein Mittelzufluss von netto 1,25 (1,13) Mrd. DM verbucht werden. Fast ausschließlich flossen diese Gelder den Rentenfonds zu, und zwar fast unverändert 1,25 Mrd. DM. Spitzenreiter war hier wiederum der Adifonds mit 709 (509) Mill. DM...

ein Plus von 14,3 Prozent gegenüber Ende Juni 1985. Damit erhöhte sich ihr Marktanteil auf insgesamt 22,6 (22,4) Prozent. Relativ zuversichtlich beurteilt man bei der Adig noch die weitere Entwicklung an den Aktien- und Rentenmärkten...

Gesetzesnovellierung nötig

Danach wird auch die Bundesregierung gezwungen, bis spätestens zum 1. Oktober 1989 das dem Jahr 1957 stammende deutsche Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) diesen Richtlinien anzupassen...

Als „zufriedenstellend“ bezeichnete Adig-Geschäftsführer Paul Labatzki die Geschäftsentwicklung in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30,6). Insgesamt konnte für die mittlerweile zwölf Fonds - am 1. Oktober wurde der Victoriarent-Adig neu aufgelegt -

Marktanteil gewachsen

Die übrigen Fonds erzielten Zuwächse zwischen 24,8 Prozent (Adiverba) und 1,4 Prozent (Adireva). Unter dem Kursrückgang des US-Dollar hatte der Fondrent zu leiden (minus 4,5 Prozent). Alles in allem verwaltete die Adig Ende 1985 ein Fondsvermögen von 11,2 Mrd. DM -

WEIDMÜLLER / Marktführer bei Leitungsverbindern

Kapazität wird ausgebaut

Die Weidmüller-Gruppe in Detmold, Marktführer auf dem Gebiet der elektrischen und elektronischen Verbindungstechnik, hat 1985 die hohen Zuwachsraten des Vorjahres wieder erreicht. Nach Angaben des Unternehmens stieg der Gruppenumsatz um 19 (24) Prozent auf 491 (411) Mill. DM...

weitweit führende Stellung ausgebaut werden. Inzwischen hat Weidmüller in Baden-Baden die Produktion von berührungslosen Sensoren für den Einsatz in Robotern aufgenommen. Ein neuer Standort wird auch für den expandierenden Elektronik-Bereich gesucht...

Die Stammgesellschaft C. A. Weidmüller GmbH & Co. verzeichnete im Berichtsjahr ein Umsatzplus von 17 (25) Prozent auf 244 (206) Mill. DM. Der Exportanteil lag bei unverändert 52 Prozent. Die Preise stiegen im Durchschnitt um 2,8 Prozent...

Dies zusehender Beurteilung der künftigen Entwicklung schlägt sich in dem Investitionsprogramm für 1986 und 1987 nieder. Innerhalb der Gruppe will Weidmüller rund 100 Mill. DM investieren; rund die Hälfte davon entfällt auf die Stammgesellschaft. Jeweils ein Drittel der Gesamtsumme betreffen den Ausbau maschineller Kapazitäten...

DEUTSCHE BANK LUXEMBURG / Gewinnausweis

Risikovorsorge weiter hoch

Vorsicht bestimmte im Geschäftsjahr 1985 die Politik der Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourgeoise (DBLux), die mit ihrem Schwerpunkt im internationalen Kreditgeschäft ein wichtiges Konzerninstrument im Euromarkt ist. Im langfristigen Kreditgeschäft operierte die DBLux zurückhaltend und selektiv...

gleichweise zinsgünstigen Anlage von Eigenmitteln in dem auf 1,9 Mrd. DM fast verdreifachten Wertpapierbestand und einer deutlichen Senkung der Geldbeschaffungskosten. Die mit der Beschaffung langfristiger Mittel einhergehend. Für dieses Jahr rechnet die Bank mit einer weiteren Zunahme der Betriebsergebnisse...

NAMEN

Dr. Günter Neufang, 1. Vorsitzender des Verbandes der Druckindustrie Westfalen-Lippe e. V. in Dortmund und Geschäftsführender Gesellschafter der Bürsche Druckerei Dr. Neufang KG, Gelsenkirchen-Buer, wird am 25. Februar 60 Jahre. Carl Schmit, geschäftsführender Gesellschafter der Hamburger Außenhandelsfirma Siemens & Co. (GmbH & Co.) vollendet am 26. Februar 1986 das 65. Lebensjahr.

LANDIS & GYR / Nur magerer Jahresüberschuss

Die Flaute überwunden

Nach einem etwas weniger flotten Geschäftsjahr 1984/85 (30,9) will die Landis & Gyr GmbH, Frankfurt, Tochtergesellschaft des gleichnamigen Schweizer Konzerns, in diesem Jahr wieder Fahrt aufnehmen. Mit einem Umsatzwachstum um sieben Prozent hätten die ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres den Zielsetzungen bereits entsprochen, berichtet Geschäftsführer Albert Grub. Im vergangenen Jahr ist das Maß- und Regeltechnik-Unternehmen in den Sog sowohl der Baufaute als auch der Zurückhaltung der Elektrizitätsversorger - Anteil an der Gesamtleistung: 25 Prozent - bei Investitionen in Projekte der Energieverteilung und -überwachung geraten. Die Folge: Der Umsatz stieg nur noch um gut ein Prozent auf 277 (273) Mill. DM. Der Auftragseingang nahm dabei allerdings schon um sechs Prozent auf 278 Mill. DM zu.

Zusätzliche Kosten für die Vorinvestitionen in neue Produktions- und den Abbau der Vertriebsorganisation sorgten dafür, daß der ohnehin magerer Jahresüberschuss noch einmal auf 0,1 (0,3) Mill. DM zurückging. Dabei wurden allerdings Pensionsrückstellungen von 5,4 (6,1) Mill. DM gebildet, also einiges für die innere Stärkung getan. Die Investitionen blieben mit 11 (9) Mill. DM unter den Plänen von 13 Mill. DM. Mit ihren Zuwachsraten blieb die deutsche Dependence deutlich hinter der Konzernentwicklung zurück. Die Gesamtgruppe steigerte ihre Umsätze 1984/85 um 19 Prozent auf 1,58 (1,33) Mrd. Schweizer Franken, die Auftragseingänge um elf Prozent auf 1,6 (1,44) Mrd. Schweizer Franken. Dabei wuchsen die Erträge sogar überproportional um 25 Prozent auf 75 (61) Mill. Schweizer Franken. Etwa zwei Prozentpunkte des Konzernwachstums stammten freilich aus dem Erwerb der britischen Aeronautic General Instruments, mit der Schweizer ihre Aktivitäten in der Kommunikationstechnik verstärkt haben. Die Gruppe beschäftigte zum Jahresende 1984/85 weltweit 16 050 (15 180) Mitarbeiter, davon gut 400 bei der neuen englischen Tochtergesellschaft.

Abschied aus der EG-Markordnung?

Die württembergische Weinwirtschaft soll sich nach dem Willen der Weinärtnergenossenschaften, die fast 90 Prozent der Erzeugung in diesem Landesteil erfassen, aus der EG-Weinmarktordnung „verabschieden“. Wie Präsident Reinhold Kilting in Stuttgart mitteilte, wollten die Weinärtnergenossenschaften selbst dafür sorgen, daß Produktion und Verkauf aufeinander abgestimmt werden. Das würde bedeuten, daß freiwillig auf begünstigende Maßnahmen der EG auf Dauer verzichtet wird. Dafür wolle man aber auch von allen europäischen Zwangsmaßnahmen, beispielsweise der obligatorischen Destillation von Tafelwein oder staatlichen Vorschriften über Erträge und Verkaufsmengen, frei bleiben. Gerade in Württemberg, mit einem Anteil von nur 0,1 Prozent an der EG-Reiffläche, sei es am ehesten denkbar, mit einer regionalbezogenen Agrarpolitik anzusetzen. Die 95 württembergischen Weinärtnergenossenschaften haben im vergangenen Jahr 26,8 Mill. Liter Wein, das sind 88,6 Prozent der gesamten Erzeugung in Württemberg, in die Keller gebracht. Dies ist - infolge Frostschäden - lediglich ein starkes Viertel eines Normaljahrgangs. Verkauf wurden 87 Mill. Liter Wein, das ist 0,1 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1984.

SACHLEBEN / 125-Millionen-DM-Gemeinschaftsinvestition löst das Dünnhäute-Problem

Freiraum für weiteres Wachstum gewonnen

Ertragsstark und wachstumsstrahlig nennt die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, unter ihren fünf Konzerngesellschaften zum den Chemiebereich. Er lasse für die drei hier konsolidierten Konzerntüchter 1985/86 (30,9) einen Umsatz von 1,3 Mrd. DM mit 4100 Beschäftigten erwarten, dazu noch 200 Mill. DM mit 350 Leuten bei sonstigen Beteiligungen. Anlaß solchen Konzernkommentars: Die seit gut einem Jahrhundert am Niederrhein verwurzelte Konzerntochter Sachtleben Chemie GmbH, Duisburg, in 1984/85 mit 450 Mill. DM Umsatz und 1480 Beschäftigten am Chemiegeschäft des Konzerns beteiligt, schafft sich - durch eine mit der Konkurrenz beschlossene Umweltschutz-Investition für ihr wichtigstes Produktfeld - die Fessel der „Rückstandsverwertung“ vom Hals. Die Hälfte des Sachtleben-Umsatzes stammt aus der Produktion des in der Farben- und Lackindustrie eingesetzten Weißpigments Titandioxid. Für den Produktionsrückstand „Dünnsäure“ (ein Gemisch aus Wasser, Schwefelsäure und schwefelsauren Metallsalzen) muss laut Bonner Auflage die jahrzehntlang übliche „Verklappung“ in der Nordsee ab 1990 aufhören. Einer der großen Niederrhein-Konkurrenten von Sachtlebens Weißpigmenten (Bayer-Uerdlingen) hat sich bereits mit teurem neuen Entsorgungsverfahren aus dem Ins-Meer-Kippen zurückgezogen. Mit einem von Konzernschwestern Lurgi entwickelten Verfahrensweg will auch Sachtleben durch eine 125-Mill.-DM-Investition künftig die Meer-Verklappung durch eine Rückgewinnungsanlage (nebst Kohlenkraftwerk) ersetzen. Zwei Vorteile des Projekts: Erstens habe man den vom gleichen Problem geplagten Konkurrenten Kronos Ti-

tan-GmbH, Leverkusen (National Lead Konzern/USA) zum 30-Prozent-Partner dieser „gigantischen Umweltschutz-Investition“ gewonnen. Zweitens bringe diese Investition den (Entsorgungs-)Freiraum, um auf weltweit in Blüte stehendem Titandioxid-Markt (2,5 Mill. Jahrestonnen mit knapp drei Prozent Sachtleben-Anteil) nun die eigene Kapazität um ein Viertel aufzustocken. Ein Handicap bleibt eine solche Umweltschutz-Investition, die beim Dreifachen der üblichen Sachtleben-Jahresinvestitionen liegt, solange die gesamte Konkurrenz wenigstens in Europa nicht mittelt. Auch beim Umweltschutz müsse die „vielberufen europäische Harmonisierung unter den Titandioxid-Herstellern“ Realität werden, mahnt Sachtleben. Notfalls wünscht man die bei den Deutschen so wirkungslosen „Greenpeace“-Protestler nun der noch lästigen Konkurrenz auf den Hals.

Angebot zum Bezug der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1986 und der 6 1/2 % Optionsanleihe von 1986/1996

Wertpapier-Kenn-Nummern: 804 610, 804 611, 804 615, 804 617, 804 619, 471 582, 472 005, 473 620 und 473 622

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, von der ihm durch Hauptversammlungsbeschluß vom 10. Mai 1985 erteilten Ermächtigung (genehmigtes Kapital) teilweise Gebrauch zu machen und das Grundkapital um DM 100 000 000,- auf DM 123 796 350,- durch Ausgabe von Stück 2 000 000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,- mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 zu erhöhen. Die neuen Aktien sind zum Ausgabepreis von DM 330,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- von der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München, mit der Verpflichtung gezeichnet worden, den Aktionären und - insoweit unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre - den Inhabern von Optionsanleihen aus der 4% DM Optionsanleihe von 1983/1990, der US-S Floating Rate Optionsanleihe von 1983/1993, der 8% DM Optionsanleihe von 1984/1992 und der US-S Floating Rate Optionsanleihe von 1984/1992 der Dresdner Finance B.V., Amsterdam, neue Aktien im Verhältnis 14:1 zu den Ausgabebedingungen zum Bezug anzubieten. Der zum Bezug nicht benötigte Spitzenbetrag wird nach Weisung des Vorstandes verwertet. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Der Vorstand hat ferner beschlossen, von der ihm durch Hauptversammlungsbeschluß vom 10. Mai 1985 erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und eine 6 1/2 % Optionsanleihe im Betrag von DM 400 000 000,- auszugeben. Die Optionschuldverschreibungen werden den Aktionären und den Inhabern von Optionsanleihen aus den vorgenannten Optionsanleihen der Dresdner Finance B.V. im Verhältnis 17:5 zum Ausgabepreis von 130% zum Bezug angeboten. Der bei dem Bezugsverhältnis 17:5 verbleibende Spitzenbetrag wird nach Weisung des Vorstandes verwertet. Die Optionsanleihe hat folgende Ausstattung:

- Emissionsbetrag: DM 400 000 000,-
Stückelung: Die Anleihe ist eingeteilt in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von je DM 1000,-
Verzinsung: Die Teilschuldverschreibungen werden vom 18. März 1986 an mit 6 1/2 % jährlich verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am 18. März eines jeden Jahres, erstmals am 18. März 1987, zur Zahlung fällig.
Laufzeit: Die Laufzeit der Anleihe beträgt längstens 10 Jahre.
Ausgabepreis: Der Ausgabepreis für die Teilschuldverschreibungen beträgt 130%.
Rückzahlung am Ende der Laufzeit: Die Teilschuldverschreibungen werden spätestens am 18. März 1996 zur Rückzahlung zum Nennbetrag fällig.
Optionsansprüche: Jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 1000,- sind zwei Inhaber-Optionsansprüche mit der Berechtigung zum Bezug von einer und von vier Inhaberaktien, also insgesamt fünf Inhaberaktien der Dresdner Bank AG im Nennbetrag von je DM 50,- beigefügt. Die Optionsansprüche können ab dem 18. April 1986 von den Teilschuldverschreibungen abgedeckt und übertragen werden.
Optionspreis: Der Optionspreis je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- beträgt DM 380,-.
Optionsrecht: Die Inhaber der Optionsansprüche sind berechtigt, die auf den Optionsanschein angegebene Anzahl von Inhaberaktien zum Optionspreis von DM 380,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- zu beziehen. Aktien, die aufgrund des Optionsrechtes erworben werden, sind für das Geschäftsjahr dividendenberechtigt, in dem die Optionsanleihe wirksam wird.
Optionsfrist: Das Optionsrecht kann vom 18. April 1986 bis zum 18. März 1996 ausgeübt werden mit Ausnahme bestimmter in § 2 der Optionsbedingungen näher genannter Zeiträume.
Verwässerungsschutz: Sofern die Dresdner Bank AG bis zum 18. März 1996 unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechtes an ihre Aktionäre ihr Grundkapital erhöht oder Schuldverschreibungen oder Genußrechte mit Wandel- oder Optionsrechten auf Aktien begibt, wird gemäß § 7 der Optionsbedingungen entweder der Optionspreis ermäßigt oder den Inhabern der Optionsansprüche ein Bezugsrecht eingeräumt.
Bedingtes Kapital: Zur Sicherung des Optionsrechtes besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von DM 100 000 000,-.
Wertpapier-Kenn-Nr.: Teilschuldverschreibungen mit Optionsanschein: 390 998
Teilschuldverschreibungen ohne Optionsanschein: 390 999
Optionsanschein: 804 620

Wir bitten unsere Aktionäre sowie die Inhaber von Optionsanschein aus den vorgenannten Optionsanleihen der Dresdner Finance B.V., Amsterdam, ihre Bezugsrechte auf die neuen Aktien und die Optionschuldverschreibungen zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 3. bis 17. März 1986 einschließlich bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schaltstunden auszuüben.

Bezugsstellen sind in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West): Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main, mit sämtlichen Niederlassungen Bank für Handel und Industrie AG, Berlin

- Bayrische Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München
Bayerische Vereinsbank AG, München
Berliner Bank AG, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt am Main - Berlin
Bankhaus Reuschel & Co., München
Vereins- und Westbank AG, Hamburg
in Belgien: Banque Bruxelles Lambert S.A., Brüssel
in Frankreich: Banque Nationale de Paris, Paris
Banque Paribas, Paris
Banque Paribas, Lyon und Paris
in Großbritannien: Barclays Bank PLC, London
Dresdner Bank AG London Branch, London
in Italien: Banca Nazionale del Lavoro, Rom
Dresdner Bank AG Sede di Milano, Mailand
in Luxemburg: Banque Internationale à Luxembourg S.A., Luxemburg
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG - Dresdner Bank International, - Luxemburg
in den Niederlanden: Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam
in Österreich: Österreichische Länderbank AG, Wien
in der Schweiz: Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Volksbank Bern
Dresdner Bank (Schweiz) AG, Zürich
in Spanien: Dresdner Bank AG Sucursal de Madrid, Madrid und Barcelona

Als Bezugsrecht ausweis für die neuen Aktien dient der Gewinnanteilschein Nr. 45 der Aktien sowie der Legitimationsschein A zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen. Gegen Einreichung dieses Gewinnanteilscheins oder dieses Legitimationsscheins kann entsprechend dem Bezugsverhältnis 14:1 auf je 14 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionsanleihe, die zum Bezug von 14 Aktien zu je DM 50,- berechtigen, eine neue Aktie über DM 50,- zum Ausgabepreis von DM 330,- börsennotensatzfrei bezogen werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabepreis für die neuen Aktien ist bei der Bezugsanmeldung, spätestens jedoch am letzten Tag der Bezugsfrist zu zahlen.

Die neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nr. 804 611) werden den Aktionären aufgrund einer bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegten Globalurkunde im Giroverkehr zur Verfügung gestellt. Ein Ausdrück von neuen Aktienurkunden ist zur Zeit nicht vorgesehen. Es werden auf Anforderung hin nach der am 16. Mai 1986 stattfindenden Hauptversammlung - nach Zahlung der Dividends für das Geschäftsjahr 1985 auf Gewinnanteilschein Nr. 47 - alte Aktienurkunden mit Gewinnanteilschein Nr. 48 bis 50 und Erneuerungschein zur Verfügung gestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die Ausübung des Bezugsrechtes auf die Optionschuldverschreibungen erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 88 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionsanleihe, die zum Bezug von 88 Aktien zu je DM 50,- berechtigen, kann eine Optionschuldverschreibung zu DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotensatzfrei bezogen werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabepreis für die Optionschuldverschreibungen ist am 17. März 1986 ohne Verrechnung von Stückzinsen zu zahlen.

Die Optionschuldverschreibungen mit Optionsanschein (Wertpapier-Kenn-Nr. 390 998) werden bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in Globalurkunden vertrieben, die bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegt wurden. Ansprüche auf Auslieferung können erst nach Ausdruck der Einzelurkunden geltend gemacht werden; der Stückdruck ist eingeleitet. Die Bezugsrechte erhalten zunächst Gutschrift auf Giroammeldepotkonto. Die Bezugsrechte sowohl auf die neuen Aktien als auch auf die Optionschuldverschreibungen werden jeweils vom 3. bis 13. März 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart gesondert gehandelt und amtlich notiert werden. Die Bezugsrechte sind berechtigt, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom 3. März 1986 an werden die Aktien, die Teilschuldverschreibungen der vorgenannten Optionsanleihen mit Optionsanschein (Anleihen „cum“) und die Optionsanschein „ex Bezugsrecht“ gehandelt und amtlich notiert.

Für den Bezug wird die bankübliche Provision berechnet, es sei denn, daß die Bezugsrechte unter Einreichung der Bezugsrechteausweise durch den Bezugsnehmer während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt werden und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist. Die Zulassung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung, der 6 1/2 % Optionschuldverschreibungen, der Optionsanschein und der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart ist beantragt. An den Wertpapierbörsen in Amsterdam, Antwerpen, Basel, Brüssel, Genf, Luxemburg, Paris, Tokio, Wien und Zürich erfolgt die Börseneinführung der Aktien aus der Kapitalerhöhung und aus dem bedingten Kapital nach den jeweiligen örtlichen Usancen.

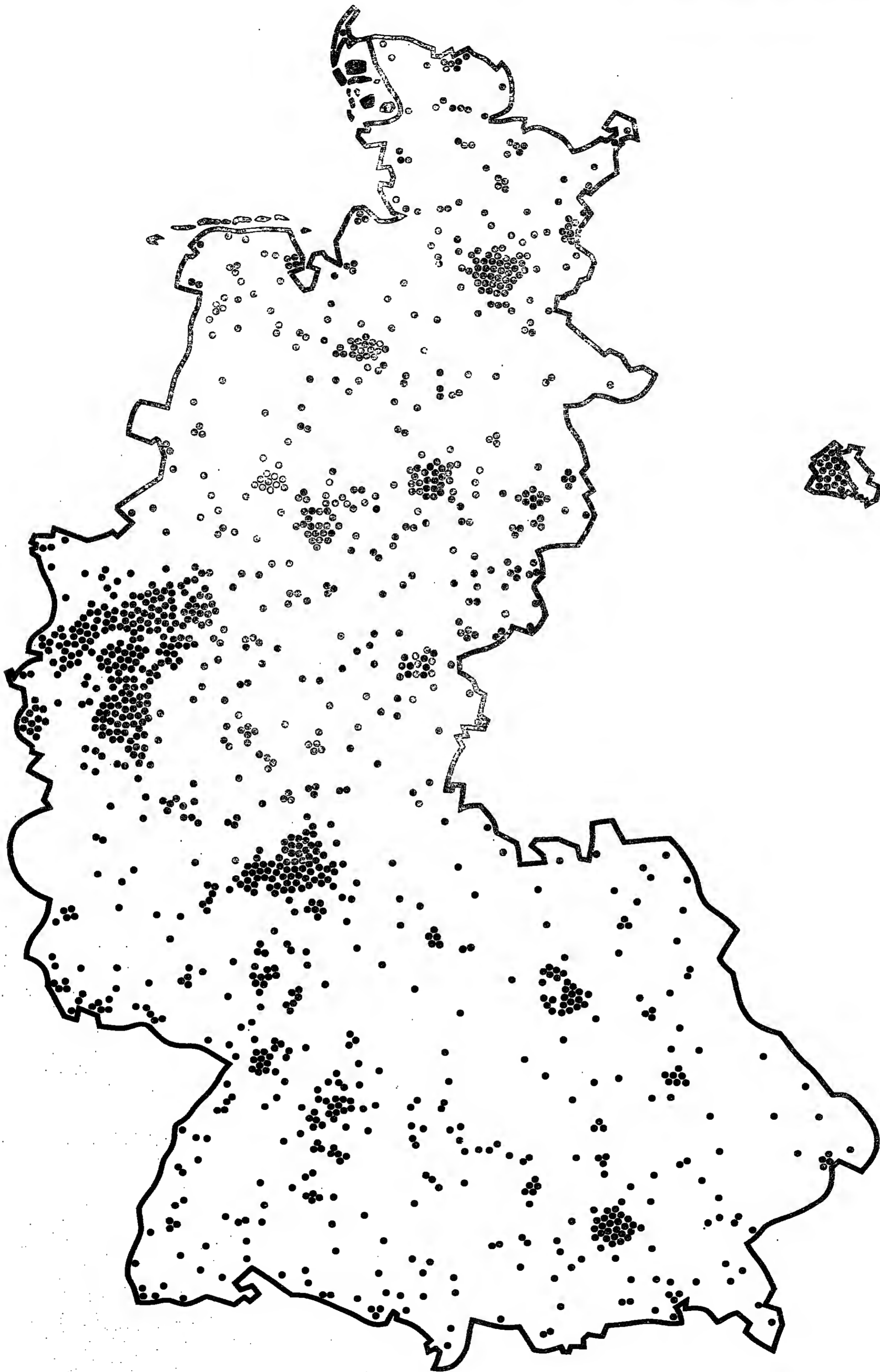
Frankfurt am Main, im Februar 1986
Dresdner Bank
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Dresdner Bank

Handwritten signature and date: 25.2.1986

150

Die Gründe für Bleifrei sind naheliegend. Aral auch.
Aral bleifrei schon über 1.500mal in Deutschland.



Ihr Autopartner mit dem größten Bleifrei-Netz und 30 Jahren Bleifrei-Erfahrung.

Bleifrei-Verzeichnis an Aral-Tankstellen und über Btx • 24444 •



igton
e
n
achts
naßli
r
r
näch
n - Vor
er für
ur
e a in
r - Ver
i
vofür
3
h Orga
t - m Ju
n israe
i - ent
ihung
unge
s der
- Israel

USA
ruch
al
dichts
s - recht
te i Jah
m augen
e - t, der
rt mern
santla
r - M2 in
r - l - raten
eten.
s el ie* in
seher
wo er
weiter
r die
e gkeit
ijt wie
ht in
e - l - bei
zialli
iegen
ch USA
er - aus:
an raun
18 repu
n - bruar
te roati
tuco
id an

Je
i daily
g rption
er on
le - Publi
wood
m - s poid
el mol
id chen
Publi
Engle

ch
In
er
er
n - s -
te - be
so oft
tet xst
auf ch
ze - ter
er - ur -
er - to -
ch so -
te - te -
ip

Chemiewerte und AEG befestigt

Die Anleger wählten bei ihren Käufen sorgfältig aus. DW - Selektive Anlagengüter bestimmen den Montagebörsen die Tendenz an den deutschen Aktienmärkten.

Am Chemiekurs wurden die Notierungen in der Spitze bis um etwa 5 DM heraufgesetzt. Zu den Favoriten zählten sich Daimler-Benz stabil. Ansetzer für stärkere Auswertungen bei VW wurden immer wieder kurz abgeben.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for location (Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München, Aktien-Umsätze) and various stock tickers with their respective prices and trading volumes.

WELT-Aktienkurs: 276,98 (277,56) WELT-Umsatz: 5344 (5725) Advance-decline: 118 (125)

Table titled 'Inland' listing domestic stock prices for various companies like BASF, Bayer, and Siemens.

Freiverkehr

Table listing 'Freiverkehr' (free trading) prices for various companies.

Ungeregelt Freiverkehr

Table listing 'Ungeregelt Freiverkehr' (irregular free trading) prices for various companies.

Ungeregelt Freiverkehr (continued)

Table listing 'Ungeregelt Freiverkehr' (continued) prices for various companies.

Unnotierte Werte

Table listing 'Unnotierte Werte' (unquoted values) for various companies.

Anschlag in DM

Table listing 'Anschlag in DM' (prices in DM) for various companies.

Paris

Table listing 'Paris' market prices for various companies.

Johnsbrown

Table listing 'Johnsbrown' market prices for various companies.

London

Table listing 'London' market prices for various companies.

Luxemburg

Table listing 'Luxemburg' market prices for various companies.

New York

Table listing 'New York' market prices for various companies.

Madrid

Table listing 'Madrid' market prices for various companies.

Mallorca

Table listing 'Mallorca' market prices for various companies.

Optionshandel

Table listing 'Optionshandel' (options trading) prices for various companies.

Oslo

Table listing 'Oslo' market prices for various companies.

Singapur

Table listing 'Singapur' market prices for various companies.

Brüssel

Table listing 'Brüssel' market prices for various companies.

Hongkong

Table listing 'Hongkong' market prices for various companies.

Sydney

Table listing 'Sydney' market prices for various companies.

Tokio

Table listing 'Tokio' market prices for various companies.

Inlandszertifikate

Table listing 'Inlandszertifikate' (domestic certificates) prices.

Auslandszertifikate

Table listing 'Auslandszertifikate' (foreign certificates) prices.

Wien

Table listing 'Wien' market prices for various companies.

Zürich

Table listing 'Zürich' market prices for various companies.

WELT-Aktien-Indices

Table listing 'WELT-Aktien-Indices' (world stock indices) values.

Devisenmärkte

Table listing 'Devisenmärkte' (foreign exchange markets) data.

Kursgewinner (Frankfurt)

Table listing 'Kursgewinner (Frankfurt)' (top gainers) data.

Devisenmärkte (continued)

Table listing 'Devisenmärkte' (continued) data.

Kursverlierer (Frankfurt)

Table listing 'Kursverlierer (Frankfurt)' (top losers) data.

Junge Aktien

Table listing 'Junge Aktien' (young stocks) prices.

WELT-Aktien-Indices (continued)

Table listing 'WELT-Aktien-Indices' (continued) values.

Devisenmärkte (continued)

Table listing 'Devisenmärkte' (continued) data.

Handwritten note: 10/11/85

Table of interest rates for various German government bonds (Bundesanleihen), including 5-year, 7-year, and 10-year terms, with columns for yield and price.

Öffentliche Anleihen sehr fest

Am Rentenmarkt setzte sich die freundliche bis feste Tendenz der Montagsbörsen fort. Öffentliche Anleihen wurden bei lebhaften Umsätzen in der Spitze bis um 1 DM heraufgesetzt.

Table of interest rates for industrial bonds (Industrieanleihen) from various companies like BASF, Bayer, and Siemens.

Währungsanleihen

Table of exchange rate bonds (Währungsanleihen) for various currencies.

Wandelanleihen

Table of convertible bonds (Wandelanleihen) from various issuers.

DM-Auslandsanleihen

Table of German-denominated foreign bonds (DM-Auslandsanleihen) from international issuers.

Table of interest rates for various international bonds and securities, including US Treasury notes and European government bonds.

Düsseldorf DM-Auslandsanleihen

Table of German-denominated foreign bonds (DM-Auslandsanleihen) specifically for Düsseldorf.

Warenpreise - Termine

Fester Schlosser am Freitag die Gold-, Silber- und Kaffeeenergien am Terminmarkt der New York Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt.

Table of commodity prices and futures contracts for various goods like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table of prices for wool, fibers, and rubber (Wolle, Fasern, Kautschuk).

NE-Metalle

Table of prices for non-ferrous metals (NE-Metalle) like aluminum and zinc.

Deutsche Alu-Gießlegierungen

Table of prices for German aluminum casting alloys (Deutsche Alu-Gießlegierungen).

Edelmetalle

Table of prices for precious metals (Edelmetalle) like gold and silver.

Internationale Edelmetalle

Table of international prices for precious metals (Internationale Edelmetalle).

KUPFER (Lb)

Table of copper prices (KUPFER) in London and other markets.

Londoner Metallbörsen

Table of prices from the London metal exchange (Londoner Metallbörsen).

Deutsche Alu-Gießlegierungen

Table of prices for German aluminum casting alloys (Deutsche Alu-Gießlegierungen).

Edelmetalle

Table of prices for precious metals (Edelmetalle).

Internationale Edelmetalle

Table of international prices for precious metals (Internationale Edelmetalle).

New Yorker Metallbörsen

Table of prices from the New York metal exchange (New Yorker Metallbörsen).

Devisen- und Goldmarktzettel

Leicht rückläufige US-Dollar-Deposits (lfdn am 24.2.) vor leichtem Dollar-Terminrückgang per DM.

Goldmarktzettel

Geldmarktzettel im Handel unter Banknot 24.2.: Tagesnot 4,4-4,55 Prozent; Monatsnot 4,20-4,30 Prozent; Dreimonatsnot 4,10-4,20 Prozent; FikDR 5,50 Prozent, 4 Mon. 4,55 Prozent.

Euro-Geldmarktzettel

Handels- und Hypothekendarlehen im Handel unter Banknoten am 24.2.: 1 Monat US-Dollar 4,4-4,55 Prozent; 3 Monate 4,4-4,55 Prozent; 6 Monate 4,4-4,55 Prozent.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24.2. folgende Goldmarktzettel genannt (in DM):

Deutscher Devisenmarkt

20 US-Dollar 110,00; 100 US-Dollar 540,00; 1000 US-Dollar 5400,00.

Deutscher Devisenmarkt

20 US-Dollar 110,00; 100 US-Dollar 540,00; 1000 US-Dollar 5400,00.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional page indicator.

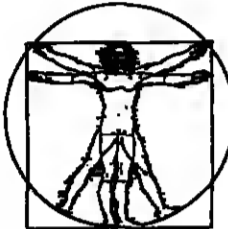
NOTIZEN

Giotto kehrt zurück

Paris (rt) - Die von Europa zur Beobachtung des Kometen „Halley“ entsandte Sonde „Giotto“ hat nach Auskunft der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA) beste Chancen für eine heile Rückkehr nach der für den 18. März erwarteten Begegnung mit dem Kometen. Wie die ESA gestern mitteilte, haben Tests am 11. und 13. Februar das einwandfreie Funktionieren der Sonde bestätigt, die als einzige von fünf weiteren bis auf 500 Kilometer an den Eiskern des Kometen herankommen soll.

Pseudo-Krupp

Köln (dpa) - Das Gesundheitsamt der Stadt Köln will jetzt in Massenuntersuchungen an sechs-jährigen Kölner Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudokrapp und chronischer



Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umweltbelastungen besteht. Wie der Kölner Gesundheitsdezernent Lothar Ruschmeier am Montag berichtete, können Eltern von Schulanfängern von Anfang März an bei den üblichen Einschulungsuntersuchungen zusätzlich und freiwillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Wieder mehr Seehunde

Hamburg (dpa) - Der Bestand an Seehunden in der Deutschen Bucht und den Mündungsgebieten von Elbe und Weser hat erfreulicherweise wieder zugenommen. Dort leben heute etwa 5000 Tiere. Wenn künftig Teile des „Nationalparks Wattenmeer“ für die Öffentlichkeit gesperrt werden, dürfte sich dies zusätzlich günstig für die weitere Vermehrung dieser bedrohten Tiere auswirken, die für die Aufzucht ihrer Jungen vor allem Ruhe brauchen.

Die Ergebnisse des Vorbeiflugs von „Voyager 2“ am Uranus, bei dem sich die Sonde am 24. Januar dem Planeten bis auf 81 000 Kilometer näherte, haben die Astronomen in Aufregung versetzt. Die

Fotos und Messungen enthüllen nicht nur die ungewöhnlichen Eigenschaften des Uranus und seiner fünf bisher bekannten Monde, sondern zeigen auch zwei neue Ringe und zehn weitere Monde.

Zwei „Schäfermonde“ hüten eine gut erzogene Herde von Ringen

dpa/DW, Pasadena Die Wissenschaftler im Jet Propulsion Laboratorium in Pasadena (Kalifornien) haben jetzt ein erstes Fazit der verblüffenden Funde über den Planeten Uranus gezogen. Während die Raumsonde „Voyager 2“ bereits zum Neptun weiterfliegt, den sie am 24. August 1989 - zwölf Jahre nach ihrem Start von der Erde - erreichen wird, haben die Forscher alle Hände voll zu tun, die große Menge der gewonnenen Daten auszuwerten.

Obwohl viele von den früheren Erkenntnissen an diesem Planeten bestätigt wurden, fanden die Forscher eine Unzahl von Eigenheiten und neuen Rätseln. Die Ergebnisse deuten auf einen heißen, elektrisch geladenen Ozean unter einer Gaswolke aus Wasserstoff und Helium mit Tiefsttemperaturen von minus 180 Grad Celsius hin. In den über die Oberfläche jagenden orangefarbenen Wolken wurden Windgeschwindigkeiten bis zu 320 Stundenkilometern registriert.

Eine Besonderheit von Uranus ist die starke Neigung seiner Rotationsachse gegen die Ebene der Umlaufbahn, sie beträgt fast 100 Grad. Im Gegensatz zu den anderen Planeten (mit Ausnahme des Pluto) rollt Uranus also mit der Rotationsachse praktisch auf seiner Umlaufbahn. Im Abstand von ca. 42 Jahren (der Hälfte der Umlaufzeit) zeigt daher jeweils einer seiner Pole für kurze Zeit genau in Richtung Sonne.

Aus ungeklärten Gründen ist die obere Atmosphäre über dem der Sonne abgewandten Pol etwas wärmer als über dem Gegenpol, der in den vergangenen Jahren in Sonnenlicht getaucht war. Kurios ist auch ein „kälterer Krater“ um den Planeten, der in etwa 20 bis 40 Grad Breite vom Äquator verläuft. Eine unbekannte heiße Quelle als Wärmespeicher nur für bestimmte Zonen könnte nach Annahme der Forscher die Ursache sein. Überraschend war nicht zuletzt das bei Uranus gefundene Magnetfeld mit einer 55-Grad-Neigung zur Rotationsachse. Es wird möglicherweise durch einen Dynamoeffekt von

den Trägern elektrischer Ladung im erwärmten Ozean oder von einem rotierenden heißen Kern im Innern erzeugt. Der Planet dreht sich offenbar in 16,8 Stunden einmal um sich selbst. Mit der gleichen Geschwindigkeit rotiert auch das Magnetfeld. Dieses bewegt zugleich die elektrisch geladenen Staubteilchen in dem Ringsystem.

Zwei Monde umrahmen den äußersten Ring

Zusätzlich zu den bisher bekannten neun Ringen entdeckte Voyager jetzt zwei weitere (siehe Kasten). Die Bilder zeigen zudem, daß der Raum zwischen ihnen mit Staub gefüllt ist, der - bei sehr genauer Betrachtung - wiederum ringförmige Strukturen bildet. Eine Sensation ist die Entdeckung von zwei kleinen Monden, die den äußersten Ring (Epsilon) einrahmen (Foto unten). Sie besitzen einen Durchmesser von 30 bzw. 40 Kilometern und sind von der Erde aus unsichtbar. Ihre Existenz war aber auf

Grund theoretischer Berechnungen schon 1977 vorausgesagt worden. Ob diese sogenannten „Schäfermonde“ könnten die Ringe gar nicht stabil sein: Die Milliarden von Felsbrocken, aus denen sie sich zusammensetzen, kollidieren nämlich ständig miteinander. Dies muß über kurz oder lang dazu führen, daß das Ringmaterial sich über eine große Fläche verstreut. Die Gravitation der beiden Monde zwingt die Partikel aber in einen engen Ring, der - im Fall von Epsilon - nur etwa 36 Kilometer breit ist und einen scharfen Rand besitzt. Die genauen physikalischen Abläufe kennt man bislang noch nicht, man erhofft sich aber an Hand der Voyager-Messungen eine endgültige Aufklärung. Auch die anderen Ringe des Uranus müssen von solchen Monden begleitet sein, doch sind sie offenbar so klein, daß sie auch auf den Bildern von Voyager (noch) nicht entdeckt werden konnten.

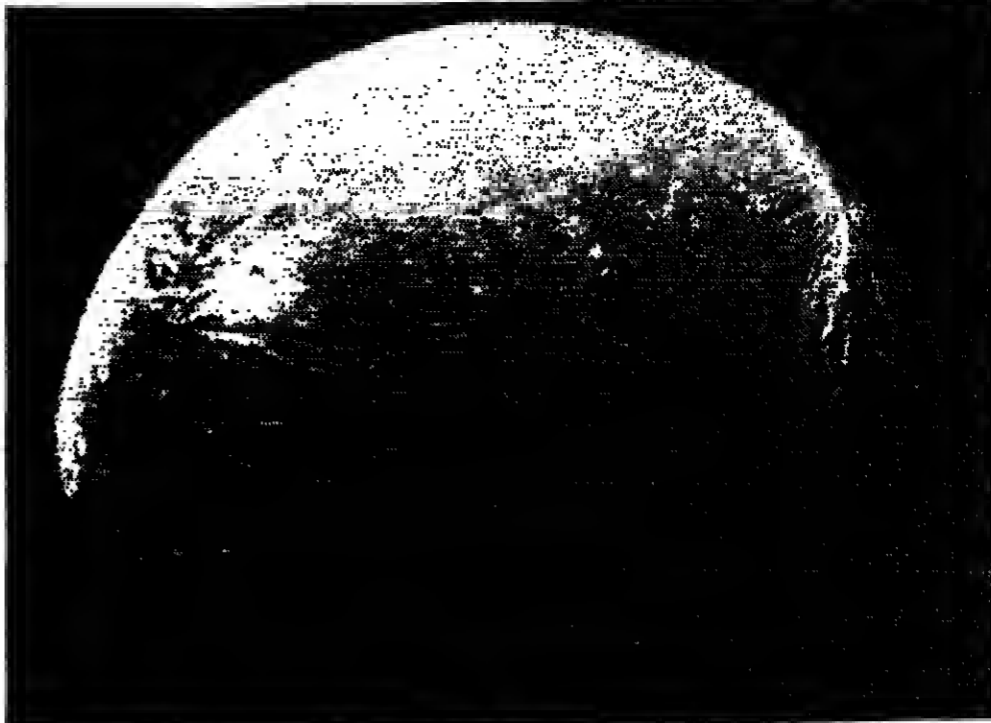
Im Gegensatz zu den Ringen des Saturn, in denen kleine Teilchen (Größen von einem Zentimeter bis zu einem Meter) vorherrschen, bestehen



Die Gravitation der zwei Monde (Kreise) zwingt die Ringpartikel in ihre enge Bahn. FOTO: NASA/JPL

Monde und Ringe

Oberon: Durchmesser: 1630 km, Abstand von Uranus: 586 000 km, entdeckt: 1787
Titania: 1600 km, 438 000 km, 1787
Umbriel: 1110 km, 267 000 km, 1801
Ariel: 1330 km, 192 000 km, 1851
Miranda: 400 km, 130 000 km, 1948
8 kleine Monde: entdeckt von „Voyager 2“
Mond 1986U8: Äußerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring Epsilon: ca. 36 km, 55 000 km, 1977
Mond 1986U7: Innerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring 10: entdeckt von „Voyager 2“
Ringe Delta, Gamma, Eta, Beta, Alpha, 4, 5, 6, 7 km Durchmesser, entdeckt 1977
Ring 11: entdeckt von „Voyager 2“



Dieses Bild des Mondes Ariel zeigt eine zerklüftete Oberfläche mit zahlreichen Kratern, die etwa fünf bis zehn Kilometer Durchmesser besitzen, sowie ein Muster aus Gräben und Falten. Das Bild ist aus vier Aufnahmen zusammengesetzt, die Voyager am 24. Januar aus einer Entfernung von 130 000 Kilometern aufgenommen hat. FOTO: APF

die von Uranus aus relativ großen Brocken. Der Grund dafür liegt möglicherweise in der Konsistenz dieser Partikel. Man vermutet, daß sie aus einem Methan-Polymer bestehen. Kleine Partikel könnten somit bei Kollisionen leicht mit größeren „verkleben“ und damit auf Dauer ganz verschwinden. Für die Entstehung des Polymers wird ein Strahlungsgürtel verantwortlich gemacht, den Voyager entdeckt hat und der offenbar durch das intensive Magnetfeld des Planeten geformt wird. Das ungewöhnliche Material der Partikel soll auch für das dunkle Erscheinungsbild der Uranus-Ringe verantwortlich sein, das sich deutlich von den hellen Ringen des Saturn unterscheidet.

Zwischen dem Epsilon-Ring und dem Mond Miranda, der bislang für den innersten Satelliten gehalten wurde, entdeckte Voyager acht weitere kleine Monde, die ebenfalls sehr dunkel sind. Über ihre Eigenschaften ist aber bisher kaum etwas bekannt geworden. Die Bilder von den fünf äußeren großen Monden enthüllen, daß diese zu den ungewöhnlichsten Mitgliedern der „planetaren Gesellschaft“ gezählt werden können. Der Mond Miranda etwa vereint nach Ansicht des Voyager-Geologen Dr. Laurence Soderblom fast alle bizarren Erscheinungen unseres Sonnensystems auf sich.

Miranda hat die Form einer „müßigen“ Kugel mit einer Ausbeulung an der einen und einer Abflachung an der anderen Seite. Er zeichnet sich durch mindestens zehn ver-

schiedene Oberflächenformationen aus: Gebirge, Gletscher, gradlinige rennbahnähnliche Strukturen, tiefe canonähnliche Einschnitte, Klippen wie aus geflochtenen Seilen gedreht und Krater, all das findet man auf diesem Sonderling des Sonnensystems. Manche der Formationen auf dem Mond-Winzling von nur 400 Kilometer Durchmesser hätten die Forscher eher einem größeren Himmelskörper mit entsprechend stärkeren Gravitations- und thermodynamischen Kräften zugetraut. 25 Kilometer hohe Erhebungen und 16 Kilometer tiefe Einkerbungen besitzt dieser Mond, der allen anderen Mitwirkenden am Uranus die Schau gestohlen hat.

Miranda und seine Vettern bergen noch viele Rätsel

Hatte oder hat dieser Mond einen heißen Kern, der mit seiner aus dem Inneren geschleuderten Materie diese Oberflächenvielfalt hervorbringen konnte? Oder sollten Gezeitenkräfte am Uranus diese Deformationen bewerkstelligt haben, so fragen sich die Wissenschaftler.

Ebenso wie bei Miranda scheint es beim Nachbarmond Ariel mehr geologische Aktivität als vermutet gegeben zu haben. Krater von fünf bis zehn Kilometer Durchmesser und größere Verwerfungen mit riesigen Tälern zeichneten die Voyager-Kamera aus 130 000 Kilometer Entfernung auf. Geologisch eher langweilig und

mit einer möglicherweise aus den Tagen seiner Entstehung bewahrten Oberfläche erwies sich Umbriel als der dunkelste aller Uranus-Monde. Er hat anscheinend nicht den geologischen Aufbruch erlebt, der so markante Merkmale auf der Oberfläche seines kleineren Vetters Miranda hinterließ.

Titania, der nach außen nächste Uranus-Mond, ist nach dem Voyager-Befund mit Kratern übersät und von spektakulären Verwerfungen - 2000 Kilometer lang und 80 Kilometer breit - als Ursache unbekannter geologischer Aktivitäten geprägt. Auf Oberon, dem letzten und größten der schon bekannten Monde, sah Voyager-Geologe Soderblom ein mächtiges Einschlagsgelände aus grauer Vorzeit mit einer dunklen Substanz ausgekleidet. Dynamische Prozesse mit Strömen möglicherweise vulkanischen Ursprungs könnten Soderblom zufolge nach den Einschlägen die dunkle Beschichtung verursacht haben.

Voyager 2 ist inzwischen von den Navigatoren im amerikanischen Jet Propulsion Laboratorium (Labor für Strahltriebwerke) in Pasadena mit Hilfe der Gravitation des Uranus minuszios auf Kurs zu seinem letzten Ziel im Sonnensystem gebracht. Die Reise zum Planeten Neptun und zu dessen großen Mond Triton ist 48 Milliarden Kilometer weit. Das Unterfangen eines Zielschusses auf so große Distanz ist mit dem Versuch eines Golfers zu vergleichen: über 1-500 Kilometer hinweg ins Loch zu treffen.

Diese Woche



Vergleichstest
Ist der Golf 16 Ventiler wirklich besser als der GTI?



Neu Mercedes Allrad
Jedes Rad denkt mit

Signale können Leben retten
Handzeichen-ABC für Autofahrer, exklusiv entwickelt mit Sprachwissenschaftler Professor Sigmund Prillwitz. Jede Woche 3 neue Zeichen zum Lernen und Sammeln.

Warum Herr Flügel sein Auto zersägte
Story der Woche: Auf welche Idee ein Unfallflüchtiger kommen kann: Lesen Sie, wie Herr Flügel aus Angst sein Auto zersägte und wie die Polizei das „Auto-Puzzle“ schließlich fand.

Die Zeitung rund ums Auto
Statt 1,- DM nur 30 Pf.

Europäische Universität bietet Ihnen die Möglichkeit zu Doktorieren
Realschule od. abgeschl. Lehre Voraussetzung. Von deutschen Behörden anerkannt. Zuschr. u. F 8928 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Die Kfz Kraftfahrzeug-Vermittlungszentrale (EDV) sucht noch für mehrere Handwerkerkammerbezirke selbstständig arbeitende Geschäftsstellenleiter für den Aufbau der Organisation (evtl. auch nebenberuflich)
Ruf # 51 52 - 1 68 00

Einzel- u. Aufbauberatung
Versicherungsberatung
Finanzierungsberatung
Import- u. Export-Beratung
Unternehmensberatung
Immobilienberatung
UWV Umweltschutz- und Wirtschaftsberatung
Regierungsweg 2
465 Geleenkirchen

Wer sucht Partner oder gibt aus Altersgründen ausstehende Handelsvertretung ab?
Frau Mann, 45 Jahre, ledig, unabh. (Postleitzahl 42) wünsch. Kontaktaufnahme unter H 8883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

mach mit ...
Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Schmeckt Ihnen diese Karriere?
Liegen Ihre Erfolge als Verkaufsprofi im Bereich Konsumgüter, Food, Markenartikel? Wollen Sie als Mann der harten Praxis Ihren beruflichen Aufstieg langfristig absichern? Ein bundesweit tätiges, dynamisches Unternehmen hat als Verkaufsbetriebe die Postleitzonen 2 und Teile von 3 und 4 zu vergeben. In Ihrem Gebiet befragen Sie völlig selbstständig den Großverbraucher- und Gastronomie-Fachhandel. Diese und viele andere interessanten Stellenangebote finden Sie am Samstag, 1. März, im großen Stellenzeneigentel der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



Die Spielbanken in Nordrhein-Westfalen und Bremen laden ein:

- Internationales Spielcasino Aachen
- Spielcasino Bad Oeynhausen
- Spielbank Hohensyburg DORTMUND
- Spielbank Bremen Böttcherstraße

Handelsagentur oder freie Handelsvertreter
Raum Norddeutschland, für Gebrauchs- und Zierkeramiken bei lakrativer Provision gesucht.

Selbst. Kfm. (Ing.) sucht Fertigungsbetrieb zwecks Übernahme oder Beteiligung. Raum Norddeutschland bevorzugt.
Angeb. u. K 8884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zu verk. weiterverderber Erfolgsartikel (Patentanmeldung liegt vor) DM 60 000,- plus Royalty & Gewinnprognose für '86: DM 180 000,-
Ansk. Tel. 00 31 - 13 33 44 30

DM 4,70!
Kunde kostet Sie der Außendienst der Ihre 1000 Kunden einmal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwiesengasse 49, 43 Essen 15.

Ölgemälde für Wiederverkäufer
DM 50,-, 70,-, 100,-, Mustergemälde gegen VR-Scheck oder bar.
IN FETTER
Stuttgarter Str. 15, 7033 Herrenberg

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

FUSSBALL / WELT-Interview mit dem Schiedsrichter-Obmann Malka

„Unsere Leute leisten im Prinzip gute Arbeit, aber sie sind verunsichert“

BERND WEBER, Herten. Teamchef Franz Beckenbauer hat den Platzverweis von Harald Schumacher (Köln) in München als „schwachsinnig“ bezeichnet. Tatsächlich scheinen die Fernsehaufnahmen zu bestätigen, daß Schiedsrichter Werner Fiedler die rote Karte für den Nationaltorwart zu Unrecht gegeben hat. Mithin stehen jetzt wieder die Schiedsrichter am Pranger. Die WELT sprach mit Johannes Malka, dem Schiedsrichter-Obmann des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

Eindruck, sie seien nur darauf aus, den Schiedsrichtern ein suszisches. Damit will ich gewiß nicht abstreiten, daß sich meine Kollegen mal irren können. WELT: ... wie beispielsweise jetzt im Fall Schumacher. Malka: ... möglicherweise. Aber wir wissen auch, daß Kameras verzerren können. Zudem haben sie häufig einen anderen Blickwinkel als die Schiedsrichter, die in der Regel, das muß man doch anerkennen, sehr günstig zum Tatort postiert sind.

WELT: Gleichwohl greifen die Sportgerichte vor ihren Urteilsfindungen immer häufiger auf das Studium von Fernsehbildern zurück. Wie im noch nicht entschiedenen Fall Pezzy und analog dazu wohl auch bei Schumacher. Wenn beide Spieler freigesprochen werden, würden Sie das als Niederlage für Ihre Zukunft empfinden? Malka: Warum? Der bisherige Ablauf im Fall Pezzy macht doch eigentlich nur deutlich, wo die Schwierigkeiten liegen. Da tagt ein Sportgericht mehr als zwei Stunden, studiert Fernsehbilder und zuweilen hat man den

LEICHTATHLETIK / Marlies Göhr besiegt

Europameister Braun und der Kampf zu Hause

KLAUS BLUME, Bonn. Wichtig war, daß er endlich mal ein Rennen bestimmt hat, daß er resolut von der Spitze aus gelaufen ist. Als er dann angegriffen wurde, dachte ich schon, jetzt ist wieder alles vorbei. Aber es war nicht so, und darauf läßt sich aufbauen. So sah Trainer Gerhard Schauer aus Tuttingen das Europameisterschaftsrennen seines 23jährigen Schützlings Peter Braun über 800 m in Madrid.

Prüfungen ablegen muß. Brauns Trainer Schauer, zugleich Kletter-Kamerad des Hahny-Bergsteigers Wursthorn, erzählt: „Der Herbert trainiert trotzdem wie ein Wilder, der ist in Superform.“ Womit bereits unmissbar ist, was sich seit etwa einhalb Jahren auf der 800-m-Strecke in deutschen Landen und was sich bei den Europameisterschaften in der letzten August-Woche in Stuttgart ergeben kann. Denn merke: Wenn es darauf ankommt, sind deutsche 800-m-Läufer stets recht couragiert zu Werke gegangen.

Fünf deutsche Läufer wollen bei den Europameisterschaften in Stuttgart starten, nur drei dürfen es laut Reglement. So wird es zwischen Peter Braun, Axel Harries, Matthias Assmann (Schauer: „Er ist ungewöhnlich der Stärkste von allen“), Herbert Wursthorn und Hans-Peter Ferner einen Kampf auf Biegen oder Brechen geben. Denn auch Ferner - der 1985 die 800-m-Strecke immerhin in 1:45,13 Minuten zurücklegte - hat wieder Spaß am schnellen Laufen. Schließlich ist er der Titelverteidiger. So hat er mit seinem Arbeitgeber ausgehakt, in diesem Jahr öfters zu trainieren und seltener ins Büro zu gehen. Ferner zur WELT: „Man wird nämlich um 1:45 Minuten herum laufen müssen, um sich überhaupt für das deutsche Team qualifizieren zu können, und man muß sicher noch eine Sekunde schneller sein, um dann auch im Europameisterschaftsfinale eine Siegchance zu haben.“

Auf diese Siegchance arbeitet auch Nellie Fiore-Cooman hin, die in Madrid über 60 Meter die große Marlies Göhr aus der „DDR“ bezwang. Das ist der farbigen Holländerin zwar schon im letzten Jahr in Piräus gelungen, doch nun lief sie mit 7,00 Sekunden auch gleich noch Weltbestzeit. Vorbereitet hat sie sich dafür diesmal bei einer Serie von Hallen-Rennen in den USA. Ihre Hilfe für alte Leute in Rotterdam - Kochen, Saubermachen, Vorlesen - hat die nur 1,56 m große Nellie Fiore-Cooman des Sports wegen vorlängig aufgegeben. Auch das Hishockey und Fußball spielen. Im Frühjahr wird sie statt dessen nach Kalifornien gehen, um zu üben, wie man die Göhr schlägt - über 100 Meter.

TENNIS / Boris Becker ist wieder im Einsatz

Noch im Tennisdreß düste Lendl im Privatjet davon

dpa, Boca West. Nach dem Reinfall beim 4,5-Millionen-Mark-Turnier von Boca West, das Ivan Lendl (CSSR) nach dreistündiger Regenunterbrechung mit 3:6, 6:1, 7:6, 6:4 gegen den Schweden Mats Wilander gewann, bleibt den deutschen Tennis-Herren als Generalprobe für die Davis-Cup-Begegnung in Mexiko (7.-8. März) nur noch das Turnier von La Quinta. Wimbledon-Sieger Boris Becker hat zwar in der ersten Runde Freilos, wird aber seinem ersten Spiel am Mittwoch sicherlich mit gemischten Gefühlen entgegenfeiern. Denn sein Gegner wird zwischen Mike Leach (USA) und dem Uruguayer Diego Perez ermittelt. Perez, die Nummer 55 in der Welt-rangliste, schaltete Becker in dessen ersten Turnier nach dem Wimbledon-Sieg in Kitzbühel sensationell in der

erstes Runde aus. Gegen Leach, Nummer 38 im Tennis-Computer, hat Boris Becker beim Londoner Hallenturnier 1985 als Sieger die besseren Erfahrungen gemacht.

Nicht dabei ist in La Quinta der Welttranglisten-Erste Ivan Lendl. Er ruht sich nach dem Finale von Boca West aus, das insgesamt sechseinhalb Stunden dauerte. Bei fast 45 Grad in der Sonne hatte ein gewaltiger Gewitterstauer eine dreistündige Unterbrechung erzwungen. Nach dem verzögerten Matchball war Lendl, der ganz eilig noch in Tenniskleidung seinen Privatjet bestieg und abdüstete, nicht mit seiner Leistung zufrieden: „Über den Sieg freue ich mich zwar, aber nicht darüber, wie er zustande kam. Ich habe überhaupt die ganzen zwei Wochen nicht richtig zu meinem Spiel gefunden.“

ZAHLEN

- SEGEN. Weltmeisterschaft in der Flying-Dutchman-Klasse vor Rio de Janeiro, Endstand nach sieben Wettfahrten: 1. Jörg und Eckart Diegel 40,4 Punkte; 2. Bätz/Wende (alle Deutschland) 46,6; 3. McLoughlin/Millen (Kanada) 66,0; 4. Turner/Allen (England) 79,7. SKI NORDISCH. Weltcup-Springen in Engelberg/Schweiz: 1. Felder (Österreich) 215,7 Punkte (118,5+112); 2. Nykänen (Finnland) 214,4 (120,5+108); 3. Opas (Norwegen) 202,6 (114,5+114,5). - Stand im Weltcup: 1. Nykänen 165 Punkte; Vettori (Österreich) 179, 3. Felder 130. FECHTEN. Fünftes Weltcup-Turnier der Deutscher in Paris, Finale: Boisse (Frankreich) - Mazzoni (Italien) 10:7, um Platz drei: Poffe (Schweiz) - Schmitt 12:10. ... 10. Fusch, 11. Löffler, 12. Bellmann, 13. Löffler, 14. Bormann (alle Deutschland). BUNNRODELN. Weltcup in St. Moritz, Herren, Einzler: 1. Foltmann (DDR) 3:13,988 Min.; ... 4. Hackl 3:14,461. ... 8. Scheitel (beide Deutschland). - Doppel: 1. Hoffmann/Fietsch („DDR“) 1:49,906; ... 3. Schwab/Staudinger (Deutschland) 1:47,627. - Damen, Einzler: 1. Schmidt (DDR) 2:41,332; Endstand im Gesamt-Weltcup, Herren, Einzler: 1. Huber (Italien) 136 Punkte; 2. Schindler (DDR) 134; 3. Huber (Italien) 113. - Doppel: 1. Huber (Italien) 50; 2. Schwab/Staudinger 44; 3. Ilsecker/Hackl (alle Deutschland) 42. TENNIS. Turnier in Boca West/Kalifornien, Herren, Finale: Lendl (CSSR) - Wilander (Schweden) 6:1, 7:6, 6:4. - Damen-Doppel: Striver/Sukova (USA/CSSR) - Evert-Lloyd/Turnbull (USA/Australien) 6:2, 6:3. - Mixed: Fitzgerald/Smylie (Australien) - Sanchez/Crat (Spanien/Deutschland) 6:4, 7:5. LEICHTATHLETIK. Hallen-Europameisterschaften in Madrid, zweiter Tag, Männer, 200 m: 1. Christie (England) 21,10 - 400 m: 1. Schönlebe („DDR“) 48,97 - 800 m: 1. Braun 1:48,96; ... 5. Harries 1:50,04; 6. Ugelhoven (alle Deutschland) 1:53,78; - 1500 m: 1. Gonzales (Spanien) 3:44,55; 2. Schindler (DDR) 3:46,47; ... 80 m Hürden: 1. Marcho (Spanien) 7:87 Sek.; Stabhoch: 1. Tarev (Bulgarien) 5,70 m; - Dreisprung: 1. Bruschke (UdSSR) 17,94 m (Hallen-Weltbestleistung); ... 12. Knaebe (Deutschland) 18,03; - Frauen, 60 m: 1. Cooman (Holland) 7,00 Sek. (Hallen-Weltbestleistung); 2. Göhr („DDR“) 7,06; ... 6. Gaugel (Deutschland) 7,45; - 200 m: 1. Koch („DDR“) 22,58; - 400 m: 1. Busch („DDR“) 51,40; - 800 m: 1. Ludwigs („DDR“) 1:50,89 (Jahres-Weltbestzeit); - 1500 m: 1. Klotz (UdSSR) 4:14,25; - 3000 m: 1. Bibernell („DDR“) 8:54,52; - Hochsprung: 1. Bienen („DDR“) 1,97 m. GEWINNZAHLEN. Auswahlwette 6 aus 45: 6, 26, 38, 39, 44, 45; Zusatzspiel 43; - Kennzahlwette: Rennen A 15, 1, 13; - Rennen B: 21, 24, 29. (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Bundestliga: Terminnot. Stuttgart (dpa) - Von den fünf geplanten Nachholspielen der Fußball-Bundestliga können heute und morgen nur drei stattfinden: Heute Saarbrücken - Stuttgart und Mannheim gegen Dortmund (19.30 Uhr), morgen Uerdingen - Frankfurt (20.00).

Vier Wochen Sperre

Saarbrücken (sid) - Wegen versuchter Täuschlichkeit ist Santos Muntubila vom DFB-Sportgericht zu einer vierwöchigen Sperre verurteilt worden. Muntubila hatte mehrfach versucht, den Münchner Augenthaler zu fäulen.

Zenker Europameister

Baden bei Wien (dpa) - Der Münchner Wolfgang Zenker wurde in Baden bei Wien Billard-Europameister im Cadre 47/1.

Advertisement for Heinz Pabst, Chairman of the Board of Volkswagen Aktiengesellschaft. Text includes: "Am 21. Februar 1986 verstarb im 55. Lebensjahr Heinz Pabst war über 35 Jahre Angehöriger unseres Unternehmens, seit 1963 Betriebsratsmitglied und seit 1980 Betriebsratsvorsitzender des Werkes Braunschweig. In den Aufsichtsrat der Volkswagen AG wurde er zum 1. 7. 1982 gewählt." and "Wir haben Heinz Pabst als einen hart arbeitenden und gesellschaftspolitisch engagierten Mann geschätzt. Für die Mitarbeiter des Werkes Braunschweig war er ein hochgeachteter und sehr beliebter Betriebsratsvorsitzender. Seine Aufsichtsratsstätigkeit übte er mit großem Sachverstand aus. Er war ein Belegschaftsvertreter, der aktiv und verantwortungsbewußt seine gesellschaftlichen Überzeugungen mit den Zielen der Volkswagen AG zum Wohle der Belegschaft und des Unternehmens in Einklang zu bringen wußte. Wir werden sein Andenken in Ehren halten." and "Aufsichtsrat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft der VOLKSWAGEN AKTIENGESELLSCHAFT".

Advertisement for Aluminium - Ihre Zukunft? Text includes: "Wir sorgen für die Gräber. Wir betreuen die Angehörigen. Wir arbeiten für Versöhnung und Frieden." and "Fünzig Mitarbeiter sind in der Fertigung tätig. Aluminium-Output pro Tag: mehrere hunderttausend Stück. Können Sie als Produktionsleiter Termine, Qualität und Motivation zu Ihrer Sache machen? Dafür sollten Sie Maschinenbau-, Fertigungs- oder Produktionstechnik studiert haben und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in der Massenfertigung mitbringen. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 1. März, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag."

Advertisement for DIE WELT newspaper. Text includes: "26% der verkauften WELT-Auflage werden über den Zeitungshandel abgesetzt. 74% gehen an Abonnenten." and "DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND".

F. Kämpfers Untersuchung über das politische Plakat

Mit Kitcheners fing es an

Schlage die Weißen mit dem roten Keil... El Lissitzkys berühmtes surrealistisches Plakat von 1920 für die sowjetische Westfront zielt den Umschlag des Buches „Der rote Keil“...

Kitchener erfunden wurde. Außerdem ist Uncle Sam nur eine von vielen Variationen (oder soll man sagen: Plagiaten?) in Ost und West bis hin zum Zweiten Weltkrieg.

Höchst lesenswert ist Kämpfers Darstellung der russisch-sowjetischen Plakatpropaganda vom Ersten Weltkrieg über die Revolutionen des Jahres 1917 und den Bürgerkrieg bis hin zu Lenins „Neuer Ökonomischer Politik“...

Das wichtige Thema der Rosta-Fenster kommt dabei leider etwas zu kurz. Wie überhaupt Kämpfers die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründe und Bezüge höchst ungleichgewichtig vermittelt.



auch manche der insgesamt 401 Fußnoten des ganzen Buches mehr als Fußfänger vorkommen dürften.

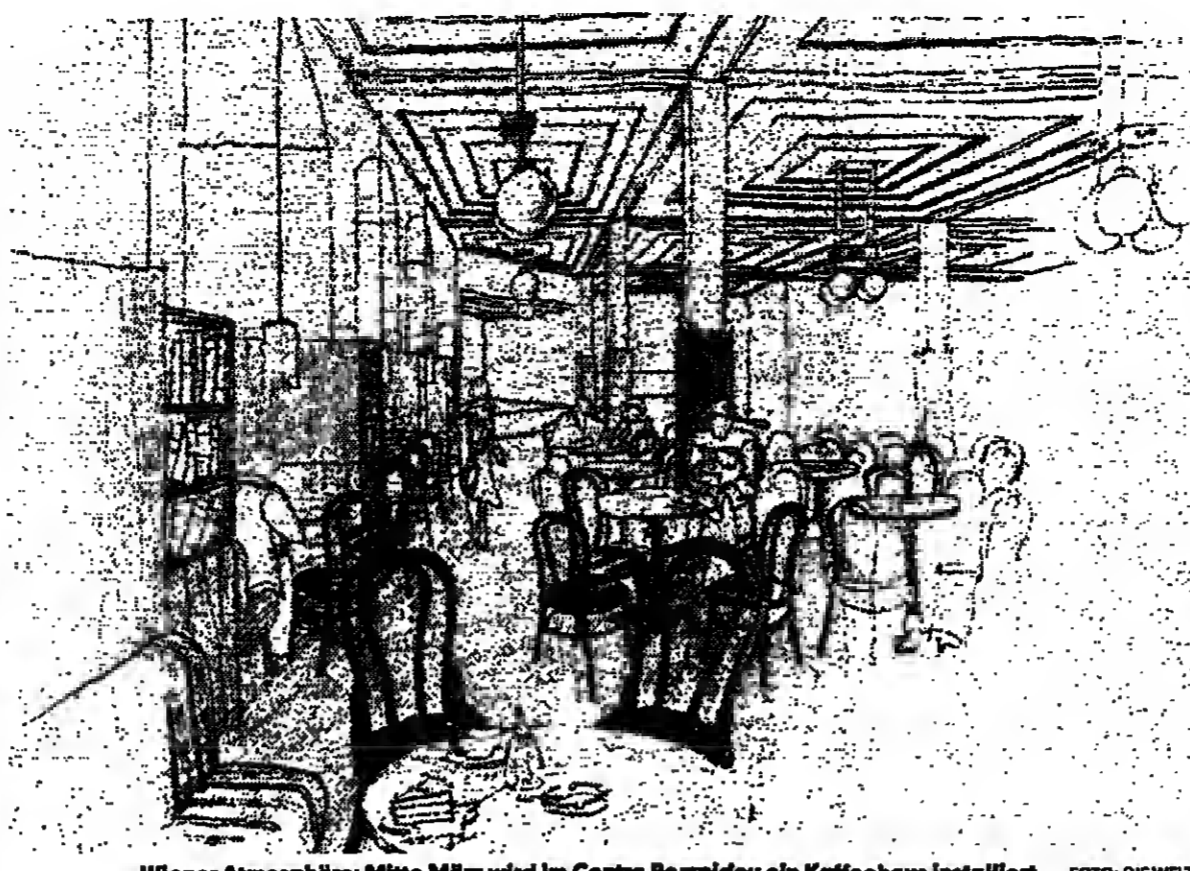
Im zweiten Teil seiner Monographie liefert Kämpfer nur eine - allerdings überaus materialreiche - Untersuchung über politische Plakate zwischen 1914 und 1945 ab.

Nun darf auch Paris an Wiens großer Zeit um die Jahrhundertwende teilhaben, nachdem zuvor Hamburg das Experiment Weltuntergang vorgeführt und Wien selbst sich zwischen Traum und Wirklichkeit bewegt hat.

Die 148 Abbildungen des Bandes sind von unterschiedlichem Aussagewert, bedingt durch die Verkleinerung von Plakaten (über deren tatsächliches Format sich der Autor völlig ausschweift) auf die Größe einer ganzen, halben oder viertel Buchseite.

HEINRICH KÖNIG

Frank Kämpfer: „Der rote Keil“... Gehr, Mann Verlag, Berlin, 324 S., 148 Abb., 30,80 Mark.



Wiener Atmosphäre: Mitte März wird im Centre Pompidou ein Kaffeehaus installiert. FOTO: OIE WELT

Centre Pompidou in Paris: „Wien 1880-1938 - Die fröhliche Apokalypse“

Eine Sachertorte macht die Sache rund

Nun darf auch Paris an Wiens großer Zeit um die Jahrhundertwende teilhaben, nachdem zuvor Hamburg das Experiment Weltuntergang vorgeführt und Wien selbst sich zwischen Traum und Wirklichkeit bewegt hat.

Mancher mag sich fragen, warum es nach Hamburg und Wien einer weiteren großen Schau über das Wiener Fin de siècle bedurfte. Denn im großen und ganzen zeigt das Centre Pompidou eine Kopie der letztjährigen Ausstellung im Wiener Künstlerhaus.

Es gab auf dem Forum auch ausdrücklich „Verbotene Bilder“ zu sehen. Aber diese, in dem gleichnamigen Film des Duisburger Ehepaars Birgit und Wilhelm Hein, waren nur grenzenlos geschmacklos.

MICHAEL SIEBERT

Bis 5. Mai; New York: Juni bis Sept., Kat., brosch., 360 Franc, geb., 450 Franc.

Blut'ge Rosen: Schlußbericht vom Berlinale-Forum

Schöne, verbotene Bilder

Rot sind die Rosen in Werner Schroeters neuem Film „Der Rosenkönig“, rot wie die Liebe und das Blut.

Vorteilhaft für die Programmgestaltung wirkte sich wieder einmal aus, daß das Forum keinen Zwängen unterworfen ist wie der Wettbewerb der Berlinale.

Von Venedig hatte man auch die argentinisch-französische Koproduktion „Tangos - Das Exil Gardels“ von Fernando E. Solanas übernommen.

Sicherlich, er geht wieder einmal nicht mit großer Oper („Tosca“ und „La Traviata“), und manche Einfälle wirken abwegig und auch degoutant.

Es gab auf dem Forum auch ausdrücklich „Verbotene Bilder“ zu sehen. Aber diese, in dem gleichnamigen Film des Duisburger Ehepaars Birgit und Wilhelm Hein, waren nur grenzenlos geschmacklos.

MICHAEL SIEBERT

weise hat jedes Kino, auch das „Delphi“ in Berlin, einen Ausgang...

Vorteilhaft für die Programmgestaltung wirkte sich wieder einmal aus, daß das Forum keinen Zwängen unterworfen ist wie der Wettbewerb der Berlinale.

Von Venedig hatte man auch die argentinisch-französische Koproduktion „Tangos - Das Exil Gardels“ von Fernando E. Solanas übernommen.

KULTURNOTIZEN

„Friedrich der Große in seiner Zeit“ heißt ein wissenschaftliches Symposium, das in der Berliner Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz vom 3. bis zum 6. März stattfindet.

Werke von Vasarely werden in einer umfassenden Schau (267 Arbeiten) in der Esslinger Villa Merkel gezeigt (bis 30. März).

Die Lilian-Harvey-Anstellung im Deutschen Filmmuseum in Frankfurt

(vgl. WELT v. 11. 1.) wird bis zum 9. März verlängert.

„Clowns im Revier“ heißt das dritte internationale Gaukler-Festival zwischen Dortmund und Duisburg.

Niederländische Meister, darunter Rembrandt, Potter und Vermeer, aus dem Mauritshuis in Den Haag sind bis zum 30. Juni im Grand Palais in Paris ausgestellt.

Star der neuen deutschen Comic-Szene: „Werner“

Wo bleiben die Frauen?

Er habe, sagt er ohne nachzudenken auf die WELT-Frage, wie er denn auf die Idee zu diesem Beitrag kam, Brüsels erstes „Werner“-Buch zerschmökert und dann auch noch verblüfft festgestellt, daß besagtes Buch seit über einem Jahr landauf landab die Buch-Bestsellerlisten okkupiert.

Darmstädter Dozentin Frau Dr. Heller verfertigt, die zum Beispiel für „Petra“ und „Brigitte“ nicht gar so gallobiter-dogmatisch Frauenthemata aufgreift.

Einsamer Star der neuen Comic-Szene dürfte freilich Brüssel sein, der Erfinder von „Werner“, einer schier irrwitzigen Langnese, die in Stadtmagazinen und mittlerweile über 600 000 verkauften vier Büchern (soeben erschien das fünfte) zur wahrhaftigen Kultfigur geworden ist.

Auf die Frage, warum Brüssel Feldmann so wenig Wehliches in seinen



Kultfigur der neuen Comic-Welle: „Werner“ von R. W. Feldmann, genannt „Brüssel“

Tatsächlich - nicht nur die französischen Nachbarn und deren belgische Nebenwohner, aus deren Land die Schlümpfe ebenso kamen wie Asterix und Konsorten und der schlaksige Pferdejunge Lucky Luke, sondern wir Deutsche selber sind

Schüler-Express - ZDF, 16.20 Uhr

wahre Comics-Fresser, die vom blühenden Blödsinn über Abenteuer-Strips bis zum gezeichneten Softporno pro Monat satte elf Millionen Comics verschlingen.

Das ist, eigentlich, kein Wunder in einer Zeit, in der, wie ZDF-Autor Leinweber sagt, „die Lust auf Bilder ein Zug der Zeit“ ist. Da greifen die Lehrer eben willig zur Krücke Asterix, wenn man weiß, daß sich Französisch und gar Latein mit dem winzigen Kraftgitarist im entsprechenden O-Ton leichter büffelt.

Aber, wie gesagt, hierzulande gibt es so etwas wie eine „Neue deutsche Welle“ im Comic. Und die neuen Helden der Papierstrips, so Ulrich Leinweber, „haben eben nicht mehr das Anrühige, das Triviale, wie das früher der Fall war“.

Die Wurzel für den neuen Boom sieht Leinweber zuallererst in den florierenden „Stadtzeitungen der alternativen Szene“, und „heute haben sich diese Stadtmagazine eben etabliert“.

Auf jeden Fall für Werners nicht. Der Herr knattert nämlich mit Vortriebe auf seinem Horex-Feuerstuhl durch die Gegend, säuft ein „Flasch Bier“ nach'm andern, drischt gern Skizt und hringt mit seiner „coolen“ Art, seiner so herrlich hirnmissig wirkenden Schlitzohrigkeit vor allem Behörden und deren Vasallen auf die Palme - undogmatisch, allemal auf Jux gepolt und gegen allzu dreistes Spielertum.

Und womit erklärt sich Ulrich Leinweber letztendlich das Faible für Comics? „Sie kommen den Sehgewohnheiten vor allem der Jüngeren entgegen“, sagt er. Das bestätigte auch kürzlich ein Zwölfjähriger bei einer Umfrage: „Ich mag Comics, weil es nicht nur Wörter sind, sondern auch Bilder. Man kann sich alles besser vorstellen.“ Spricht so die Computer-Bildschirm-Video-Generation von morgen? ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Kommissar unter Mordverdacht

Sollten Deutschlands Kriminal-Kommissare so tollpatschig und sträflich dumm sein wie Kommissar Lutz vom Tatort in „Einer sah den Mörder“ (ARD), müßte man sie schnellstens in die Kantine versetzen. Dabei sah es zu Beginn des Stuttgarter „Tatort“-Beitrages nach einem intelligenten Krimi aus.

Endlich mal eine neue Krimi-Variante: Kommissar unter Mordverdacht. Aber da jeder Zuschauer davon ausgehen konnte, daß Kommissar Lutz dieser Sauberbeamte mit treuem Blick und untadeligem Inzage, nicht der Mordbube sein würde, blieb nur ein verdächtiges Paar übrig: der jäh verwitwete Generalvertreter und dessen zwielichtige Sekretärin. Die waren es denn natürlich auch.

Mit diesem Krimi ohne echte Spannung (Buch: Fritz Eckhardt) nahm der Schauspieler Werner Schumacher - nach 16 „Tatort“-Jahren - Abschied vom TV-Polizisten. Sein Kommentar: „Man sollte aufhören, wenn es am schönsten ist.“ Es wäre diesem jetzt in München theaterspielenden Schauspieler zu gönnen gewesen, daß er sich in seiner letzten „Tatort“-Rolle als Verdächtiger nicht dünner benehmen mußte, als selbst die Polizei erlaubt. Schumachers Nachfolger Horst Michael Neutze sind bessere Drehbücher zu wünschen. GÜNTER RUDORF

Gnadenbrot für Otto John?

Der Bundespräsident soll dreißig Jahre nach der Tat einen 1988 wegen Landesverrat rechtskräftig zu vier Jahren Haft Verurteilten begnadigen. Wenn eine so außergewöhnliche Forderung auch noch von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch erhoben und begründet wird, dann lohnt es sich schon, den Mann vorzustellen: Otto John, einst Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, jetzt 80 Jahre alt und im selbstgewählten Exil in Österreich.

KRITIK

Ein Haus, das keiner will

Es geht ja eine lange Zeit mit rechtlichen Dingen zu in Joachim Roerings Fernsehkomödie Gretchens Faust (ZDF). Das Haus war vom Munde abgespargt und ehrlich bezahlt. Einem Verkauf stand also nichts im Wege - sieht man einmal von den Marktbedingungen ab. Die Lösung, die Roering einfiel, ist jedoch nicht gerade neu: Wenn kein Käufer sich findet, muß eben die Versicherung her. Doch Drehbuchautor und Regisseur Joachim Roering verließ beim Griff nach nicht mehr Legalem den Raum des Wahrscheinlichen.

Gewiß: Daß die Versicherung den Braten - oder richtiger: Lunte - riecht, hatte sein Spiel noch berücksichtigt, auch die Fragen der Kriminalpolizei. Ob beide sich freilich bei offensichtlich Brandstiftung mit bauernschlauen Antworten zufrieden geben, ist mehr als zweifelhaft. So war denn nicht nur dem gewissenhaften Bürger, sondern auch dem auf dramaturgische Stichehaltigkeit Bedachten etwas flau ums Herz.

Immerhin entschädigte mancher hübsche Einfall - so das mimisch so begabte Gemälde des verbliebenen Ehemannes - und die Schauspieler, vor allem Brunni Lölbel als Gretchen und Hans Korte als schlitzohriger Makler, für die vielen Unstimmigkeiten. Offensichtlich wußte das ZDF genau, warum es diese Art „Unterhaltung“ so spät ins Programm nahm.

KATHRIN BERGMANN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 9.10 Spießstraße
9.45 ZDF-Info
9.55 ZDF-Info
10.05 Liebling - Kreuzberg
10.05 heute
10.10 heute
10.15 heute
10.20 heute
10.25 heute
10.30 heute
10.35 heute
10.40 heute
10.45 heute
10.50 heute
10.55 heute
11.00 heute
11.05 heute
11.10 heute
11.15 heute
11.20 heute
11.25 heute
11.30 heute
11.35 heute
11.40 heute
11.45 heute
11.50 heute
11.55 heute
12.00 heute
12.05 heute
12.10 heute
12.15 heute
12.20 heute
12.25 heute
12.30 heute
12.35 heute
12.40 heute
12.45 heute
12.50 heute
12.55 heute
13.00 heute
13.05 heute
13.10 heute
13.15 heute
13.20 heute
13.25 heute
13.30 heute
13.35 heute
13.40 heute
13.45 heute
13.50 heute
13.55 heute
14.00 heute
14.05 heute
14.10 heute
14.15 heute
14.20 heute
14.25 heute
14.30 heute
14.35 heute
14.40 heute
14.45 heute
14.50 heute
14.55 heute
15.00 heute
15.05 heute
15.10 heute
15.15 heute
15.20 heute
15.25 heute
15.30 heute
15.35 heute
15.40 heute
15.45 heute
15.50 heute
15.55 heute
16.00 heute
16.05 heute
16.10 heute
16.15 heute
16.20 heute
16.25 heute
16.30 heute
16.35 heute
16.40 heute
16.45 heute
16.50 heute
16.55 heute
17.00 heute
17.05 heute
17.10 heute
17.15 heute
17.20 heute
17.25 heute
17.30 heute
17.35 heute
17.40 heute
17.45 heute
17.50 heute
17.55 heute
18.00 heute
18.05 heute
18.10 heute
18.15 heute
18.20 heute
18.25 heute
18.30 heute
18.35 heute
18.40 heute
18.45 heute
18.50 heute
18.55 heute
19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute
19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute
19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute
20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute
20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute
20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute
21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute
21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute
21.40 heute
21.45 heute
21.50 heute
21.55 heute
22.00 heute
22.05 heute
22.10 heute
22.15 heute
22.20 heute
22.25 heute
22.30 heute
22.35 heute
22.40 heute
22.45 heute
22.50 heute
22.55 heute
23.00 heute
23.05 heute
23.10 heute
23.15 heute
23.20 heute
23.25 heute
23.30 heute
23.35 heute
23.40 heute
23.45 heute
23.50 heute
23.55 heute
24.00 heute

III.

- WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Spätschau
21.00 Formel Eins
21.45 Artists Unlimited
22.15 Deutscher Abstamm
22.30 Portrait zweier Bürgermeister aus Labau/Oberlausitz und Witzenhausen/Nordhessen
23.00 Wie wo die Nachbarn sehen Deutschland im Tournee?
23.45 Letzte Nachrichten
NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn - die Baltus (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Unsere kleine Stadt
SÜDWEST
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn - die Baltus (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Unsere kleine Stadt
SÜDPFALZ
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn - die Baltus (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Unsere kleine Stadt

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM (continued)

SAT 1, 3SAT, RTL-plus program listings

Erst geklaut, dann gespießt

ebli - Weib gib acht auf dein Kind! Mann gib acht auf dein Pferd! Das ist keine neue Folge des TV-Dauerbronnens 'Die Kripo rät', das ist ein Zitat aus dem 'Zigeunerbaron'...

Zur Uraufführung der Oper 'Die Weiße Rose': Interview mit Udo Zimmermann

Der 42jährige Dresdner Udo Zimmermann ist einer der am meisten aufgeführten Komponisten der Gegenwart. Er wurde durch seine Opern 'Levins Mühle', 'Der Schuhu und die fliegende Prinzessin'...

WELT: Herr Zimmermann, vor rund 20 Jahren schrieb Sie bereits eine 'Weiße Rose'. Weshalb die erneute Hinwendung zu diesem Stoff?

Zimmermann: Beim ersten Anlauf ging es mir vor allem um ein Stück Vergangenheitsbewältigung, um die Auseinandersetzung mit einer Zeit, die ich nicht selbst erlebt hatte...

Die neue 'Weiße Rose' will am historischen Beispiel Fragen der Gegenwart dinstem. Heute geht es um mehr als politischen Widerstand, heute geht es um Widerstand des Geistes und um die Frage: wie leben, mit welchen politischen und weltanschaulichen Haltungen?

WELT: Das Libretto haben Sie zusammen mit Wolfgang Willaschek erarbeitet. Zimmermann: Willaschek hat sich zwei Jahre lang intensiv mit den Quellen beschäftigt. Dabei entstanden viele Textvarianten...

WELT: Wird es auch eine 'Weiße Rose' mit dem Dirigenten Zimmermann geben? Zimmermann: Ich dirigiere die 'Weiße Rose' im April in München. Im Herbst werde ich die Bielefelder Inszenierung von Heiner Bruns musikalisch betreuen...

Zimmermann: Ich diskutiere mit zwei Auftraggebern sehr ernsthaft neue Projekte: für die 250-Jahr-Feier der Deutschen Staatsoper in Berlin Ost (1992) eine Oper nach Franz Fühmann und eine weitere Oper nach Mroczek 'Tango' für eine große amerikanische Bühne...

Der Bruckner der Clevelandler hört sich, mirabile dictu, geradezu elegant an, leicht, er hat rhythmische Finesse. WELT: Nach Hamburg kündigen bereits ein Dutzend weiterer Bühnen in Ost und West Inszenierungen an...



Feinste Abstufungen auf ungekochtem Reispapier. 'Aise Akzie', Tuschkmalerei von Song Di (1985)

Der chinesische Maler Song Di in Deutschland

Schwarz darf hell sein. Diese Malerei ist uns fremd. Nicht weil sie aus dem Fernen Osten kommt, sondern in ihrer Haltung. Sie ist gegenwärtig, ohne im Sujet oder Stil die Zeit herauszukehren...

In China gilt Song Di, 1945 in Shanghai geboren, jedoch seit 1963 in Peking lehnend und inzwischen lehrend, noch als junger Künstler. Wenn bei dem fröhlichen Jugendkult nur den Jungen ein Kunstwerk, das alle Konventionen sprengt, zutraut, neigt China zum anderen Extrem, meint, weil die Kunst als Handwerk verstanden wird...

Seine Bilder, die ihre Tournee im Bonner Wissenschaftszentrum begannen und jetzt im Eitlinger Schloß gezeigt werden, entsprechen dem klassischen Stil chinesischer Malerei. Sie zeigen die Flusslandschaft bei Gulin, ein Bergdorf im Schnee, Berge in Nebel, dazu Blumen, Spatzen, eine ruhende Ente...

Song Di beherrscht die Kunst der Tuschkmalerei auf ungekochtem Reispapier, das die Farben verlaufen läßt und damit feinste Abstufungen erlaubt. Die chinesischen Maler kennen fünf Schwarz, Nuancen des Dunklen, bei denen die Beschreibung versagen muß...

Berliner Schaubühne mit 'Phaidon' von Platon

Die Puppen des Sokrates

Will man eine der stillsten, gedankvollsten, ideenhaft ergriffensten, zugleich aber auch die der exquisitesten Schauspielereinstellungen erleben, die man in Berlin zur Zeit theatralisch erleben kann - man muß bis ans Ende der Weststadt fahren, bis an den Rand des hier ganz unspetaktulären Kreuzbergs...

Der Abend wird ergreifend. Unserer sitzt mit rund einhundert anderen Lauschenden auf einem weiten, vierstöckigen Sitzpodest, der Raum vor uns ist von vornherein mit einem Halbdutzend kleiner Stühle und Stühle bestückt, an denen Menschengruppen aus des Sokrates nachdenklichem Gefolge hocken...

Platte: Zelenkas Requiem

Bachs böhmischer Bruder

Jan Dismas Zelenka (1679-1745), der böhmisch-katholische Zeitgenosse Johann Sebastian Bachs, ist musikgeschichtlich sicher eine Neuentdeckung, und sein Requiem c-Moll ist es auch. Denn nicht erst mit Bachs Söhnen ist jener empfindsamer, geradezu meditative Stil neuer Einfachheit angekommen...

Bach soll diesen Hofkomponisten-Kollegen hoch geachtet haben, ohne ihn natürlich kompositorisch zu folgen, jedenfalls ohne sich in seinem Kontrapunkt irremachen zu lassen. Oder könnte die Innigkeit bestimmter Arien der Matthäus-Passion oder des Weihnachtsoratoriums etwas mit diesem abseitigen Stilverbund zu tun haben? Könnte dieses sogar das Rätsel um Bachs Lukas-Passion lösen?

Bonn: Das Cleveland Orchestra unter Dohnányi

Klänge der Zauberpfeife

Die Europa-Tournee, die das Cleveland-Orchestra derzeit unter seinem Chefdirigenten Christoph von Dohnányi absolviert, gleicht schon fast einem Triumphzug. Ob beim Start im Münchner Gastspiel oder jetzt in der Bonner Beethovenhalle: Das Publikum ist rundum fasziniert von der Spielkultur dieses Ensembles...

Die Clevelandler und Dohnányi haben sich gesucht und gefunden. Zwar läuft Dohnányis derzeitiger Vertrag bis 1988, aber der Dirigent läßt keinen Zweifel daran, daß sich die Zusammenarbeit in die neunziger Jahre verlängern wird...



Nach der Vorstellung in Hamburg der Triumph in Cleveland: Der Dirigent Christoph von Dohnányi

Er wird ganz und gar österreichische Musik, herauswachsend aus der Tradition von Mozart und Schubert. Das Pathos, den Nebel, den Orgelschwall haben schon andere Dirigenten aus Bruckner herausgehört. Das wurden dann schlanke, polyphone Interpretationen...

JOURNAL

Streitlers Pläne für das Vieux-Colombier-Theater

Am 1. Juni wird das legendäre Theater Vieux-Colombier im Pariser Quartier Latin wieder eröffnet. In dem Gebäude befand sich seit 15 Jahren ein Nachtclub. Das neue Theater soll als drittes Haus der Comédie Française unter der Leitung von Giorgio Strehler eine internationale Schauspielschule beherbergen...

Flucht und Vertreibung in der Literatur

„Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur“ sowie den „Formen ostdeutscher Kulturförderung“ behandelt der Forschungsbericht 51 der Konrad-Adenauer-Stiftung. In dem Band sind die Vorträge zusammengestellt, die bei einer Tagung im September vorigen Jahres gehalten wurden...

Komponistenpreis für Hausmusik gestiftet

Ein Komponistenpreis für Hausmusik hat der Kasseler Bärenreiter-Verlag ausgeschrieben. Die Ausschreibung soll alle zwei Jahre vergeben werden und neuen Komponisten gelten, die sowohl in Besetzung und Ensemblegröße wie auch in ihren technischen Anforderungen den Möglichkeiten von Laienmusikern gerecht werden...

Neuer Generalintendant für Nürnberger Bühnen

Burkhard Mauer ist von Nürnberg Stadtrat zum ersten Generalintendanten der Städtischen Bühnen berufen worden. Bisher leitete ein Dreierdirektorium Schauspiel, Musiktheater und Verwaltung. Mauer tritt seinen Fünfjahresvertrag bereits am 1. März an. Der Theatermann arbeitete zuvor als Dramaturg in Bremen, Nürnberg, Bochum und Berlin. Zuletzt war er Chef dramaturg in München...

Neugriechisch an Frankreichs Oberschulen

Neugriechisch wird künftig an den französischen Oberschulen wie Deutsch und Englisch als obligatorisches Wahlfach eingeführt. Das heißt, man kann Neugriechisch als erste Fremdsprache wählen und darin beim Abitur geprüft werden.

Rundgänge durch die Villa Adriana

Am Eingang der Villa Adriana bei Tivoli südlich von Rom wurde jetzt in einem Bauernhaus aus dem 18. Jahrhundert ein didaktisches Museum eingerichtet. In den Räumen erstreckt sich über zwei Jahrhunderte die Geschichte des Palastes und Villenkomplex aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr. Besuchern offenbart ein vollständiges Bild von der Anlage mit ihren Gebäuden, Tempeln, Teichen, Nymphen, Theatern und Wirtschaftsgebäuden. Schautafeln, Fotos und Rekonstruktionen empfehlen eine Reihe von Rundgängen, die vom Frühjahr an im ganzen Gelände entsprechend in Zahlen und Farben ausgeschmückt sein werden.

Übersicht über Museen in Niedersachsen

Mehr als 300 Museen gibt es in Niedersachsen. Davon wurden 112 für den Sammelband 'Museen in Niedersachsen' ausgewählt, den der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst herausgegeben hat. Meinfried Trudzinski vom Niedersächsischen Landesmuseum in Hannover stellt darin nicht nur die großen und weithin bekannten Häuser wie das Herzog-Anton-Urich-Museum in Bauschweig, das Sprengel- oder Wilhelm-Busch-Museum in Hannover, das Roemer- und Pelizaeus-Museum in Hildesheim vor, sondern auch bemerkenswerte Spezialsammlungen wie das Wrackmuseum in Cuxhaven, das Hubschrauber-Museum in Bückeburg oder das Pferdewagenmuseum in Verden. Der Band mit 316 Seiten und vielen farbigen Abbildungen (photografiert von Joachim Giesel) kostet im Buchhandel 73 Mark.

Handwritten notes and marginalia on the right side of the page, including the word 'JOURNAL' and various scribbles.

Die Seele des Hauses nimmt ihren Abschied

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau
 Sie hat die Revolution überdauert, überstand alle Modernisierungsversuche - doch nun im Zuge der Fortschrittspolitik in Lande Michail Gorbatschows scheint sie endgültig ausgedient zu haben: die „Deshurnaja“, die Etagenfrau in den Hotels hierzulande.
 Sie ist so alt wie die Sitte, einer Dame galant die Hand zu küssen. Doch nun hat das Ministerium für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft beschlossen, daß in diesem Jahr die Stelle der Etagenfrau künftig eingespart werden soll. Schon sei der Anfang gemacht, jubelt die „Literaturnaja Gazeta“, seien doch im Hotel „Moskau“ bereits 130 „Stellen“ freigeworden. 150 000 Rubel würden so im Jahr eingespart werden.
 Egal, ob in Leningrad, Jerewan in Moskau oder Archangelsk, wo immer der Gast in einem Hotel in der Sowjetunion logierte, er konnte die Deshurnaja nicht übersehen. Sie „thronte“ am strategisch wichtigsten Platz der Etage und konnte von ihrem Pult aus, ohne sich wegbewegen zu müssen, den Aufzug, die Treppe und Flure überblicken. Denn alle Wege führten an ihrem Platz vorbei. Sie verteilte die Zimmerschlüssel und nahm sie wieder in Empfang.
 Sie achtete drauf, daß Zimmerrechnungen pünktlich bezahlt und Telefon-Gebühren korrekt beglichen wurden, daß der Gast mit seinem Koffer vom Portier, der hier „Schweizer“ heißt, hinausgelassen wurde. Ein weiblicher Zerberus, die Deshurnaja, paßte sie doch auf, daß sich Gäste zweierlei Geschlechtes, die nicht zusammengehören, nicht noch nach Mitternacht gemeinsam auf ihre Zimmer schleichen konnten.

Wodkaflaschen aus den Tiefen des Schreibtischs

Wenn ein Hotelgast froh, besorgte sie zusätzliche Wolldecken, ersetzte zerbrochene Zahnpulzgläser und hatte für den verkateren Gast nicht nur Mineralwasser, sondern auch diverse Pillen parat. Und in den derzeitigen „alkoholarmen“ Zeiten zauberte sie auch gegen entsprechende Rubel mal eine Flasche Wodka aus den Tiefen ihres Schreibtisches hervor. Kurzum diese „Diensthabende“ war die Seele des Hauses. Auch das Reinigungspersonal hörte auf ihr Kommando, falls jemand Klagen vorbringen sollte.
 Nachts streckte sich die Deshurnaja hinter ihrem Tisch auf einem Sofa aus und hielt ihr Nickerchen. Doch mit halbem Ohr nahm sie auch noch den letzten Nachttummler wahr, der sich zur späten oder gar frühen Stunde ins Hotel zurückbequemt. Diese älteren, meist fülligen Matronen, strahlten gleichermaßen Respekt wie Vertrauen aus.
 Man fühlte sich als Gast behütet, wenn man zur späten Stunde die Deshurnaja am Ende der leeren dämmigen Korridore friedlich beim Schein ihrer Tischlampe lesen sah. Sie erschien so vertraut wie ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs, gleich einer älteren Strickjacke, von der man sich, ohgleich kein Staat damit zu machen ist, um keinen Preis der Welt trennen würde. Der sowjetische Poet Jewgenij Jewtschenko hat der Deshurnaja ein Gedicht gewidmet. In ihm beschreibt er, wie er nach Jahren wieder in ein Hotel kommt. Es ist inzwischen renoviert, modernisiert - doch sie sitzt noch immer auf ihrem angestammten Platz.
 Die Realität aber geht über den Posten hinweg. Bedarf es noch einer Deshurnaja, wenn elektronische „Aufpasser“ diese Funktion viel genauer und emotionsloser erfüllen?

Femines Feuerwerk gegen das Diktat der Mode

Die Zeit der Zwiebel ist vorbei. Passé der Look des vielfachen Übereinander. Körperbewußtsein laut das Stichwort für die Sommermode 1986. Und das bedeutet Pasten für die Damen, die allzu sichtbare Souvenirs früherer Festtage auf den Hüften und sonstwo tragen.
 Die internationale Garde der Modedesigner entdeckte wieder einmal den Ausgangspunkt ihres Schaffens, den weiblichen Körper. Beine, Busen, Taille - kurze knieumspielende Röcke, Korsagen vor allem für den Abend, breite Gürtel als wichtigstes Accessoire betonen, was im Fachjargon „neue Feminität“ heißt.
 Azzedine Alaia, zweifach mit dem Mode-Oscar ausgezeichnet, gilt als einer ihrer Kreatoren. Signale aus dem Modemekka Paris für die Wende. Peu à peu vollzieht sie sich. Denn es ist nicht die Zeit modischer Revolutionen. Grundlegende Ideen überleben eine Saison. Neue Effekte kommen über Raffinesse in Stoffen, Farben und deren Kombinationen.
 Effektiv mischen auch deutsche Designer mit. Ihre Eigenständigkeit in der modischen Interpretation des Zeitgeistes wird inzwischen international beachtet. Fachverkäufer aus aller Welt reisen jetzt auch nach Düsseldorf, München und - der „quicklebendigen jungen Avantgarde wegen“ - nach Berlin, um dort deutsche Modelle zu sehen und zu kaufen.
 Sogar im eigenen Lande erobert sich deutsches Design einen Platz neben der Konkurrenz aus Frankreich, Italien und den USA. So stärkt zunehmend die „Handschrift“ eines Designers das Prestigeverlangen seiner Kundin. Man bekennt sich gleichsam zu seinem Modeschöpfer. No-names-Modelle haben wenig Chancen. Dieser Trend zeigte sich auch am Wochenende bei der „Deutschen Designer-Schau“ in Berlin, der Präsentation der Herbst/Winter-Mode 1986/87.
 Doch während schon der neue Winter die Fachleute über die Laufstege wirbelt, hält der Sommer in den Schaufenstern der Boutiquen Einzug. Sonnenfarben von Gelb-Orange bis Pink, Wassertöne von Nilgrün, Türkis bis Smaragd leuchten als Vorbote der warmen Jahreszeit.
 Weiß mit Glanzeffekten spielt eine Hauptrolle bei dem von der „Reise nach Indien“ inspirierten Kolonialstil. Ornamentale Blumendessins, Hosen unter wadenlangen Röcken und Tuniken sind typisch dafür. Erd-

töne bestimmen abstraktes Design afrikanischer Abstammung. Neben Klassikern, wie Marine und Schwarz, oft mit Glanz und Glitzer, sind Sandfarben mit von der Modepartie. Neben dem Gürtel sind üppige Ketten wichtigstes Accessoire.
 Die Silhouette ist körperbetont schmal, Schultern bleiben zwar betont, sind aber runder und damit weiblicher. Das Dekolleté ist von berückender Offenheit. Die Röcke rutschen je nach Geschmack und passender Jacke von der Wade bis übers Knie. Jacken übrigens sind in phantasievollen Variationen vom strengen Blazer mit breitem Revers bis zum Schöbchentalleur ein wichtiges Modethema. Enge Röcke haben (sehr praktisch) stets einen Schlitz. Und Kleider im Stil der dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre feiern ein Comeback. Bei den Hosen dominiert die knöchelige Bundfaltenhose mit lössiger Hüftweite, Bermudas sind schenkellang oder bequem nach Art der Kolonialherren. Sommer '86: ein frühliches femines Feuerwerk der Kreativität, aus dem die Frau mit Lust am Kombinieren nach Geschmack und Geldbeutel ihre Persönlichkeit durch Kleidung unterstreicht. Erlaubt ist, was gefällt, eigene Phantasie gefragt. Modediktat ist eine Vokabel aus vergangenen Zeiten.

GABRIELE HERLYN



FOTOS: DIE WELT

40 Zentimeter Schnee auf den Autobahnen

DW, Bonn
 Klirrende Kälte im Norden und stundenlange Schneefälle im Süden der Februar 1986 ist einer der kältesten, die es in jüngster Zeit gegeben hat. In Kassel wurden in der Nacht zum Montag minus 25 Grad gemessen, seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war es dort im Februar noch nie so eisig. Bei Nachttemperaturen um minus 20 Grad friert die Ostsee zu. Auf den meisten Kanälen fahren die Binnenschiffe nicht mehr. Zu allem Überflus schneite es seit Sonntagmorgen in Bayern und Baden-Württemberg. Bei 40 Zentimetern Schnee auf den Straßen und Autobahnen in Bayern ersätkte der Berufsverkehr in der weißen Pracht. In Freiburg wurde mit 40 Zentimetern die zweitgrößte Schneedecke des Jahrhunderts gemessen. Den überragenden Bürgern habe die Meteorologen keine erwärmenden Neuigkeiten zu bieten: Bis zum Wochenende bleibt es bitterkalt. Auch in der Schweiz haben ergiebige Schneefälle zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt. In Basel fielen 24 Zentimeter Neuschnee, so viel wie seit 25 Jahren nicht mehr. Mehrere Hundert Autofahrer in Nordfrankreich mußten die Nacht zum Montag in Notquartieren verbringen. Feuerwehren und Gemeinden in der Bretagne und in den Gebieten rund um Paris stellten Turnhallen, Festhallen und Gemeindehäuser zur Verfügung, um die in Schnee und Eis steckengebliebenen Wochenendheimkehrer vor einer Nacht auf der Straße zu bewahren.

Pseudokrapp untersucht

dpa, Köln
 Das Gesundheitsamt Köln will jetzt in Massenuntersuchungen an sechsjährigen Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudokrapp und chronischer Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umweltbelastungen besteht. Die Eltern von Schulanfängern sollen von Anfang März an bei den Einschulungsuntersuchungen freiwillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Bei Fest totgetrampelt

AP, Peking
 Bei einem Laternenfest in der ostchinesischen Provinz Jiangsu sind am Wochenende 21 Menschen totgetrampelt worden. Nach Darstellung einer in Shanghai erscheinenden Zeitung ereignete sich der Zwischenfall am Freitagabend. Schätzungsweise zehntausend Menschen sollen an dem Fest teilgenommen haben.

„Satellit keine Gefahr“

dpa, Bonn
 Die Gefahr, daß der offensichtlich außer Kontrolle geratene sowjetische Spionagesatellit „Kosmos 1714“ auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abstürzen könnte, wird von zuständigen Stellen in Bonn außerordentlich gering eingeschätzt. Das Innenministerium rechnet damit, daß der Satellit am Wochenende bei seinem Eintritt in die Erdatmosphäre abgeht.

Hunde fielen Mädchen an

dpa, Köln
 Die Mutter eines neunjährigen Mädchens aus dem oberbergischen Nümbrecht, das am Freitagabend von drei Schäferhunden angefallen und schwer verletzt worden war, bat gegen den Hundehalter Strafanzeige gestellt. Die unbeaufsichtigten umherlaufenden Hunde hatten dem Mädchen daumengroße Fleischstücke aus Ober- und Unterschenkel herausgerissen sowie den Teil eines Ohres abgerissen. Das Kind wurde mehrere Stunden lang operiert.

KERNENERGIE NACHRICHTEN

Jahr 2000: Kohle und Kernenergie

Kohle und Kernenergie, schon heute Rückgrat der weltweiten Stromerzeugung, werden ihre führende Rolle bis zum Jahr 2000 weiter ausbauen. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) erwartet folgende Entwicklung, bezogen auf den Anteil an der weltweiten Stromerzeugung: Den stärksten Gewinn wird die Kernenergie verbuchen, ihr Anteil wird von 12 Prozent (1982) auf 32 Prozent (2000) steigen. Die Kohle baut ihre führende Position leicht aus von 41 Prozent (1982) auf 44 Prozent (2000). Der Anteil des Öls an der Stromerzeugung dagegen wird weiter sinken (1982: 14 Prozent, 2000: 4 Prozent).

Fragen? Rufen Sie uns an.
 Informationskreis Kernenergie
 Heussallee 10 - 5300 Bonn 1
 0228/507226

ZU GUTER LETZT

544 Sonstige Tiere
 Affen und Tiere aller Art, Tierparadies.
 Wer's Spandauerin, 45, möchte nicht mehr allein durchs Leben kreuzen. Welcher Lebensweise, große, schlanke Skorpion-, Fisch-, Sir-Mann möchte mich kennenlernen? Sir-Mann: Postfach 110 385, Berlin 11. Postfach 110 385.
 Aus der Berliner Morgenpost.

Farida in Lebensgefahr

Nach Pakistan entführt, obwohl Flughäfen informiert waren

München
 Ein vierjähriges Mädchen aus Kempten, das am Wochenende von seinem pakistanischen Vater in dessen Heimatland entführt wurde, schwebt vermutlich in Lebensgefahr. Farida R. leidet an Tuberkulose und muß unverzüglich behandelt werden.
 Nach den bisherigen Ermittlungen wurde Farida von zwei türkischen Männern und einer Frau im Auftrag ihres Vaters Naumann R. (34) gewaltsam aus dem Bungalow ihrer Großeltern herausgeholt. Einer der drei hatte sich an der Haustür als Postbote ausgegeben, der ein Telegramm zu stellen wolle. Auf diese Weise gelangte das Trio in die Wohnung. Das alte Ehepaar wurde mit Handschellen an ein Bettgestell gefesselt. Erst eine halbe Stunde später hörten Nachbarn die verzweifelten Hilferufe und verständigten die Polizei.
 Die Behörden reagierten unverzüglich,

nachdem sie sich über den Tatbestand informiert hatten, hieß es. Alle Flughäfen der Bundesrepublik waren binnen 30 Minuten informiert, versicherte ein Oberkommissar. Dennoch konnte der Pakistani mit seinem Kind auf dem Frankfurter Flughafen unbehelligt ein Flugzeug mit dem Ziel Islamabad besteigen. Wie es ihm gelang, die Ausweiskontrollen trotz des Fahndungsversuchs der bayerischen Polizei zu passieren, soll in einer inzwischen eingeleiteten Untersuchung geklärt werden.

Faridas Mutter, Ingrid R., war bei der Scheidung vor zwei Jahren das Sorgerecht für ihre Tochter zugesprochen worden. Nach islamischem Recht ging es jedoch auf den Vater über. Die Chancen, das Mädchen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen, sind deshalb nach Angaben eines Sprechers des Auswärtigen Amtes „sehr gering“.

LEUTE HEUTE

Strategie

Was Ronald Reagan oder Clint Eastwood - der sich um den Bürgermeisterposten im kalifornischen Carmel bemüht - recht ist, ist einem Kollegen aus der Show-Branche nur billig. Nach „langen Gesprächen mit der Demokratischen Partei“ läugelt Harry Belafonte mit dem Gedanken, seinen Namen bei den Kongresswahlen im Herbst auf den New Yorker Stimmzettel setzen zu lassen. „Mister Calypso“ stammt aus dem Schwarzenzierviertel Harlem und residiert heute in New Yorks vornehmer Upper Eastside. Kandidiert er tatsächlich, müßte der 58jährige gegen den Republikaner Alfonso D'Amato antreten. Auf ein mögliches Duell freut der sich jetzt schon und verkündet auch gleich seine Wahlkampfstrategie: „Bei Belafontes tallen Namen würde ich als beneideter Underdog darstellen“, lieh D'Amato wissen. „Und das hat sicher seine Vorteile...“

„Bleifrei kein Problem“

Aktion von ADAC und Bundesinnenministerium gestartet

München
 Die Motoren von acht bis zehn Millionen der 26 Millionen in der Bundesrepublik zugelassenen Pkws werden nach Ansicht des ADAC bleifreies Benzin. Wenn aber im Dezember erst 2,5 Prozent und im Januar fünf Prozent des getankten Sprits ohne Bleisatz war, dann liegt das wie ADAC-Präsident Franz Stadler meint - an der „fast unerträglichen Unsicherheit vieler Kraftfahrer, ob ihr Fahrzeug tatsächlich und unschädlich den bleifreien Kraftstoff verträgt.“
 Diese Ungewißheit soll jetzt durch eine bundesweite Aktion beendet werden, die gestern in München der Automobilclub gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium und dem Zentralverband des Kraftfahrzeugwerbes ins Leben rief. Ab sofort wird jedes Fahrzeug, das entweder bei einem ADAC-Prüfdienst oder einer

Kfz-Werkstätte vorgefahren wird, auf die Bleifrei-Verträglichkeit seines Motors überprüft. Bei einem positiven Befund wird eine kleine Plakette mit der Aufschrift „Bleifrei kein Problem“ auf das Seitenfenster über den Tankenfüllstutzen gedrückt. Für die Startphase der Aktion sind drei Millionen Aufkleber gedruckt.
 Präsident Stadler appellierte gestern an alle Autofahrer, die bleifrei tanken können, davon Gebrauch zu machen. Bereits mehr als jede vierte deutsche Tankstelle bietet bleifreien Spirit an, der durch eine Steuerbegünstigung seit Januar billiger als verbleiteter Kraftstoff ist. „Auch das Ausland zieht kräftig mit“, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der von einer CSU-Vorstandsitzung herübergeleitet kam. „Es ist keine Utopie mehr, bleifrei von Norwegen nach Sizilien und von Spanien bis nach Ungarn zu fahren.“

Schmeicheleinheiten für den Chef

München
 Sie sind die ungekrönten Könige, haben die Macht und grundsätzlich recht. Neuerungen locken sie an, mit einem „Das haben wir schon immer so gemacht“ oder „Man muß in größeren Zusammenhängen denken“. Sie sind die Chefs, uneingeschränkte Alleinherrscher ihrer Abteilung. Ist ihnen wirklich nicht bei den 16 Untergebenen wissen es jetzt besser. In einem Psychologeseminar des Augsburger Kontaktstudiums Management mit dem Titel „Einfluß auf Vorgesetztenentscheidungen“ erfuhr sie, daß der „Übermensch“ Chef manipulierbar ist - auch und vor allem durch die eigenen Mitarbeiter. Ein Geflecht von recht raffinierten psychologischen Tricks macht's möglich. Mehr Gehalt oder mehr Mitarbeiter, ein größerer Etat, ein unterschriebener Urlaubsantrag oder eine genehmigte Dienstreise - für Angestellte, die sich ihrer Macht über den Chef bewußt sind, gibt es in solchen Fällen kaum mehr ein Problem.
 Subtile Möglichkeiten, den Boß zu „beherrschen“

Psyche sezieren. Vorlieben und Ängste, Reizthemen und vor allem Spleens des Chefs zu kennen, ist für den „manipulierenden Mitarbeiter“ unerlässlich. Sieht der Vorgesetzte Aufmerksam am liebsten in eigenen Plastikmappen vorgelegt, tut man ihm halt den Gefallen. Außerlichkeiten sind wichtig. Exposés werden grundsätzlich so gegliedert, wie es dem Chef gefällt; den Inhalt gestaltet der machtbewußte Untergebene freilich nach seinem Gusto: Denn welcher Vorgesetzte hat noch die Zeit, alles ganz genau zu lesen. Ein Seminarteilnehmer brachte die Methode auf einen knappen Nenner: „Seine Kategorien, aber meine Inhalte.“
 Gute Kontakte zu Sekretärinnen oder zu engen Mitarbeitern des Chefs erleichtern die Analyse seiner Eigenheiten ungemessen. Bernd Gasch, Psychologieprofessor an der Universität Dortmund, hat die Möglichkeiten des machtbewußten Mitarbeiters aufgelistet. Der Psychologe schult seit Jahren sowohl Chefs in punkto Führungseigenschaften als auch untergeordnete Mitarbeiter.
 Auch ein Boß braucht seine „Schmeicheleinheiten“. Macht er einen Vorschlag, sollte dem Untergebenen dann und wann und wohlbedient ein „Tolle Idee!“ herausrutschen. Bei der nächsten Anregung des Mitarbeiters wird sich der Vorgesetzte lobend entsinnen und den Vorschlag wohlwollend begutachten.
 Mitunter sollte der „manipulierende Mitarbeiter“ auch in die Trickkiste

der Politiker greifen. Stichwort: gemeinsames Feindbild. Bei gleichem Ausbildungsstand empfiehlt sich etwa der Satz: „Wir Praktiker müssen doch gegen die Akademiker zusammenhalten.“ Ansonsten helfen auch Floskeln wie „Wir vom Vertrieb lassen uns nicht von den Marketing-Leuten überrumpeln.“
 Nach dem Tennismatch läßt sich leichter reden
 Nach Feierabend darf der zielstrebige Untergebene den Vorgesetzten nicht selbst überlassen. Er bemüht sich vielmehr um die Mitgliedschaft beispielsweise in dem Tennisclub, dem auch der Chef angehört. Das schafft Vertrautheit; und nach dem Match läßt sich dem Abteilungsleiter vielleicht das Zugeständnis abringen, zu dem er tagtäglich im Büro nicht bereit war.
 Nützen all diese Kniffe nicht, greift der Untergebene zu härteren Bandagen. Er weiß die Bedeutung des „Chefs vom Chef“ richtig einzuschätzen. So setzt er wenig entscheidungsfreudige Vorgesetzte mit einer Aktennotiz unter Druck, bei der in der Spalte „Zur Kenntnisnahme an“ der Name eines Vorstandsmitgliedes steht.
 Das ABC der Chefmanipulation ist freilich nicht für jedermann geeignet. „Jeder muß selber wissen“, erklärt Psychologe Gasch, „was er moralisch-ethisch vertreten kann“. Denn: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel.“

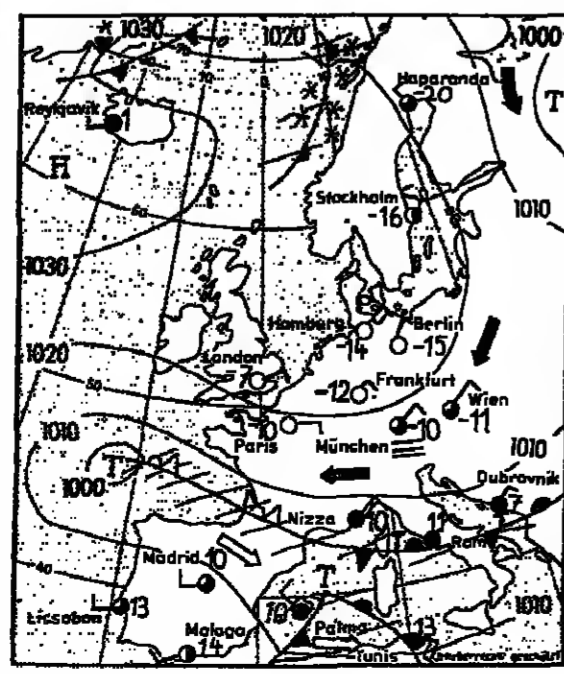
WETTER: Kalt

Lage: Zwischen einem Hochkeil und einer Tiefdruckrinne liegt Deutschland weiterhin in einer kalten nordöstlichen Strömung.

Vorhersage für Dienstag: Im Alpenvorland sowie stellenweise im Nordosten und Osten anfangs noch etwas Schneefall, sonst tagsüber meist heiter, nachts kalt. Temperaturen zwischen minus 2 und minus 8 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch zwischen minus 10 und minus 15 Grad, örtlich bis minus 20 Grad. Überwiegend schwacher, tagsüber in freien Lagen mäßiger Wind aus nordöstlichen Richtungen.
 Weitere Aussichten: Noch winterlich kalt und weitgehend niederschlagsfrei.
 Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.14 Uhr, Untergang: 17.56 Uhr, Mondanfang: 20.25 Uhr, Untergang: 8.13 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
 T Tiefdruckzentrum
 O wolkenlos
 W wolkenlos
 b bedeckt
 w wolkig
 W Windstärke in km/h
 0 Nordwind 10 km/h
 1 Ostwind 20 km/h
 2 Südwind 30 km/h
 3 Westwind 40 km/h
 4 Nordwestwind 50 km/h
 5 Südwestwind 60 km/h
 6 Westwind 70 km/h
 7 Nordwestwind 80 km/h
 8 Südwestwind 90 km/h
 9 Westwind 100 km/h
 10 Südwestwind 110 km/h
 11 Westwind 120 km/h
 12 Südwestwind 130 km/h
 13 Westwind 140 km/h
 14 Südwestwind 150 km/h
 15 Westwind 160 km/h
 16 Südwestwind 170 km/h
 17 Westwind 180 km/h
 18 Südwestwind 190 km/h
 19 Westwind 200 km/h
 20 Südwestwind 210 km/h
 21 Westwind 220 km/h
 22 Südwestwind 230 km/h
 23 Westwind 240 km/h
 24 Südwestwind 250 km/h
 25 Westwind 260 km/h
 26 Südwestwind 270 km/h
 27 Westwind 280 km/h
 28 Südwestwind 290 km/h
 29 Westwind 300 km/h
 30 Südwestwind 310 km/h
 31 Westwind 320 km/h
 32 Südwestwind 330 km/h
 33 Westwind 340 km/h
 34 Südwestwind 350 km/h
 35 Westwind 360 km/h
 36 Südwestwind 370 km/h
 37 Westwind 380 km/h
 38 Südwestwind 390 km/h
 39 Westwind 400 km/h
 40 Südwestwind 410 km/h
 41 Westwind 420 km/h
 42 Südwestwind 430 km/h
 43 Westwind 440 km/h
 44 Südwestwind 450 km/h
 45 Westwind 460 km/h
 46 Südwestwind 470 km/h
 47 Westwind 480 km/h
 48 Südwestwind 490 km/h
 49 Westwind 500 km/h
 50 Südwestwind 510 km/h
 51 Westwind 520 km/h
 52 Südwestwind 530 km/h
 53 Westwind 540 km/h
 54 Südwestwind 550 km/h
 55 Westwind 560 km/h
 56 Südwestwind 570 km/h
 57 Westwind 580 km/h
 58 Südwestwind 590 km/h
 59 Westwind 600 km/h
 60 Südwestwind 610 km/h
 61 Westwind 620 km/h
 62 Südwestwind 630 km/h
 63 Westwind 640 km/h
 64 Südwestwind 650 km/h
 65 Westwind 660 km/h
 66 Südwestwind 670 km/h
 67 Westwind 680 km/h
 68 Südwestwind 690 km/h
 69 Westwind 700 km/h
 70 Südwestwind 710 km/h
 71 Westwind 720 km/h
 72 Südwestwind 730 km/h
 73 Westwind 740 km/h
 74 Südwestwind 750 km/h
 75 Westwind 760 km/h
 76 Südwestwind 770 km/h
 77 Westwind 780 km/h
 78 Südwestwind 790 km/h
 79 Westwind 800 km/h
 80 Südwestwind 810 km/h
 81 Westwind 820 km/h
 82 Südwestwind 830 km/h
 83 Westwind 840 km/h
 84 Südwestwind 850 km/h
 85 Westwind 860 km/h
 86 Südwestwind 870 km/h
 87 Westwind 880 km/h
 88 Südwestwind 890 km/h
 89 Westwind 900 km/h
 90 Südwestwind 910 km/h
 91 Westwind 920 km/h
 92 Südwestwind 930 km/h
 93 Westwind 940 km/h
 94 Südwestwind 950 km/h
 95 Westwind 960 km/h
 96 Südwestwind 970 km/h
 97 Westwind 980 km/h
 98 Südwestwind 990 km/h
 99 Westwind 1000 km/h



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Land	Ort	Temp. (C)	Wetter
Deutschland	Berlin	-4	bw
Deutschland	Bielefeld	-4	bd
Deutschland	Bremen	-4	be
Deutschland	Dresden	-5	bw
Deutschland	Düsseldorf	-4	bw
Deutschland	Erfurt	-11	be
Deutschland	Essen	-8	bw
Deutschland	Frankfurt	-7	bw
Deutschland	Hamburg	-4	bw
Deutschland	Hannover	-6	be
Deutschland	Köln	-8	bw
Deutschland	Konstanz	-4	bd
Deutschland	Leipzig	-6	bw
Deutschland	Limburg	-4	bw
Deutschland	München	-4	bw
Deutschland	Nürnberg	-4	bw
Deutschland	Oberstdorf	-6	bw
Deutschland	Paderborn	-5	bw
Deutschland	Saarbrücken	-4	be
Deutschland	Stuttgart	-7	bd
Deutschland	Trier	-4	be
Deutschland	Zürich	-10	be
Ausland	Alger	18	be
Ausland	Amsterdam	10	be
Ausland	Athens	16	be
Ausland	Barcelona	12	be
Ausland	Belgrad	-2	be
Ausland	Bombay	27	be
Ausland	Buenos Aires	7	bw
Ausland	Budapest	-2	be
Ausland	Buenos Aires	-1	be
Ausland	Casablanca	10	be
Ausland	Dublin	4	be
Ausland	Dublin	12	bd
Ausland	Eibonik	4	be
Ausland	Faro	15	bw
Ausland	Genève	15	be
Ausland	Helsinki	-14	be
Ausland	Hongkong	17	be
Ausland	Indien	18	be
Ausland	Istanbul	14	be
Ausland	Kairo	21	be
Ausland	Klagenfurt	2	be
Ausland	Konstanz	2	be
Ausland	Kopenhagen	-4	be
Ausland	Köln	14	be
Ausland	Los Palmas	18	be
Ausland	Leipzig	-4	be
Ausland	Lissabon	15	be
Ausland	Luzern	8	be
Ausland	London	8	be
Ausland	Los Angeles	15	be
Ausland	Luxemburg	-3	be
Ausland	Madrid	10	be
Ausland	Mailand	6	be
Ausland	Malaga	21	be
Ausland	Moskau	17	be
Ausland	Madrid	8	be
Ausland	Nairobi	18	be
Ausland	New York	2	be
Ausland	Nizza	15	be
Ausland	Ost	-6	be
Ausland	Ostende	1	be
Ausland	Palermo	18	be
Ausland	Paris	-2	be
Ausland	Perth	18	be
Ausland	Prag	-6	be
Ausland	Rhodos	17	be
Ausland	Rom	14	be
Ausland	Saltburg	18	be
Ausland	Singapur	32	be
Ausland	Spit	14	be
Ausland	Stockholm	-11	be
Ausland	Strasbourg	-8	be
Ausland	Tel Aviv	18	be
Ausland	Tokio	9	be
Ausland	Tunis	24	be
Ausland	Valencia	16	be
Ausland	Varna	10	be
Ausland	Venedig	6	be
Ausland	Wien	-7	be
Ausland	Zürich	-3	be

Handwritten signature: J. P. Müller